



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Die Rehabilitierung in der Slowakei von den Personen persekuiert während des totalitären Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei in den Jahren 1948 – 1989

Verfasserin

Monika Korbášová

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt : A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt : Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin/ Betreuer: Mag. Dr. Hermann Mückler

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Unterschrift

Wien, am 14.09.2012

Danksagung

Ich möchte mich zunächst bei meinen Eltern für ihre Unterstützung während meines ganzen Studium bedanken.

Weiters möchte ich meinem Diplomarbeitbetreuer Herrn Dr. Hermann Mückler danken, dass er mich schon bei unserem ersten Gespräch über meiner Diplomarbeit auf wichtige Punkten der Arbeit aufmerksam machte.

Ich möchte mich auch bei dem Herrn Peter Sandtner bedanken, dass er mir das Kontakt an meine GesprächspartnerInnen vermittelt.

Besonders möchte ich mich meinen GesprächspartnerInnen bedanken, dass si emir Ihre Geschichten erzählt haben. Durch Ihre Herangehensweise wurde für mich diese Diplomarbeit von einer Studienpflicht zum Erkenntnis.

Vielen Dank!

Abkürzungen

KPVS - Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei/Konfederácia politických väzňov Slovenska

PTP – Technische Hilfseinheiten/Pomocné Technické Prápor

TNP – Zwangsarbeitslager/Tábory Nútených Prác

ÚPN - Institut des Volksgedächtnisses/Ústav Pamäti Národa

Inhaltsverzeichnis

Danksagung

Abkürzungen

1. Einführung	7
1.1. Fragestellung.	7
1.2. Verteilung der Diplomarbeit	8
1.3. Methodologische Vorgangsweise	8
2. Historischer Überblick durch das totalitäre Regime	11
2.1. Die Jahre 1945 – 1948	11
2.2. Die Jahre 1948 – 1953	18
2.2.1. Verfolgung von Kirchen	23
2.2.2. Eingriffe gegen Lehrer und Intelligenz	25
2.2.3. Sozialisierung von Gewerbetreibenden	27
2.2.4. Kollektivierung und Nötigung der Bauern zum Eintritt in Genossenschaften	28
2.2.5. Liquidation von Dorfreichen	31
2.2.6. Säuberung von grossen Städten – „Aktion B“	33
2.2.7. Technische Hilfseinheiten	34
2.2.8. Zwangsarbeitslager	37
2.2.9. Politische Prozesse	38
2.3. Die Jahre 1954 – 1957	41
2.4. Die Jahre 1957 – 1963	43
2.5. Die Jahre 1963 – 1968	44
2.6. 1969 – 1989	45
3. Rehabilitierung während des totalitären Regimes und im Rahmen des Erneuerungsprozesses	47
3.1. Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung und seine Novellierung	50
3.2. Aussergerichtliche Rehabilitierungen während des Erneuerungszeitraums	55
3.3. Rehabilitierungen laut Gesetz Nr. 82/1968 Slg. und ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der verfolgten Personen	55

4.	Gerichtliche Rehabilitierung	58
4.1	Rehabilitierungen laut dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung	58
4.1.1.	Gesetz Nr. 119/1990 über gerichtliche Rehabilitierung	59
4.1.2.	Durchführung der Rehabilitierung laut dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung	65
5.	Aussergerichtliche Rehabilitierungen	69
5.1	Rehabilitierungen laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen	69
5.1.1.	Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen	70
5.2.	Durchführung von Rehabilitierungen laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen am Beispiel der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten	73
5.3.	Zusätzliche finanzielle Entschädigung für ehemalige Mitglieder der technischen Hilfseinheiten	76
6.	Gesellschaftliche Rehabilitierung	79
7.	Conclusio	83
	Bibliographie	86
	Beilagen	
	Rehabilitierungsurteil aus dem 1968	
	Rehabilitierungsurteil aus dem 1974	
	Rehabilitierungsbeschluss aus dem 1991	
	Beschluss über Zuerkennung der Entschädigung aus dem 1992	
	Zusammenfassung / Abstract	
	Lebenslauf	

1. Einführung

Die Jahre 1948 bis 1989 in der ehemaligen Tschechoslowakei werden als Zeitraum des totalitären Regimes¹ bezeichnet. Dieser Zeitraum wird in meiner Arbeit als totalitäres Regime genannt, da ihn alle Befragten spontan auf diese Weise bezeichneten. *„Für das totalitäre Regime sind Institutionen typisch, die nach aussen die Demokratie vortäuschen. Diese Institutionen arbeiten und halten ihre Prozessgewohnheiten aufrecht, doch ihr realer Einfluss und Zuständigkeiten sind minimal. Die wirkliche Macht ist im parteilichen Machtzentrum konzentriert, das mittels seiner Nomenklaturpolitik alle staatlichen Institutionen steuert und diese seinen eigenen Absichten und Bedürfnissen unterwirft.“* (Pešek & Letz 2004, 258) Das totalitäre Regime ist nicht nur nach aussen hin tätig, sondern greift auch in persönliche oder private Sphären des täglichen Lebens ein. (Spiritova 2010, 37) Aus diesem Grund wird der Zeitraum 1948 – 1989 als totalitäres Regime bezeichnet, da – wie in den nachfolgenden Kapiteln ausgeführt wird – die Macht nur von der kommunistischen Partei ausging, die das Machtzentrum darstellte und die alle Sphären des täglichen Lebens sehr intensiv durchdrang. Das Regime profilierte durch seine Handlungen bestimmte Kategorien von verfolgten Personen. Das Thema meiner Arbeit ist die anschliessende Rehabilitierung dieser Personen. Ich werde mich mit der Rehabilitierung beschäftigen, die auf dem Gebiet der Slowakischen Republik, das heisst nicht in der gesamten Tschechoslowakei, nach der Wende im Jahre 1989 durchgeführt wurde. Unter dem Begriff „Rehabilitierung“ wird in meiner Arbeit *„die Rückführung von Ehre, guten Rufes oder Genugtuung für jemanden, dem Unrecht getan wurde.“* verstanden. (Kiczko et al. 1997, 221)

1.1. Fragestellung

Die Forschungsfrage meiner Arbeit besteht darin, auf welche Art und Weise oder in welcher Form die während des totalitären Regimes verfolgten Personen rehabilitiert wurden, wie die Rehabilitierungsprozesse verlaufen sind oder ob alle Kategorien der verfolgten Personen rehabilitiert wurden, und im Zusammenhang damit, ob die gesellschaftliche Rehabilitierung der verfolgten Personen erfolgte.

¹ Pešek (1998), Veselská (2009, 321), Veselská (2005b, 136), Spiritova (2010, 37). Die Zeit nach der Besetzung durch Armeen des Warschauer Paktes, d.h. die Zeit der Normalisierung, wird häufig als posttotalitärer Zeitraum bezeichnet, doch das Ziel meiner Arbeit besteht nicht darin, die Bezeichnung der einzelnen Epochen bzw. Definitionen der Bezeichnungen des Regimes zu analysieren.

1.2. Verteilung der Diplomarbeit

Die Hauptaufmerksamkeit im Rahmen der Rehabilitierungen wird dem Zeitraum nach dem Absturz des totalitären Regimes gewidmet, doch wegen der Komplexität der Arbeit wird auch der Zeitraum der politischen Auflockerung in den 60er Jahren behandelt, als erste Versuche um Rehabilitierungen entstanden. In dieser Arbeit werden Fragen der Restitution nicht behandelt.

Die Arbeit besteht aus zwei Hauptteilen. Der erste Teil beschäftigt sich mit dem eigentlichen totalitären Regime. Die einzelnen Kapitel des ersten Teils, der in sechs Kapitel eingeteilt wird, stellen die einzelnen Phasen des totalitären Regimes dar. Die zeitliche Einteilung des totalitären Regimes in meiner Arbeit geht aus der Arbeit von Historikern – konkret von Herren Karel Kaplan und Jan Pešek – hervor, die in ihren Arbeiten das Regime so einteilen, wie ich es geteilt hatte. Die grösste Aufmerksamkeit wird dem Zeitraum 1948 – 1953 gewidmet, in dem die härteste Verfolgung stattfand und in dem die einzelnen Kategorien von verfolgten Personen, die in dieser Arbeit kurz dargestellt werden, profiliert wurden. Die sonstigen Phasen des Regimes werden nur in minimalem Ausmass behandelt, da das Thema meiner Arbeit nicht in der historischen Übersicht des totalitären Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei besteht.

Der zweite Teil wird den Rehabilitierungen der verfolgten Personen gewidmet. Er besteht aus vier Kapiteln. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den Rehabilitierungen während des totalitären Regimes, das zweite und dritte Kapitel ist den Rehabilitierungen nach 1989 und das vierte Kapitel der Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung gewidmet.

Im Schlussteil meiner Arbeit fasste ich die Erkenntnisse zusammen, die ich während meiner Arbeit bzw. Forschung erwarb.

1.3. Methodologische Vorgangsweise

Im Rahmen des ersten Teils ging ich auch von der von Historikern erstellten Literatur aus. Die Hauptquellen waren insbesondere die Arbeiten von Jan Pešek und Karel Kaplan. Ich beschäftigte mich auch mit den Arbeiten von Natália Veselská, die als Historikerin und zugleich Anthropologin tätig ist und die die Frage der Verfolgungen teilweise in den in meiner Bibliographie erwähnten Werken verarbeitete. Es ist hier anzuführen, dass sie sich in

ihren Arbeiten ausschliesslich einer Kategorie der verfolgten Personen, und zwar politischen Häftlingen, widmet. Zugleich verwendete ich als einer der Grundquellen die zweiteilige Publikation „Zločiny komunizmu v rokoch 1948 – 1989 I. & II.“ (Verbrechen des Kommunismus I. & II.), deren erster Teil sich mit den einzelnen Formen der Verfolgung beschäftigt und deren zweiter Teil aus Zeugnissen der verfolgten Personen besteht. Ich bemühte mich darum, die genannte Literatur des ersten Teils in meiner Arbeit gemeinsam mit Informationen zu verarbeiten, die ich von den befragten Personen eingeholt habe.

In bezug auf den zweiten Teil der Arbeit, insbesondere die Frage der Rehabilitierungen nach 1989, konzentrierte ich mich auf die Verwendung von verfügbaren Quellen, doch ich muss anführen, dass das Thema der Rehabilitierungsprozesse der verfolgten Personen nach 1989 gar nicht bearbeitet wurde. Daher wurden als Hauptquellen – neben Rechtsnormen – mündliche Zeugnisse der konkreten verfolgten Personen verwendet. Es geht um autobiographische Erzählungen, die ich anschliessend analysiert habe. Zuerst jedes einzelne eigenständig und anschliessend alle gemeinsam in ihren gegenseitigen Zusammenhängen, um zur allgemeinen Schlussfolgerung zu gelangen. Ich führte neun direkte Einzelgespräche und ein E-Mail-Interview durch, und eine Person verlangte schriftliche Fragen in Form eines Briefes, die diese Person anschliessend beantwortete und an mich persönlich zustellte. Zwei von zwölf befragten Personen baten ausdrücklich um Anonymität. Es geht um eine Frau, die im Text als „Frau XY“, und um einen Mann, der als „Herr ZZ“ bezeichnet wird. Die Gespräche mit diesen Personen wurden in ähnlicher Form durchgeführt. Am Anfang wurde immer die während des totalitären Regimes erfahrene Geschichte erzählt und anschliessend wurden Angaben zum Rehabilitierungsprozess gemacht. Das Verhältnis von Männern und Frauen betrug 6:5. Mit Hilfe dieser vorwiegend persönlichen Gespräche kam ich zu Dokumenten, die im Rahmen der Rehabilitierungsverfahren erstellt wurden und die als Informationsquellen zur Beantwortung von gestellten Fragen verwendet wurden. Im Rahmen der Beantwortung der Frage bezüglich der gesellschaftlichen Rehabilitierung besuchte ich auch die 25. 8. 2012 in Leopoldov organisierte Veranstaltung, die von der Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei (KPVS) organisiert wurde, die alle Kategorien der während des totalitären Regimes verfolgten Personen zusammenschliesst. In der Slowakei sind mehrere Organisationen tätig, die unterschiedliche Kategorien der während des totalitären Regimes verfolgten Personen zusammenschliessen, doch ich arbeitete bei dieser Arbeit nur mit der Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei, da diese gleich nach der Wende entstand und die, wie ich schon sagte, alle Kategorien der verfolgten Personen

zusammenschliesst, was mir den Zugang fast zu allen Kategorien ermöglichte. Die Zeit war ein Problemfaktor bei meinen Forschungsaktivitäten. Ich meine damit die Tatsache, dass die Menschen, die in die entsprechende Kategorie gehörten und aus dem Landwirtschaftsbereich stammten, in der Zeit der Verfolgung im Alter von 30 - 40 Jahren waren und dass sie daher nicht mehr leben. Nur ihre Kinder leben, die die Verfolgung nur sekundär erlebten, sodass ich deren Zeugnisse in zwei Fällen vermittelt von den Kindern der Verfolgten erhalten habe. Trotz dieser geringen Hindernisse waren die verfolgten Personen im allgemeinen zuvorkommend, doch am Anfang der Interviews waren sie bei ihren Erzählungen sehr vorsichtig. Die Barrieren fielen erst allmählich und die Ergebnisse der Analyse dieser Interviews werden in erheblichem Masse im Kapitel über gesellschaftliche Rehabilitierung zusammengefasst.

2. Historischer Überblick durch das totalitäre Regime

2.1. Die Jahre 1945 – 1948

Die Verteilung der Zuständigkeiten in der Tschechoslowakischen Republik in der Nachkriegszeit folgte einem besonderen asymmetrischen Grundsatz. Auf dem tschechischen Gebiet gab es den Tschechischen Nationalrat und auf dem Gebiet der Slowakei wurde die gesetzgebende und exekutive Gewalt vom Slowakischen Nationalrat, später vom Ministerrat, ausgeübt. Nach einer Sitzung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik wurde das sog. Prager Abkommen abgeschlossen, laut dem der Slowakische Nationalrat zum Träger der Staatsmacht auf dem Gebiet der Slowakei anerkannt und in dem ihre landesweiten Angelegenheiten geregelt wurden; zugleich wurden hier die Zuständigkeiten der Regierung erweitert. Präsidentendekrete über die nationale Verwaltung und Retribution bezogen sich nicht auf das Gebiet der Slowakei, sie galten nur in Tschechien; auf dem Gebiet der Slowakei waren Verordnungen des Slowakischen Nationalrates verbindlich. (Kaplan 1991a, 18). Ein neues Element war jedoch die Nationale Front, die eine Art Koalition darstellte, die aus unterschiedlichen politischen Kräften mit Machtmonopol bestand; es ging um das System von Nationalausschüssen, Organen der Staatsmacht und der Staatsverwaltung. (Barnovský & Pešek 2007, 11)

Die erste Regierung der Tschechoslowakischen Republik in der Nachkriegszeit verabschiedete das sog. „Programm von Košice²“, das eine Grundlage für die neue „volksdemokratische Einrichtung“ bildete, deren wirtschaftliche Basis aus sozialwirtschaftlichen Reformen wie z.B. Verstaatlichung, Grundstücksreform und Reform der Sozialpolitik bestand. (Kaplan 1991a, 19-20) Neben den genannten Grundpfeilern der Wirtschaftsreform enthielt das Programm von Košice auch weitere Anforderungen bzw. Vorhaben, wie z.B. die „Konstituierung“ von Nationalausschüssen, Verbot konservativer Parteien³, die Vertreibung bzw. Abschiebung der Sudetendeutschen, die Verstaatlichung von Industrie und Banken, sowie die Bestrafung von Nazikollaboranten. (Spiritova 2010, 66) Dieses Regierungsprogramm griff in dieser Phase jedoch nicht in die religiöse Freiheit und das Innenleben der Kirchen und deren Tätigkeiten ein. (Janišová & Kaplan 1995, 7).

² Der Name „Programm von Košice“ entstand in Anlehnung an die Stadt, in der das Programm beschlossen wurde, d.h. in Košice in der Slowakei (am 05.04.1945)

³ Konkret ging es um: Agrarpartei, Gewerbestpartei, Nationalpartei, slowakische Volkspartei, Minderheitenvertretungen

Durch die Verstaatlichung sollte das Vermögen von Deutschen, Ungarn, Kollaboranten und Verrätern eingenommen werden, wobei der Umfang, das Tempo und die Form der Verstaatlichung fraglich blieben. Einerseits wurde die Form der grossen Verstaatlichung und Bildung eines geschlossenen Wirtschaftssektors präsentiert, die von der kommunistischen Partei und den Sozialdemokraten durchgesetzt wurde; andererseits gab es die Form der partiellen Verstaatlichung von bestimmten Branchen, wodurch ein Wettbewerb zwischen dem Staats- und Privatsektor ohne Bildung des Staatsmonopols sichergestellt werden sollte. Alle politischen Parteien rechneten ursprünglich mit der kontinuierlichen Verstaatlichung, einschliesslich des Präsidenten Eduard Beneš, wobei sich jedoch die Details der Vorstellungen der einzelnen politischen Fraktionen voneinander in erheblichem Masse unterschieden hatten. Kommunisten und Sozialdemokraten forderten die einmalige Verstaatlichung, wodurch sie den gesamten Prozess beschleunigen wollten. Sonstige Kräfte forderten die Einleitung der Verstaatlichung im nationalen Rahmen und dann die Fortsetzung dieses Prozesses aufgrund der Erfahrungen aus den ersten Verstaatlichungsmassnahmen. Was die Form der Verstaatlichung angeht, setzten die Kommunisten und Sozialdemokraten die Verstaatlichung als die einzige Form und ohne Ersatz durch. Sonstige politische Parteien präsentierten statt Verstaatlichung die Möglichkeit, die Kleinbetriebe ins Eigentum von Genossenschaften oder Nationalausschüssen zu übertragen. Die Streitigkeit bezüglich der Frage des Ersatzes für das verstaatlichte Vermögen wurde von der Regierung schliesslich so gelöst, dass das Vermögen von Deutschen, Kollaboranten und Verrätern ohne Ersatz verstaatlicht wurde, und dass das sonstige Vermögen gegen Ersatz verstaatlicht wurde. Die Verstaatlichung wurde aufgrund der Präsidentendekrete Nr. 100 – 103 vom 24. Oktober 1945 durchgeführt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Verstaatlichung alle Banken und Versicherungen, die wichtigsten Industrieunternehmen und sonstige Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern betraf, wodurch eine starke verstaatlichte Branche gebildet wurde⁴, die insbesondere von der kommunistischen Partei und den Sozialdemokraten gefordert wurde. (Kaplan 1991a, 21-23)⁵

⁴ Insgesamt 2119 Betriebe mit 61% von Mitarbeitern im Industriesektor und mit 75%-igem Anteil an der industriellen Produktion.

⁵ Siehe auch Kaplan 1968, 10-15

Die im Programm von Košice dargestellte Grundstücksreform wurde in drei Phasen durchgeführt. Die erste Phase⁶ wurde in Tschechien im Jahre 1945 bis zum Frühjahr 1946 und in der Slowakei bis 1948 realisiert. Ihr Wesen bestand aus der Konfiszierung von Boden, der Deutschen, Ungarn, Kollaboranten und Verrätern gehörte, und aus der Übergabe dieses Bodens an tschechische und slowakische grundstückslose Personen, Grundstücksmieter und Kleinbauern. Der Verlauf der Grundstücksreform in Tschechien und in der Slowakei war unterschiedlich. Die Slowakei war nach dem zweiten Weltkrieg ein Agrarland mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, wobei die Landwirtschaft auf dem slowakischen Lande Kleinbauerncharakter hatte.⁷ In der Slowakei sind viele unzufriedene und nicht befriedigte grundstückslose Personen sowie überfüllte Dörfer geblieben. Da es nicht möglich war, die Bedürfnisse aller Interessenten zu befriedigen, erhöhte sich der soziale Druck, was die Vertreter der kommunistischen Partei ausnutzten und die Konfiszierung von kirchlichem Boden und von allen Grundstücken im Ausmass von mehr als 50 Hektar vorschlugen. Die allgemeine Parzelleneinteilung des Bodens über 50 Hektar wurde jedoch in dieser Phase nicht vorgenommen. Die Auswirkungen der ersten Phase der Grundstücksreform waren auch im sozialen Bereich spürbar. Durch die Umsiedlung von Personen in Grenzgebiete von Tschechien, d.h. in Städte, die nach der Aussiedlung von Sudetendeutschen und nach Zuteilung des Bodens an grundstückslose Personen und Grundstücksmieter leer blieben, ging es um Bemühungen um die Bildung von „neuen Mittelbauern“. Diese waren jedoch nicht fähig, den zugeteilten Boden zu bewirtschaften, was sich im Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion widerspiegelte. (Kaplan 1991a, 23 - 24) Die zweite Phase der Grundstücksreform stellte die Revision der ersten Phase der Grundstücksreform aus dem Jahre 1919 dar⁸. Die dritte Phase der Grundstücksreform stellte die sog. neue Grundstücksreform dar, aufgrund der sämtliche Grundstücke von Privateigentümern im Ausmass von über 50 Hektar verstaatlicht wurden⁹. (Janišová & Kaplan 1995, 8)

Aufgrund dieser Änderungen wurde die Drei-Sektoren-Wirtschaft gebildet, die aus dem verstaatlichen Sektor, dem kapitalistischen Sektor und dem Sektor der Kleinproduktion bestand. Das Programm von Košice stellte den Grundstein der Selbstregierung der kommunistischen Partei auf der Spitze mit Klement Gottwald dar. Kommunisten setzten sich

⁶ Während der ersten Phase der Grundstücksreform wurden die Eigentumsverhältnisse bei 2 946 395 Hektar Boden verändert, darunter waren 1 295 379 Hektar Waldboden. 1 220 743 Hektar wurden unter 303.380 angemeldete Personen verteilt, der Staat behielt 1 725 652 Hektar (Kaplan 1991a, 23).

⁷ Siehe auch Pešek, 2002.

⁸ Gesetz über Revision der ersten Grundstücksreform vom 11.06.1947

⁹ Im Sinne des Gesetzes über dauerhafte Anpassung des Bodeneigentums vom 21.03.1948

plötzlich in führenden Positionen durch und bemühten sich auch darum, die Bestandteile der Polizei unter ihre Kontrolle zu bringen. (Spiritova 2010, 67) Die Besonderheit der Slowakei bestand auch im Ergebnis der Parlamentswahlen aus dem Jahre 1946, als auf dem Gebiet der Slowakei die Demokratische Partei mit 62% der Stimmen gewann, wobei in Tschechien die Kommunisten mit 40,2% der Stimmen gewannen. (Barnovský & Pešek 2007, 11) Die Ergebnisse der Parlamentswahlen führten bei der politischen Elite in Tschechien zur Notwendigkeit, sich mit der Überlegenheit der Demokratischen Partei in der Slowakei auseinanderzusetzen und ihren Einfluss zu eliminieren. Die Einschränkung des Einflusses dieser Partei stellte nämlich auch die Schwächung der slowakischen Organe dar, in denen die Demokratische Partei die Oberhand hatte.

Die Tschechoslowakische Republik deutete ihre Orientierung im Jahre 1947 durch die Ablehnung des Marshallplans an, wodurch sie zugleich ihre Zuneigung gegenüber der Sowjetunion und ihren politischen Grundsätzen präsentierte. Der politische Druck in der Tschechoslowakischen Republik steigerte sich weiterhin und erreichte ihren Höchstpunkt am 25. 2. 1948, als die Kommunisten schliesslich an die Macht kamen und Klement Gottwald nicht nur zum Führer der Partei, sondern auch zum Führer des ganzen Landes wurde. Der politische Putsch im Jahre 1948 wurde von der Öffentlichkeit unterstützt, da die Kommunisten im Unterschied zu anderen politischen Parteien fähig waren, Massen zu mobilisieren und den Eindruck der Unterstützung für ihre politische Orientierung vorzutäuschen.

Bereits in dieser Zeit, d.h. insbesondere nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, setzte sich auf dem Gebiet der Slowakischen Republik der Einfluss der Sowjetunion durch und es kam zu Eingriffen in die Entscheidungszuständigkeiten des Staates gegenüber seinen Bürgern aufgrund einer Einigung¹⁰ zwischen dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Beneš und Molotov¹¹. Seitens NKVD¹² wurde zivile Bevölkerung aus nicht ganz klaren Gründen festgenommen. In der Slowakei wurden Menschen insbesondere im Osten, Norden

¹⁰ Diese Einigung wurde am 12. 12. 1943 in Moskau mit der Gültigkeit für 20 Jahre abgeschlossen, doch sie wurde nie veröffentlicht; es gab dort angeblich eine Geheimklausel über die Bestrafung von Slowakei wegen der Erklärung der Autonomie im Jahre 1938 und wegen der Entstehung der selbständigen Slowakischen Republik im Jahre 1939. Von der Existenz dieser Einigung und der genannten Klausel zeugt auch die Tatsache, dass Deportationen nur auf dem Gebiet der Slowakei und nicht in Tschechien vorgenommen wurden. In: Zločiny komunizmu I., S. 339, 359-60.

¹¹ Der damalige Aussenminister der UdSSR

¹² Narodnyj komissariat vnutrennych del – ein Bestandteil des Innenministeriums der UdSSR, die Militärpolizei der UdSSR, die auf dem Gebiet der Slowakei nach dem zweiten Weltkrieg tätig war. Siehe Zločiny komunizmu I., S. 365

und Süden festgenommen, in geringerer Masse in der westlichen und zentralen Slowakei. In Zwangsarbeitslager der UdSSR¹³ wurden insbesondere Männer verschleppt, die als Arbeitskräfte in Bergwerken, Wäldern und in der Produktion als Ersatz für die verstorbenen mobilisierten Soldaten der UdSSR eingesetzt wurden. (Zločiny komunizmu I. 2001, 340 – 341) Wie ich bereits anführte, waren die Gründe für die Festnahme und die Deportation von Personen in Zwangsarbeitslager der Sowjetunion unklar. In den slowakischen Listen von verschleppten Personen wird manchmal im Feld „Vermerk“ der Grund für die Festnahme und Deportation angeführt. Gründe, die in „Vermerken“ angeführt wurden, waren jedoch nicht wahr, sondern wurden von Personen produziert, die diese Einträge machten, daher wird angenommen, dass sie keine rationelle Grundlage haben. In der Liste der in Ružomberok festgenommenen Personen, die von der Polizeistation im Februar 1947 erstellt wurde, wurden folgende Gründe und Ursachen für die Festnahme der einzelnen Personen angeführt (Zločiny komunizmu I. 2001, 345): *„Július M. – angeblich war er als Denunziant für die Gestapo tätig, Oľga R. – angeblich hatte sie ein Sendegerät in ihrem Haus, Jozef H. – angeblich arbeitete er mit Deutschen zusammen (Denunziant), Lambert H. – Ursache für die Festnahme ist unbekannt und konnte auch nicht ermittelt werden, Eugen Š. – Festnahme wegen angeblicher, jedoch nicht ermittelter Unterstützung von Deutschen, Alojz Č. – Festnahme wegen angeblicher Zusammenarbeit mit Deutschen in Dienstsachen und Ondrej M. – persönliche Vergeltung von Personen, die seinen Platz einnehmen wollten.“* Eine im Jahre 1920 geborene Frau erinnert sich an die Gründe für ihre Festnahme folgendermassen (In: Zločiny komunizmu I. 2001, 356-7): *„Ich weiss nicht, warum ich festgenommen wurde und ich verstand nicht, warum ich vor Gericht gezerzt wurde. Als Gymnasiastin lernte ich acht Jahre lang Deutsch, daher sprach ich fließend, darüberhinaus lernte ich vier Jahre lang Französisch, doch meine Kenntnisse waren nicht besonders gut. Doch ich sprach kein Russisch. Ich stand vor Gericht ohne Dolmetscher.“* Sie wurde nach Baden bei Wien abtransportiert, wo sie vom Militärischen Tribunal der Roten Armee zu acht Jahren Zwangsarbeit in Arbeitslagern der UdSSR laut § 58/6 des Sowjetischen Strafgesetzbuches angeblich wegen Spionage verurteilt wurde. Alle Personen mit ähnlichem Schicksal wurden laut dem genannten § 58 von sowjetischen Militärgerichten verurteilt. Herr Ján Košút erinnert sich folgendermassen (In: Zločiny komunizmu I. 2001, 355): *„Ich wurde vom Tribunal der*

¹³ Oft werden Zwangsarbeitslager der UdSSR als Gulags bezeichnet. Die ist jedoch unklar, denn die Bezeichnung "GULAG ist die Abkürzung des zentralen Organs - der Hauptverwaltung der Arbeitslager / Glavnoje Upravlenie Lagerej. Näheres siehe im Interview mit Ján Košút In: Naše svedectvo, Jahrgang 10, 2009, Nr. 5, (Unser Zeugnis), S. 5

Roten Armee laut § 19-58/9 des Sowjetischen Strafgesetzbuches zu 10 Jahren Zwangsarbeit wegen der Tat der Schädlingsarbeit verurteilt, die ich nicht begangen hatte.“ Die Anklage seiner Person beschrieb Herr Košút wie folgt (Zločiny komunizmu II. 2001, 192-3): „Er war ein guter Pilat. Er liess mich nicht auspeitschen und gab mich dem Gericht aus, dessen Vorsitzender er selbst war. Entsprechend meinem Protest strich er mit einem blauen Stift eine ganze Reihe von Paragraphen des Sowjetischen Strafgesetzbuches, laut denen die Anklageschrift erstellt wurde. Im Protokoll blieb nur § 19-58, Punkt 9. Wir haben nichts getan, so wie es die Ziffer 19 vor dem zitierten Paragraphen andeutet: „Nesoveršennoje dejstvie“ – nicht ausgeführte Tat.“ Gründe, wegen der Bürger der Slowakischen Republik vor sowjetischen Militärgerichten verurteilt wurden, wurden aufgrund von Anzeigen von Denunzianten produziert. „Als Hochschulstudentin kurz vor dem Abschluss, wenn man es so nimmt, dann war ich fast schon Lehrerin, lebte ich in der Hoffnung, gleich nach dem Hochschulabschluss Kinder unterrichten zu können. Darauf bereitete ich mich vor. Doch dann kam die Sache mit dem Sendegerät! Das war Unsinn. Ich hatte nie ein Sendegerät zu Hause und hatte auch nie ein Sendegerät gesehen; auch heute weiss ich nicht, wie ein Sendegerät aussieht. Bestimmt wurde ich von jemandem angezeigt. Ich wurde dumm angezeigt und NKVD glaubte dem Denunzianten. Ich überlegte dann, wie es dazu kommen konnte. Vielleicht kam es dazu, da sich jemand mein Verhalten falsch erklärte. In dem Haus, in dem wir wohnten, gab es ein Geschäft, es war ein kleiner Laden mit gemischter Ware. Immer wenn deutsche Soldaten kamen um einzukaufen, holte mich der Händler, um zu dolmetschen. Ich in meiner Naivität war noch stolz, wie gut ich aus dem Deutschen dolmetsche und wie gut ich Deutsch konnte. Einigen Kunden passte es wahrscheinlich nicht, sodass ich nach der Befreiung angezeigt wurde. Aber ein Sendegerät? Ich bitte um Entschuldigung, aber einen solchen Unsinn kann nur ein totaler Blödmann ausgedacht haben. Doch diese dumme Anzeige hat gegriffen. Die schönsten Jahre meiner Jugend verbrachte ich in Lagern in weitem Sibirien. Und das nur wegen der Boshaftigkeit eines Dummkopfes. Schrecklich.“ (Frau, geboren im Jahre 1920, In: Zločiny komunizmu II. 2001, 359)

Die Anzahl der aus der Slowakei in Zwangsarbeitslager der Sowjetunion verschleppten Personen kann nicht genau ermittelt werden, da die Dokumentation nicht in den Archiven der Slowakischen Republik, sondern überwiegend in Moskau, aufbewahrt wird. „Aus der Slowakei wurden ca. 7000 unsere Zivilisten, darunter 210 Frauen, verschleppt. Diese Angaben konnte ich im Zentralen Archiv in Moskau erfahren, wo ich für das

Justizministerium tätig war. Dort erfuhr ich auch, dass bis zum 7. Juli 1945 61.900 internierte Personen gestorben waren. Diese Menschen waren aber alle unschuldig.“ (Ján Košút, <http://www.upn.gov.sk/filmy/jan-kosut-1926>) Die Erneuerung der Tschechoslowakei war auch mit diesem Kapitel, d.h. mit gewaltsamen und rechtswidrigen Deportationen, verbunden, die von der politischen Polizei der UdSSR ausgeführt wurden. Folgen dieser Taten waren jedoch weitgreifend. Als die verschleppten Personen zurückkamen, wurden sie für unerwünscht, unzuverlässig und für Personen der dritten Kategorie gehalten. (Zločiny komunizmu I. 2001, 365)

Der Zeitraum 1945 – 1948 stellte ein Vorsignal für die weitere Entwicklung der Verhältnisse zwischen Tschechien und der Slowakei im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik und auch für die weitere Orientierung der gesamten Tschechoslowakischen Republik dar, daher kann dieser Zeitraum als Vorbereitungszeitraum genannt werden. In dieser Zeit wurde eindeutig die Linie der Verhältnisse gegenüber der UdSSR angedeutet und verstärkt, was zur Welle von Persekutionen in den Jahren 1948 – 1953 führte.

2.2. Die Jahre 1948 – 1953

Der Zeitraum 1948 – 1953 wird als die Gründerphase des totalitären Regimes¹⁴ bzw. als „heisse Phase des totalitären Prozesses“ bezeichnet¹⁵. Es war die Periode mit den schlimmsten Säuberungsaktionen, die sich jedoch nicht nur auf diese Jahre beziehen, da sie während des totalitären Regimes in der Slowakei nie ganz eingestellt wurden. Die Formen der politischen Verfolgung in diesen Jahren waren unterschiedlich, sie griffen in die gesamte Gesellschaft ein und wirkten gezielt und flächenübergreifend¹⁶. Infolge der politischen Änderungen änderten sich auch das Wirtschaftssystem, die Struktur der Gesellschaft und auch das tägliche Leben der Einzelpersonen. Zu den Zielen der herrschenden kommunistischen Partei gehörte nicht nur die Stärkung ihrer Macht und ihrer Beziehungen mit der Sowjetunion, sondern zugleich die totale Verstaatlichung der Gesellschaft, die Beherrschung des geistigen Lebens sowie des persönlichen Lebens jedes Bürgers. Diese Ziele sollten eben durch umfangreiche politische Verfolgung, Gewalt und Ungesetzlichkeit erreicht werden. Diese Formen der Machtausübung sollten die Erreichung dieser Ziele sicherstellen und die Bildung eines Gegengewichts der Staatsmacht verhindern. Änderungen in der ganzen Gesellschaft, die das Jahr 1948 mit sich brachte, und das Einfangen der Macht durch die kommunistische Partei wurden von František Novosád (2004, S. 207 – 208) wie folgt beschrieben: *„Die Gesellschaft wurde „gemahlen“ und „vermischt“, wobei mehrere soziale „Mühlen“ und „Mischwagen“ gleichzeitig tätig waren. Einerseits waren es die Mühlen des autoritären Sozialismus, andererseits waren es Mühlen der Industrialisierung und der Urbanisierung. Dies alles führte zur Aufhebung von traditionellen sozialen Identitäten. Hunderttausende Menschen befanden sich plötzlich in ganz neuen Lebensbedingungen, für die es in den bislang anerkannten Werte- und Normativsystemen keine Stütze gab. Die slowakische Gesellschaft musste sich mit den ansonsten notwendigen Folgen der Industrialisierung in den Bedingungen der „planmässigen“ Führung der Gesellschaft auseinandersetzen, d.h. in Bedingungen, in denen die Prozesse der Anpassung an neue Bedingungen durch eine Ideologie gesteuert wurden, die es bereits durch ihre Einseitigkeit nicht ermöglichte zu verstehen, was "eigentlich" passiert. Die Politik hatte das bewusste Ziel, „die alte soziale Struktur“ aufzuheben. Infolge des politischen und administrativen Drucks sind das traditionelle Bauernwesen und das traditionelle Arbeiterwesen „erloschen“. Die Stellung der Intelligenz änderte sich auf*

¹⁴ Siehe Kaplan, 1991b, S. 5, Pešek, 1998, S. 7, Pešek 1999, S.7, Pešek 2001, S. 31, Kaplan & Paleček, 2001, S. 18, Zločiny komunizmu I., S. 682.

¹⁵ Siehe Pešek, 1998, S. 7, Pešek 1999, S. 7, Pešek 2000, S. 11, Pešek 2001, 31.

¹⁶ Siehe auch Pešek, 2000, S. 15-21.

radikale Weise. Die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung änderte sich. Die neue Struktur formierte sich jedoch nicht als ein Komplex von sozialen Gruppen mit eigenem Selbstbewusstsein und spezifizierten Werteskalen, sondern als eine Projektion der Struktur der Arbeitsteilung und der Verteilungssysteme in das "personelle Substrat" der Gesellschaft. Die soziale Struktur (sic) spiegelte das System der Arbeitsteilung wider und (sic) dies stellte auch die Art und Weise dar, wie die Gesellschaft sich selbst wahrgenommen hatte. Der sozialen Nivellierung entsprach die Nivellierung des Bewusstseins.“

Bilík (2005) führt auch an, dass der Zeitraum nach Februar 1948 mit der Betonung des „Anfangs“ verbunden ist. Motive der Geburt oder des Neuanfangs dominierten in dieser Zeit in der tagtäglichen politischen, publizistischen und kulturellen Praxis. Es ging dabei um eine politische Ambition. In der Slowakei geschah nämlich nichts, was die bisherige Geschichte in irgendeiner Form nicht gekannt hätte. Die Betonung des Anfangs, der neuen Qualität der eintretenden Welt, die Hervorhebung der Unterschiede zur Welt davor ist laut Bilík (2005, 87) *„nichts anderes, als die gezielte Bildung einer „getrennten Kommunikationssituation“, eine gewalttätige Ruptur zwischen „damals“ und „jetzt“, d.h. Bildung eines Bereiches, in dem der Inhalt der neuen symbolischen Repräsentation produziert wird (Wirtschaft, politische Macht und Mythen, die die Identität sicherstellen).“* Der genannte Bruch zwischen dem Traditionellen – dem Alten und Sozialistischen – und dem Neuen wurde auch in die Bemühungen um die Umwandlung der Verhaltensregeln und in die Einführung bestimmter Verhaltensmuster projiziert. Eines der wichtigsten Merkmale der Verhaltensregeln war die Anrede Genosse / Genossin, die direkt auf das Problem der kollektiven Identität als "politischer Einbildung" hinweist, da diese Anreden den Rahmen der Identifizierung mit der politischen Partei sprengten und zur allgemeinen Anrede im öffentlichen gesellschaftlichen Verkehr wurden. Mit dem Aufmarsch des kommunistischen Regimes war auch die Produktion des neuen Gerechtigkeitsystems verbunden, das die Notwendigkeit des Kampfes für die soziale Gerechtigkeit in Form des Klassenkampfes und des Sieges der neuen Gerechtigkeit mit der dominanten Stellung der kommunistischen Partei und zugleich die Form der kollektiven und individuellen Opfer verkörperte. (Bilík 2005, 82 – 104) Das Regime griff auf diese Weise in das tägliche Leben jedes einzelnen Bürgers ein, der somit neu definiert und rekonstituiert wurde, und dem auf diese Weise die „neue“ Identität verpasst wurde, die an das neue Regime gebunden war.

Bürger, die vom System als Menschen angesehen wurden, die sich an die neue gesellschaftliche Einstellung nicht anpassen konnten, bzw. die von der Staatsmacht als lästig empfunden wurde, wurden als „ehemalige Menschen“ bezeichnet¹⁷.

Die grundlegende Argumentation des totalitären kommunistischen Regimes basierte auf dem Grundsatz der Bildung einer neuen Gesellschaft aufgrund der Erziehung und Bildung neuer Menschen. Laut dieser Ideologie waren jedoch dazu nur einige gesellschaftliche Schichten fähig. Sog. Ausbeuter waren nicht imstande, diese Umwandlung vollzuziehen, daher mussten sie aus dem Leben eliminiert werden. (Veber 2010, 12) Zur Unterdrückung bzw. Eliminierung der „ehemaligen Menschen“ nutzte der Staat unterschiedliche Formen der Verfolgung aus. Mit der Politik der kommunistischen Partei und ihrer Propaganda hing auch das Angstphänomen zusammen. Es beeinflusst das gesellschaftliche sowie das Privatleben der Einzelpersonen. Sein Wesen bestand darin, die Angst in der gesamten Gesellschaft zu bilden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Mensch ein Anhänger des kommunistischen Systems ist oder nicht. (Veselská 2005, 181). Dies diente dem vollständigen Einfangen der Macht. Daher mussten nicht nur Schuldige und Verdächtige, sondern auch Unschuldige und Mitglieder der kommunistischen Partei selbst festgenommen und liquidiert werden. Es war eine Art Warnung für die sonstigen Menschen und es trug zur Bildung der Angstatmosphäre bei. (Krčméry 1995, 64) Angst als ein mit dem kommunistischen Regime verbundenes Phänomen entstand aufgrund der Aufhebung der Rechtssicherheit und des Zerfalls des Rechtsstaates. Dieses Phänomen diente als ein bedeutender, vorübergehend auch als ein stabilisierender Faktor des Regimes. Keiner konnte davor und vor der massenhaften Gesetzeswidrigkeit geschützt werden. Dies galt sogar für diejenigen, die die Angst geschürt hatten. (Kaplan 1991b, 75) Somit entstand die Einschüchterungstaktik, die auf der gesteuerten Propaganda basierte, in deren Mitte der „Klassenfeind“ stand. Durch die Bildung des Termins „Klassenfeind“ entstand der von der Propaganda betonte Widerspruch „wir“ – „sie“. Die genaue Spezifikation, aufgrund der Menschen als Klassenfeinde bezeichnet wurden, gibt es

¹⁷ Kategorien der „ehemaligen Menschen“ wurden ad hoc in Abhängigkeit von den Verfolgungsaktionen gebildet. Diese Personen wurden von der Staatssicherheit überwacht. Im Jahre 1960 stabilisierte sich ihre Anzahl bei 16 Kategorien. Die Staatsmacht ordnete dieser Gruppe folgende Personen zu: Mitglieder der gehobenen Klasse, Kulaks, ehemalige Vertreter von fremden kapitalistischen Betrieben und Gesellschaften, ehemalige Vertreter des kapitalistischen Staatsapparates, Funktionäre und aktive Mitglieder der Hlinka-Nationalpartei und deren Organisationen, Funktionäre ehemaliger Naziparteien, Funktionäre ehemaliger Reaktionsparteien und –organisationen, kirchliche Reaktionen, Vertreter von YMCA, Rotary u.ä., Agenten des ehemaligen Staatsapparates, wohlhabende Rebellen, Rückkehrer, Verurteilte, Rezipidisten und sonstige für die gesellschaftliche Einrichtung gefährliche Personen. (Näheres siehe Pešek, 2005a, 2005b und auch Lagová 2006, 007)

jedoch nicht (Veselská 2005, 182) Im Endeffekt stellen Veselská (2005, 182) sowie Krčméry (1995, 64) fest, dass als Klassenfeind jeder – ob schuldig oder unschuldig, - einfacher Mensch oder führender Funktionär der kommunistischen Partei – bezeichnet werden konnte, und zwar überwiegend aufgrund der politischen Aufträge der kommunistischen Partei. Laut Kaplan (1991b, 73-74) wurde zum Klassenfeind im Sinne der Theorie über die Verschärfung des Klassenkampfes jeder erklärt, der nicht mit der offiziellen und örtlichen Politik der kommunistischen Partei einverstanden war. Führende Funktionäre forderten ihre Untergebenen zur Entwicklung des Klassenkampfes auf und setzten die These durch, dass es in jeder Gemeinde, in jedem Betrieb und in jeder Behörde den Klassenfeind gibt, der bislang nicht enthüllt wurde. *„Je höher der Grad sozialer, politischer und kultureller Differenzierung der Gesellschaft, desto stärker die politische und soziale Repression, die mit der Zwangshomogenisierung der sozialen Interessen und der Eliminierung der nationalen Spezifika verbunden war.“* (Pauer In: Spiritova 2010, 68)

Folgen der Verfolgungen waren Einsamkeit und gesellschaftliche Isolierung der verfolgten Personen. Verfolgungseingriffe wurden gegen konkrete soziale Gruppe, politische und Mitarbeitergruppe sowie Familien und Einzelpersonen gerichtet. Die verfolgten Personen wurden somit zu Opfern der nach Februar 1948 durchgeführten Säuberungsaktionen, sie wurden von der Läuterung der Grossstädte, Aussiedlung von Grossbauern, Ordensbrüdern und –schwestern sowie von Bürgern in Grenzgebieten betroffen. Viele Bürger wurden infolge der gesellschaftlichen Unzuverlässigkeit in Zwangsarbeitslager platziert und im Rahmen der Armee in militärische Zwangsarbeitslager – technische Hilfseinheiten abgeschleppt. Viele wurden von politischen Prozessen betroffen, die von landesweiten Megaprozessen bis zu strafrechtlichen Verfolgungen auf örtlichem Niveau reichten. Andere wählten aus Angst vor Verfolgung die Emigration, doch in dem Falle, wenn sie gefangen wurden, wurden sie verhaftet, vors Gericht gestellt und verurteilt. Auf die Bevölkerung des Staates wurde der politische und somit auch der ideologische Druck in Verbindung mit dem sozialen und wirtschaftlichen Druck ausgeübt. Die verfolgten Personen wurden im Rahmen der lokalen Gesellschaft verfolgt und infolge der Verfolgung litten auch andere Familienmitglieder. (Veselská 2002, 171)

Karel Kaplan (1993, 26-31) und ähnlich auch Jozef Žatkuliak (1997, 73-87) führen vier Formen bzw. Stufen der politischen Verfolgung in der Zeit des kommunistischen Regimes

an.¹⁸ Die niedrigste Stufe und zugleich die am meisten verbreitete Form der politischen Verfolgung stellte der Ausschluss aus öffentlichem Leben aus den Gründen der Zugehörigkeit zu nicht kommunistischen Parteien aus der Zeit vor Februar 1948, aus politischer Überzeugung, religiöser Bekenntnis oder aus dem Grunde des sozialen und nationalen Ursprungs. Die zweite Stufe stellten Verfolgungen dar, die existentielle Folgen für die verfolgten Personen hatten und die in ihre soziale Situationen eingriffen. In diese Gruppe gehörten Karriereende, Entlassung aus der Arbeit, berufliche Degradierung, Strafen für Bauern wegen Nichterfüllung von obligatorischen und unangemessen hohen Lieferungen als Teil des Drucks zum Eintritt in die landwirtschaftliche Genossenschaft, Bestrafung der Intelligenz, Aussiedlung von Menschen aus Grenzgebieten und Grosstädten und Bestrafung von wohlhabenden Menschen auf dem Lande. Die dritte Stufe der Verfolgung umfasste die Einschränkung der persönlichen Freiheit und Eingriffe ins Privatleben in einem Umfang, der das übliche Niveau in der Zeit des Regimes überstieg. Diese Stufe der Verfolgung wurde durch Abhören und Beobachtung durch die Staatssicherheit, Zensur der Korrespondenz usw. realisiert. Diese Massnahmen wurden gegenüber Personen realisiert, die vor Februar 1948 ihre Einstellung zum Regime bzw. zur kommunistischen Partei zum Ausdruck brachten. Dies betraf nicht nur führende Persönlichkeiten, sondern auch Bürger auf allen Ebenen (regionalen und auch lokalen). Sie wurden von der Staatsgewalt der staatsgefährdenden Tätigkeit verdächtigt und dieser Verdacht führte oft zur Internierung oder zum Hausarrest. Die vierte und somit härteste Stufe der Verfolgung war die gesetzeswidrige Verhaftung ohne Gerichtsanweisung oder –beschluss bzw. aufgrund der politischen Prozesse. Die ohne Gerichtsbeschluss verhafteten Personen wurden in Zwangsarbeitslager entsandt, mussten ausserordentlichen Militärdienst ableisten, wobei sie dort „ohne Waffe“¹⁹ in technischen Hilfseinheiten dienten; Ordensbrüder wurden in Zentralisierungs- und Internierungslager geschickt. Die härteste Form der Verfolgung stellten jedoch politische Prozesse dar. Aus den genannten Stufen oder Formen der Verfolgung wurden folgende Kategorien der verfolgten Personen profiliert.

¹⁸ Die genannte Kategorisierung wurde auch von Jan Pešek in sein Werk integriert (1998, 18).

¹⁹ Dieses Thema wird von Ján Ondo in seinem Werk „Armáda bez zbraní“ (Armee ohne Waffen) (1996) behandelt, in dem ein ehemaliges Mitglied einer technischen Hilfseinheit sich daran erinnert, dass sie als Soldaten gemustert wurden, doch dass sie nie Waffen bei sich hatten. Sie kämpften mehr oder weniger mit Schaufeln und Spitzhacken, d.h. sie wurden zur Ausführung von schwerer körperlicher Arbeit entsandt.

2.2.1. Verfolgung von Kirchen²⁰

Die Gründer der kommunistischen Ideologie – Karl Marx und Friedrich Engels – hatte eine negative Einstellung zur Religion. Marx hielt die Religion für den Ausdruck der Illusion des Glücks, und sagte, dass das echte Glück dann eintritt, wenn die Illusion schwindet. Die Religion wurde von diesen Gelehrten als Einschränkung des Menschen verstanden, von der sich der Mensch dadurch befreien kann, wenn er darauf verzichtet, was ihn in seinem irdischen Wesen einschränkt. Es ging nicht um den Verzicht auf den Glauben, sondern um Änderung der gesellschaftlichen Bedingungen und Aufhebung der Klassengesellschaft, wodurch die Religion eliminiert werden sollte, die somit überflüssig wurde. Diese Religionsauffassung ignorierte jedoch die Religion als eine besondere Art und Weise der Wahrnehmung von Tatsachen, den existentiellen Wert, den Träger der ethischen Werte, das kulturbildende Phänomen und entwertete die Religion somit zu einer überholten Ideologie, die mit der Ausbeuterklasse verbunden war. (Zločiny komunizmu I 2001, 67) Der Glaube wurde vom kommunistischen Regime als einer der Hauptfeinde verstanden. Der Glaube stellte ein Werte- und Ideensystem dar, das auf anderen Grundlagen basierte, daher konzentrierte sich die Staatsmacht auf den Kampf gegen den Glauben. Zugleich konfiszierte der Staat auch das Vermögen der Kirchen bzw. nahm dessen Verwaltung über. Die Kraft des Glaubens, solange dieser aktiv gelebt wird oder durch das eigentliche Leben präsentiert wird, besteht darin, dass sie sich im täglichen Leben der Gläubigen, in deren täglichen Handlungen widerspiegelt und ihre Weltauffassung formt. Der Glaube ist Bestandteil der Privatsphäre, was für das totalitäre Regime schwer durchdringlich und kontrollierbar war, genauso wie inoffizielle Kontakte zwischen den Gläubigen. (Veelská 2009, 339)

Die Einschränkung der religiösen Freiheit und Verfolgung von Kirchen und Gläubigen betrafen alle Bekenntnisse. Einige religiöse Gemeinschaften (Zeugen Jehovas) und Organisationen wurden vollständig verboten (Heilarmee, griechisch-katholische Kirche, Orden und Ordensgesellschaften). Betroffen waren Gläubige sowie Laien. Die Zugehörigkeit zur Kirche, Kirchenbesuche bzw. Teilnahme an kirchlichen Zeremonien wurden in

²⁰ Laut der Volkszählung zum 1.3.1950 bekannten sich in der Slowakei 76,20% der Bevölkerung zur römisch-katholischen Kirche und 6,55% zur griechisch-katholischen Kirche. Die zweitgrößte Kirche war die Evangelische Kirche der Augsburgischen Bekenntnis, der 12,88% der Bevölkerung angehörten. Eine weitere evangelische Kirche war die reformierte christliche Kirche, der 3,25% der Bevölkerung angehörten. (SNA, f. SŠÚ, Katalog 79, Inventarnr. 128, Volkszählung zum 1.3.1950 In: Pešek 1998, 130)

Dienstzeugnissen erwähnt und als ein Hindernis bei der Stellensuche und auch bei Aufnahme von Kindern zum Studium aufgefasst. (Kaplan 1991b, 75-76) Direkte Eingriffe in Kirchen führte der Staat laut Gesetz Nr. 217/1949 Slg. über Errichtung der Staatlichen Behörde für Kirchenangelegenheiten und Nr. 218/1949 Slg. über wirtschaftliche Organisation von Kirchen und religiösen Gemeinschaften aus. Durch diese Gesetze bildete der Staat für sich die Möglichkeit, existentiellen Druck auf Geistliche auszuüben, denn diese konnten ihre Ämter nur mit Zustimmung des Staates ausüben. (Pešek 1998, 135) Wenn sie ohne Zustimmung des Staates tätig waren, war es eine Straftat. Der Staat beschäftigte sich auch mit der „Lösung der Ordensfrage“. Es ging um die sog. Aktion K, die die zwangsweise Konzentrierung von Angehörigen von männlichen Orden in einige Klöster umfasste und die in der Nacht vom 13. zum 14. April 1950 erfolgte und die auch als „barbarische Nacht“ bezeichnet wird. (Pešek 1998, 136-138) Die Staatsmacht bereitete sich auf diese „Aktion“ auf ihre besondere Art und Weise, insbesondere mit dem Ziel, die Namenslisten von Ordensmitgliedern zu erlangen. In die einzelnen Orden wurden sog. Bevollmächtigte entsandt, die Atheisten waren und deren Aufgabe in der Durchführung des Marxismus- und Leninismus-Unterrichtes bestand. (Korec²¹ 1990, 10-11) Der Auszug, der im Laufe von 20 Minuten verlief, stellte für die Ordensmitglieder ein schmerzliches Ereignis dar und verursachte ihre Machtlosigkeit. Sie hinterliessen in den Orden einen Teil ihres Lebens und ihrer Arbeit.²² In der Slowakei stiess die Aktion K auf eine Protestwelle der Bevölkerung. Zum Beispiel, als die Bewohner des Ortes Podolínec davon erfuhren, dass die Ordensbrüder im dortigen Redemptoristenkloster versammelt werden, versuchten sie, diese zu befreien. Dabei kam es zur Kollision zwischen der Staatsmacht und den Bürgern, einige von ihnen wurden sogar infolge von Schüssen schwer verletzt und elf Menschen wurden wegen der Straftat des Aufstandes vors Gericht gestellt. (Pešek 1998, 138-139) In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass hier die Schicksale von Bürgern mit den Schicksalen der Ordensbrüder verflochten wurden. Die Folgen der Aktion K betrafen daher nicht nur die Bevölkerung, sondern auch Dritte und deren Familien, was mit ihrem Glauben oder Überzeugung zusammenhing.

²¹ *„Ich wohnte damals gemeinsam mit einem Jesuiten. Wir waren zu zweit. Zuerst wollten wir nicht die Tür öffnen – und insbesondere mein Kollege weigerte sich und lehnte es rigoros ab. Dann, als wir uns angezogen hatten, war mir klar geworden, dass es keinen Sinn macht, sich zur Wehr zu setzen. Wir öffneten die Tür. Ein Milizionär in Zivilkleidung, nur mit einer militärischen Kappe am Kopf, forderte uns auf, sich schnell anzuziehen und in den Bereich vor der Kapelle zu laufen, die im selben Korridor war. ... Der Superior des Hauses – Pater František Bednár – meldete sich und versuchte zu protestieren. (...) Der Leiter der Milizionäre (sic), (...), antwortete resolut: „Entweder Sie gehorchen, oder wir richten uns auf sonstige Weise ein!“ (Korec 1990, 10)*

²² Siehe Korec 1990, 12-13.

Die Machteingriffe seitens des Staates gingen jedoch mit der Aktion K nicht zu Ende. Ende August 1950 folgte die sog. Aktion R, die gegen weibliche Orden gerichtet war. Konzentrierte Ordensschwwestern wurden mit Gewalt in tschechische Grenzgebiete verlagert, um dort in Textilfabriken zu arbeiten. (Pešek 1998, 139) Da die Geistlichen auf die Eingriffe des Staates nicht passiv reagierten, sondern, dass eine klare Reaktion auf die ungerechtfertigten Eingriffe hörbar war, fing der Staat im Frühjahr 1950 damit an, Internierungsklöster zu errichten. Gemeinsam mit Ordensbrüdern und –schwwestern wurden auch Geistliche ohne jeglichen Gerichtsbeschluss interniert. Die Internierung erfolgte aufgrund der Beschuldigung, dass sie negative Einstellung zur Volksdemokratie hatte und dass sie angeblich Proteste gegen sie organisiert haben sollen. Zum Ausschluss der Geistlichen gehörte auch ihre Musterung zum Militärdienst, der ursprünglich zwei Jahre hätte dauern sollen, doch die tatsächliche Dauer des Militärdienstes war unterschiedlich. Sie war nie klar und sie betrug meistens fast vier Jahre. Auf diese Weise verursachte der Staat akuten Mangel an Pfarrern. Handlungen des Staates gegen die Kirchen folgten zu ihrem inneren Zerfall und stellten Eingriffe in Leben und Schicksale vieler Menschen, doch dies führte nicht zur Auflösung der Kirchen oder zur Unterbrechung der Verbindungen mit den Gläubigen. Durch die Bildung eines Gegenpols des totalitären Regimes erwarben die Kirchen grosse moralische Anerkennung. (Pešek 1998, 141-149)

2.2.2. Eingriffe gegen Lehrer und Intelligenz

Die gesetzeswidrigen Handlungen in den Jahren 1948 – 1953 waren auch auf die Liquidation der Mittelschicht und der Intelligenz ausgerichtet, die ein bestimmtes Gegengewicht des Regimes darstellte. Die Intelligenz wurde unterschätzt und musste unqualifizierte körperliche Arbeit ausführen. Das Misstrauen des Regimes gegenüber der Intelligenz betraf nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Familien. Kinder wurden nicht in Schulen aufgenommen und der Zugang zur Ausbildung wurde verwehrt und in vielen Fällen sogar vollständig ausgeschlossen. (Kaplan 1991b, 76) Folgen der Verfolgung waren im Kulturbereich zwar indirekt, doch sie waren umfangreich. Der damalige Zustand der Gesellschaft spiegelte sich in der künstlerischen Produktion wider, deren Bewertung den Fachkritikern und Historikern zustand. Künstler wurden zu Opfern von Angst und Konflikten zwischen dem eigenen Gewissen und der gesellschaftlichen Realität. Diese Atmosphäre stritt jegliche künstlerische Freiheit ab. (Dengler 1990, 112-113) Die Liquidation der Intelligenz betraf auch Lehrer, als in den Jahren 1948 – 1953 aus politischen Gründen ca. 5% der Lehrer entlassen wurden. Die Säuberungen der Intelligenz betrafen auch Kulturkreise, in denen von der kommunistischen

Führung eine Liste der sog. Trotzki-Literatur und der Anti-Sowjet-Literatur erstellt wurde, die im April 1952 genehmigt wurde. Aufgrund dieser Listen wurden in öffentlichen Bibliotheken 27,5 Millionen Bücher vernichtet. (Kaplan 1991b, 76-77) Im Rahmen der damaligen Teilung der Gesellschaft wurden Lehrer der Kategorie „Sonstige“, im besseren Fall der Kategorie „Intelligenz“ zugeordnet.²³(Pešek 1998, 186) Die Verfolgung von Lehrern unterschied sich nicht von der Verfolgung sonstiger sozialer Gruppen und Schichten. Die von den Lehrern durchgeführte ideologische Vorbereitung wurde vom kommunistischen Regime für eine der wichtigsten Aufgaben gehalten. Das Regime widmete dieser Aufgabe die entsprechende Aufmerksamkeit, da die Lehrer als ein wichtiges Element zur Erreichung der Gesamtmacht und ihrem Etablieren angesehen wurden. Lehrer wurden somit Bestandteil der sozialpolitischen Bewegungen, was sich gegenüber ihnen in der Ausübung von Zwangsmethoden und -mitteln widerspiegelte. Lehrer gehörten in die Gruppe der Staatsbeamten, die aufgrund unterschiedlicher Richtlinien vom Dienst suspendiert werden konnten, die in den „vorübergehenden Urlaub“ geschickt wurden bzw. denen Renten reduziert wurden usw. Aus dem Staatsdienst und öffentlichen Dienst wurden Tausende von Beamten, Lehrern, Richtern, Studenten, Leutnanten und sonstigen Beamten entlassen. (Zločiny komunizmu I 2001, 656-657) Der Staat nutzt seine direkten Eingriffe gegen diese Funktionen und Berufe aus und eliminierte die lästigen Personen durch soziale und berufliche Degradierung sowie in wirtschaftlichem Sinne durch die Eliminierung von Einnahmen.

Seit 1949 waren in Hochschulen Kommissionen zur Prüfung von politischen Einstellungen von Hochschullehrern und –studenten tätig. Es gab einige Dutzend „unzuverlässiger Lehrer“ in Hochschulen, doch der Massenbedarf – das heisst Hunderte bis Tausende von Lehrern– wurde aus nationalen und Mittelschulen gedeckt. Daher kam es zur massenhaften Verlagerung von Lehrern, ihrer Entlassung und ihrer zwangsweisen Einstellung in Produktionsbetriebe. Bestandteil des Drucks, der auf Lehrer ausgeübt wurde, war, dass sie zur Realisierung der Machtpolitik ausgenutzt wurden. Es waren vor allem Lehrer, die im Jahre 1952 in Agitationsgruppen eingeteilt wurden, und die die Menschen zum Eintritt in landwirtschaftliche Genossenschaften motivieren sollten. Eingriffe waren auch gegen gläubige Lehrer gerichtet, und zwar insbesondere in den Jahren 1952 – 1953. Die Situation der Lehrer war kompliziert und ihre Stellung war ungewiss. Der Staat nutzte sie für ideologische und macht-politische Ziele aus. Das gesellschaftliche Prestige des Lehrerstandes sank erheblich und die Lehrer wurden von der bereits erwähnten sozialen Nivellierung

²³ Siehe auch Zločiny komunizmu I 2001, 655.

betroffen. (Pešek 1998, 187-193) Auswirkungen der machtpolitischen und ideologischen Politik des Regimes bezogen sich jedoch auch auf Studenten. Sie wurden vor Gutachterkommissionen vorgeladen, die ausschliesslich ideologische Interessen überwachten und die Studenten aufgrund von Personalgutachten bewerteten. Diese Gutachten bezogen sich jedoch vorwiegend nicht auf Studienergebnisse, sondern auf den familiären Hintergrund der Studenten und auf mögliche Auswirkungen dieses Hintergrundes auf die Denkweise der jeweiligen Person. So wurden die Schicksale von Studenten – und zwar nicht nur Hochschulstudenten – zum Beispiel aufgrund der Bewertung des Ursprungs der Studenten beeinflusst.²⁴ Auf diese Weise haben die Verfolgungsmassnahmen seitens des totalitären Regimes auch Nachkommen und entfernte Bekannte beeinflusst, diese wurden so zu sagen bis zum dritten Familiengrad betroffen.²⁵

2.2.3. Sozialisierung von Gewerbetreibenden

Gesetzeswidrige Eingriffe des kommunistischen Regimes konzentrierten sich im Rahmen der Eliminierung der Mittelschicht auch auf die Liquidation der privaten Kleinproduktion in Städten. Es wurden diskriminierende wirtschaftliche Massnahmen ergriffen, die Bedingungen für die Liquidation dieser Betriebe schafften. Die Zuteilung von Rohstoffen an private Gewerbetreibende wurde eingeschränkt und es wurde ihnen verboten, Mitarbeiter zu beschäftigen. Besonders schlimme Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden hatte ihr Ausschluss aus dem gebundenen Markt im Jahre 1949, was bedeutete, dass sie Grundnahrungsmittel und Textilien zu unangemessen hohen Preisen auf dem freien Markt einkaufen mussten. Neben den genannten Formen der Repression wurde auch eine politische Kampagne gegen Gewerbetreibende geführt, die den Übergang der Kleinproduktion zu höheren Formen der Unternehmenstätigkeit betonte. Im Rahmen dieser Kampagne wurden Gewerbetreibende von den Funktionären zu den „Klassenfeinden“ gezählt (Kaplan 1991b, 78), obwohl die Gewerbetätigkeit in der Slowakei die übliche Form der wirtschaftlichen Aktivität darstellte²⁶. Die Tätigkeit der Gewerbetreibenden gehörte zu traditionellen Formen der

²⁴ Diese Tatsache wurde in einem Interview auch von Frau Rábeková angeführt, die nicht zum Studium an der Mittelschule aufgenommen wurde, da ihre Bauernfamilie nicht fähig war, die vorgeschriebenen Kontingente zu erfüllen. (Interview vom 13.08.2012)

²⁵ Siehe auch die Geschichte von Aristid Miglierini In: Dobiáš 2010, 250-256, der die Tätigkeit von Gutachterkommissionen im Rahmen der "Demokratisierung" der Hochschulen schilderte, die er selbst erlebte und der klar anführt, dass nur ideologische Interessen und nicht Studienergebnisse bewertet wurden.

²⁶ Ende 1948 gab es in der Slowakei 68 267 Gewerbebetriebe, in denen 150 015 Personen tätig waren. Die grösste Gruppe bildeten Handwerker mit 40 708 Betrieben und 101 813 Personen, d.h. fast 60% der Gesamtanzahl der Gewerbetreibenden und 68% der Gesamtanzahl der tätigen Personen. (Siehe Pešek 1998, 229)

privatwirtschaftlichen Tätigkeit. Gewerbetreibende und deren Betriebe formten die Atmosphäre der Städte und Dörfer und bildeten auch einen Informationskanal und einen Kommunikationshintergrund, aufgrund der Vorstellungen über lokale sowie gesamtpolitische Fragen formuliert wurden. (Zločiny komunizmu I 2001, 571-572) Gerade die erwähnte Position der Gewerbetreibenden als möglicher Gestalter der gesellschaftlichen lokalen Denkweise stellte ein Hindernis bei der Durchsetzung der staatlichen Ideologie dar, daher wurden die Gewerbetreibenden für das Regime zu lästigen Personen und Klassenfeinden. Es gibt keinen sonstigen Grund, ausser, dass das Vermögen der Gewerbetreibenden in den Händen des Staates konzentriert wurde. Sie wurden als Klassenfeinde und Bedrohung für die volksdemokratische Einrichtung bezeichnet.²⁷ Der Stand der Gewerbetreibenden ist Anfang der 50er Jahre fast erloschen. Die Gewerbetreibenden selbst waren gezwungen, ihre Tätigkeit aufzugeben, ihr Vermögen, das das Ergebnis ihrer lebenslangen unternehmerischen Tätigkeit – auch über mehrere Generationen – darstellte, wurde konfisziert. Ihre Erklärung zu Klassenfeinden betraf nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch deren Familien. Wenn der Gewerbetreibende zum Klassenfeind erklärt wurde, wurde sein Vermögen konfisziert und seine Familie musste zwangsweise ausziehen bzw. aussiedeln.²⁸

2.2.4. Kollektivierung und Nötigung der Bauern zum Eintritt in Genossenschaften

Der Zeitraum 1948 – 1953 ist mit dem Beginn der Kollektivierung an der Wende der 40er und 50er Jahre des 20. Jahrhunderts²⁹ verbunden, die die totale Änderung der Art und Weise der Arbeit, der Stellung sowie der gesamten Lebensperspektive für private Bauern darstellte. Boden als materieller Wert und Produktionsmittel und die Arbeit mit dem Boden als eine Statuskategorie bildete bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegenden existentiellen Wert der ländlichen Bevölkerung. Sie waren das Ziel des Interesses der Bevölkerung und darauf waren Bemühungen und Wünsche der Bevölkerung ausgerichtet. (Nováková 2009, 261). Der Umfang des Bodens im Eigentum des Bauern stellte ein Kriterium seiner sozialen Stellung in der Gesellschaft dar und die Art und Weise, auf die der Boden bewirtschaftet wurde, entsprach der Entwicklung ihrer Agrarkultur. Der Boden hing unmittelbar mit der beruflichen Einstellung des Dorfmenschen zusammen. Er wurde zur gesellschaftlichen Norm, wurde als

²⁷ „(...) *Wir wurden verurteilt, mein Vater zu fünf Jahren und ich zu drei Jahren. (...) Warum? Da wir Gewerbetreibende waren, mein Vater besass ein Eisenwarengeschäft. Wir wurden vor das ganz Dorf vorgeladen und da wurden wir zu Klassenfeinden erklärt. Das sind die Klassenfeinde. (...)*“ (Jaroslav Žilák, Interview vom 01.08.2012)

²⁸ Ibid.

²⁹ Näheres siehe auch Pešek, 2002, 7.

Kulturtradition übernommen und von Generation auf Generation übertragen. (Nováková 2009, 264). Die Kollektivierung der Landwirtschaft war in erster Linie ein politisches und erst dann ein wirtschaftliches Problem. Dabei wurden soziale, kulturelle und psychologische Fragen nicht vergessen, und daher wurde die genossenschaftliche Landwirtschaft als ein Ausdruck von Aggressivität verstanden, die im wesentlichen traditionelle Lebensmodelle aufheben liess. (Nováková 2009, 266)

Die erste Phase der Kollektivierung wurde mit der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 69/1949 Slg. über landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften eingeleitet. Seit Frühjahr 1949 bis Ende 1950 war die Gründung von Genossenschaften relativ dynamisch, jedoch nicht problemlos. Seit Anfang 1951 wurde das Tempo der Kollektivierung allmählich langsamer und Anfang 1952 wurde dieser Prozess eingestellt. Die Einstellung des Kollektivierungsprozesses führte zur Steigerung der wirtschaftlichen und administrativen Nötigung der Bauern (seitens des Staates) zum Eintritt in Genossenschaften. Diese Formen der Nötigung waren nichts Neues, sie waren die begleitende Erscheinung der Kollektivierung seit ihren Anfängen, doch seit Mitte 1952 wurden sie verschärft. Der Staat versuchte, die Ziele der Kollektivierung zu legitimieren und auch die Nötigung der Bauern mit Hilfe von Rechtsnormen, insbesondere durch die Anordnungen Nr. 6 und 7 der Regierung aus dem Jahre 1949 Slg. über Aufkauf und Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten laut Verträgen, durch das Strafgesetz Nr. 86/1950 Slg., das Strafverwaltungsgesetz Nr. 88/1950 Slg. und die Strafprozessordnung Nr. 89/1950 Slg. (Pešek 1998, 207) zu legalisieren. Im Rahmen der Kollektivierung wurde eine Kombination der politischen und wirtschaftlichen Nötigung angewendet. Im Zeitraum 1948 – 1950 gehörte zu den wichtigsten wirtschaftlichen Zwangsmitteln die Auflistung der obligatorischen an den Staat abzuführenden Abgaben, die vorsätzlich so definiert wurden, damit sie nicht erfüllt werden konnten. Eine verbreitete Form der Nötigung war auch die sog. Zwangspacht, die bedeutete, dass Bauern unfruchtbare und nicht zu bearbeitende Bodenflächen zugeteilt wurden und dass ihnen anschliessend die definierten Abgaben erhöht wurden.³⁰ (Kaplan 1991b, 78) Seit 1950 wurde das Mechanisierungsgesetz Nr. 27/1949 Slg. umgesetzt. Damit sollte die Fähigkeit der mechanisierten Bauern untermauert werden. Aufgrund dieses Gesetzes wurden Maschinen und Mechanismen von Grossbauern und auch von mittelgrossen Bauern eingesammelt. Die Umsetzung dieses Gesetzes war mit dem Widerstand der betroffenen Bauern verbunden, was in vielen Fällen zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führte. In Wahrheit ging es nicht um

³⁰ Im Jahre 1950 bezog sich dies in der Slowakei auf fast 40.000 Bauern. Siehe auch Pešek 1998, 208.

den Aufkauf von Maschinen und Mechanismen, wie es präsentiert wurde, sondern um gewalttätige Wegnahmen dieser Maschinen ohne jeglichen Ersatz und mit dem Ziel, die wirtschaftliche Position der Bauern zu schwächen. (Pešek 1998, 208) Der politische Druck wurde insbesondere auf Bauern ausgeübt, die den Eintritt in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft abgelehnt hatten. Dieses Verhalten hatte jedoch Auswirkungen auf ganze Familien. Sie wurden zu Klassenfeinden erklärt und auf schwarze Listen gesetzt. Dieser Eintrag in der schwarzen Liste führte zur negativen Einstellung der Behörden gegenüber den Bauern, z.B. bei Erledigung von Anträgen. (Kaplan 1991b, 79) *„Seit 1950 wurden so grosse Kontingente vorgeschrieben, dass diese nicht erfüllt werden konnten. Infolge dessen wurde meine Mutter jedes Jahr für 1 bis 2 Monate festgenommen. Im Jahre 1951 wurde mein Bruder in den sechsmonatigen Militärdienst, im Grunde in ein militärisches Arbeitslager, entsandt. In der Zwischenzeit wurde grosser Druck auf Bauern ausgeübt, damit diese in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften eintreten. Salka war eine der Gemeinden, die sich die längste Zeit wehrten, daher wurde der Druck auf uns immer intensiver. Die Bauern verliessen ihre Häuser in den frühen Morgenstunden, doch einige wurden auf den Feldern angetroffen, dort wurden sie aufgeladen und in eine Kaserne abtransportiert, wo sie mit grober Gewalt zur Unterschrift gezwungen wurden. Andere wurden in der Nacht gefangen, in Autos aufgeladen, wurden mit Waffen bedroht und ihnen wurde gesagt, dass sie ihre Familien nicht mehr sehen werden und dass sie liquidiert werden. Dann wurden sie in weit entfernten Dörfern auf die Strasse abgeladen. Inzwischen „verbrachte“ meine Mutter einige Zeit im Gefängnis in Ilava, wo sie in der Wäscherei arbeitete. Sie erzählte uns, wie sie mit Blut beschmierte Gefängniskleidung waschen musste. (...) Im Frühjahr 1953 kamen Polizisten in unseren Hof, sie waren in einem Lastwagen, meine Mutter war noch im Gefängnis (meine Grossmutter war bei den Nachbarn und ich flieh in den Wald), so luden sie meinen Bruder mit dessen Frau auf. Sie sagten ihnen nicht einmal, wohin sie gebracht werden. Wir waren dann mit meiner Grossmutter gezwungen, bei den Nachbarn zu wohnen. (...) Meine Mutter erhielt den Umzugsbefehl im Gefängnis. (...) Wir wurden nach Vysoké Mýto gebracht, wo in Snakove bereits mein Bruder mit seiner Frau arbeiteten. Anstatt Schule absolvierte ich vorzeitig die „Universität des Lebens“ bei landwirtschaftlichen Zwangsarbeiten auf dem staatlichen Grundeigentum.“* (Ferenc Környí In: Zločiny komunizmu II., s. 187-8) Der Staat bestrafte auf diese Weise die Menschen für ihren Ursprung und die Grösse ihres Eigentums, wobei die Pointe darin bestand, dass das Vermögen dieser Menschen in die Hände des Staates überging, und nicht dass der „Klassenfeind“ und Ausbeuter weggejagt bzw. enthüllt wird, so wie es nach aussen hin

präsentiert wurde. Die Bestrafung hatte auch sekundäre Auswirkungen auf die Kinder der Bauern, die den Eintritt in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ablehnten und die versuchten, den Folgen der Agitations- und propagandagetriebenen Kampagne im Rahmen der Kollektivierung zu entgehen. Diese Folgen spiegelten sich insbesondere im Bereich der Ausbildung wider, da die Kinder dieser Bauern nicht zum Studium aufgenommen wurden, wobei als Grund die Nichteinhaltung der Kontingente angeführt wurde.

Das wirksamste Mittel zur Nötigung der Bauern in der Sache des Eintrittes in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften war die Errichtung von Strafkommisionen³¹, die aufgrund des Gesetzes Nr. 88/1950 Slg. errichtet wurden. Diese Kommissionen führten mit Bauern Gespräche und übten psychologischen Druck auf die Bauern aus, daraufhin wurde ihnen versprochen, auf die Strafe für die nicht eingehaltenen Kontingente zu verzichten, usw. Diese repressiven Praktiken führten zur Errichtung von einigen Hunderten neuer landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften seit Mitte 1952. Dies war jedoch nur der vorübergehende Zustand des Aufschwungs der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Slowakei, da im Jahre 1953 keine einzige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gegründet wurde. (Pešek 1998, 212-213)

2.2.5. Liquidation von Dorfreichen

Die Kollektivierung, die aus der Perspektive des kommunistischen Regimes als eine fortschrittliche Reform angesehen wurde, hing mit der Liquidation der Mittelschicht auf dem slowakischen Lande. Slowakische Dörfer hatten überwiegend Kleinbauerncharakter. Die Anzahl der grösseren Bauern war nicht hoch, doch ihr Anteil am wirtschaftlichen Potential war erheblich. Nach Februar 1948 wurden diese auf dem Lande als Dorfreiche und abwertend als Kulaks bezeichnet. (Pešek 2002, 12) Der Begriff „Kulak“³² bedeutet übersetzt aus dem

³¹ Auf diese Weise erfolgte die Agitation zum Eintritt in landwirtschaftliche Genossenschaften durch die Mitglieder der Polizei Mitte 1952: *„Ich kam zu vier mittelgrossen Bauern, gab ihnen vier Anmeldungen in die Genossenschaft, vier Stifte und sagte ihnen, sich den Eintritt in die Genossenschaft zu überlegen. Dabei merkte ich an, dass ich für zwei dieser Bauern Haftbefehle in der Tasche habe. Alle vier Bauern unterzeichneten die Anmeldung in die Genossenschaft bis zum nachfolgenden Morgen.“* „... bei der Überredung der vier Bauern sagten diese folgendes: *„Wenn der eine eintritt, dann trete auch ich ein.“* Dabei wollte der Bauer Slivka Michal seinen Eintritt in die Genossenschaft mit seiner Krankheit verschleiern. Die Strafkommision beschloss, dass der Bauer Klacik Ján festgenommen wird und dass dann die restlichen drei Bauern den Eintritt in die Genossenschaft unterschreiben werden.“ (In: Pešek 1998, 212)

³² Die Verwendung dieses Begriffes in offiziellen Dokumenten und in der eigentlichen Kollektivierungspropaganda erinnerte an die grausame Kollektivierung in sowjetischem Russland. Die Übertragung dieses Begriffes in die Bedingungen der slowakischen Kollektivierung bewies die Stalinisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, *„als die eigentliche Idee zum Autor der Realität wurde“*.

Russischen „Faust“. Die Sowjetmacht verwendete diesen Begriff in der Zeit der Kollektivierung der russischen Dörfer zur Bezeichnung von Grossbauern, die „das Dorf ausbeuteten, als Wucher das Dorf bluten liessen und das Dorf in ihren Händen zusammenschnürten.“ (Zločiny komunizmu I 2001, 543) So wurden Dorfbewohner bezeichnet, die landwirtschaftliches Eigentum im Ausmass von mehr als 15 Hektar Boden (häufig auch weniger, ca. 4 – 5 Hektar), ein Geschäft, ein Gasthaus, eine Säge usw. besaßen. Sie wurden als das grösste Hindernis der Kollektivierung und des Eintrittes der niedrigeren Bauernschichten in die Genossenschaften empfunden, da sie fachliche Autorität und wirtschaftlichen und politischen Einfluss hatten. Bereits seit 1948 wurde auf sie der Druck ausgeübt. Die individuelle Wirtschaft wurde als etwas empfunden, woraus Kapitalismus und Bourgeoisie erwächst. Diese Bauern wurden aus der Agitation zum Eintritt in die Genossenschaften ausgeschlossen, es wurde ihnen verboten, in die Genossenschaft einzutreten, da sie als unerwünscht galten. (Pešek 1998, 216-218) Zu ihrer Liquidation wurden unterschiedliche Mittel eingesetzt. Nachdem ihnen landwirtschaftliche Maschinen weggenommen wurden und es ihnen nicht ermöglicht wurde, Arbeitskräfte zu beschäftigen, waren sie nicht mehr fähig, hohe Abgabepflichten zu erfüllen, was zu Sanktionen führte. Diese Sanktionen bestanden aus dem Ausschluss ganzer Familien aus der Zuteilungsversorgung, aus Geldstrafen, vorsätzlicher Kriminalisierung, Abschleppung in Zwangsarbeitslager oder aus Gerichtsprozessen und Gefängnisaufenthalt. (Pešek 2002, 12) Infolge der grausamen politischen und bürgerlichen Verfolgung und der Unmöglichkeit, unrealistische vorgeschriebene Abgabepflichten zu erfüllen, wurden die vor Bankrott stehenden Wirtschaftsgüter unter nationale Zwangsverwaltung gestellt, das Vermögen wurde konfisziert und die Inhaber wurden aus der Gemeinde ausgesiedelt (samt Verbot der Rückkehr). (Kaplan 1991b, 80) Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1950 wurden „Dorfreiche“ massenhaft als Personen bezeichnet, die die Straftat der „Sabotage“³³ und der „Bedrohung des einheitlichen Wirtschaftsplans“³⁴ begangen haben. Seit Ende 1951 wurde immer mehr die Strafe des Eigentumsverfalls und des Verbotes des Aufenthaltes am bisherigen Wohnort geltendgemacht. Dies führte zur Aussiedlung von „Dorfreichen“ aus der Slowakei und es wurde in der Slowakei seit Herbst 1952 bis zum Herbst 1953 im Rahmen der „Aktion K“ durchgeführt. Diese Aktion betraf mehr als 300 Familien, die meistens nach Tschechien

Allmählich wurde dieser Begriff zum Synonym für einen Feind des Sozialismus und der Genossenschaftsidee. (Zločiny komunizmu I 2001, 543)

³³ § 85 des Gesetzes Nr. 86/1950 Slg.

³⁴ § 135 und 136 des Gesetzes Nr. 86/1950 Slg. Die Anzahl der Verurteilten stieg schnell an. In den Jahren 1950 – 1953 wurden für diese Straftat 6015 Personen verurteilt. (Pešek 1998, 220)

ausgesiedelt wurden. (Pešek 2002, 13) Die ausgesiedelten Familien wurden als Hilfskräfte auf Staatsgütern ausschliesslich zur Ausführung von körperlicher Arbeit eingesetzt, obwohl sie sehr gute Fachkenntnisse und Erfahrungen besaßen. Die „Aktion K“ dauerte offiziell bis September 1953, doch auch nach diesem Termin wurde die Aussiedlung fortgesetzt. Sie wurde jedoch nicht mehr zentral gesteuert, organisiert und auch nicht erfasst. (Pešek 1998, 223-224)

2.2.6. Säuberung von grossen Städten – „Aktion B“³⁵

Wie ich bereits früher erwähnte, war für die Slowakei die landwirtschaftliche Ausrichtung typisch. Paríková (2002, 180-181) führt an, dass in der Slowakei die klassische Industrialisierung und Urbanisierung von Städten als Bedingung für die Bildung der Mittelschicht fehlten. Die sozialistische Industrialisierung und Urbanisierung wurde als Bemühung um eine Änderung verstanden und sie basierten auf quantitativen Aspekten, die nicht mit der Wichtigkeit und der Notwendigkeit von qualitativen Aspekten rechneten. Die Städte sind zwar in dieser Zeit gewachsen, doch dieses Wachstum entsprach nicht einer Evolution, sondern einer Revolution, da es zu Paradoxen führte. Die Stadtbevölkerung stieg zwar an, doch die Mittelschicht, die für die Slowakei auch in den vorherigen Perioden typisch war, ist fast vollständig erloschen. Diese Situation entstand aus dem Grunde, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung, deren Bestandteil die aktive Mittelschicht war, sank. Die Mittelschicht wurde zur Zielscheibe der Marginalisierung und sie wurde aus dem täglichen Leben ausgeschlossen. Es ging um die gezielte Nivellierung gewählter sozialer Gruppen. Die Angehörigen der Mittelschicht wurden aus den Städten auch im Rahmen der „Aktion B – Säuberung von grossen Städten“ eliminiert, als mehr als 500³⁶ Familien Bratislava

³⁵ Die Zwangsaussiedlung der Bevölkerung gehörte zur häufig eingesetzten Form der Verfolgung, insbesondere in den Jahren 1948 – 1953. Die Aktion B war nicht die einzige Aktion dieser Art. Im Herbst 1948 fand die erste dieser „Aktionen“ im Rahmen der Säuberung von unerwünschten Personen, an die sich dann die sog. Aktion T – 43 anschloss, die zur Ausfüllung der Kapazitäten der Zwangsarbeitslager diente. Diese Aktion wurde jedoch dann nicht realisiert bzw. sie dauerte nur ein paar Tage und wurde widerrufen. Listen der Personen aus dieser „Aktion“ wurden jedoch aktualisiert und später im Rahmen der „Aktion B“ verwendet. Im Rahmen der Aussiedlung der Bevölkerung wurden auch Deutsche ins Binnenland verlagert. Seit 1950 wurden alle „für den Staat unzuverlässigen Personen“ aus der errichteten und verbotenen Grenzzone an der Grenze zu Österreich ausgesiedelt. Die Zwangsaussiedlung umfasste die Internierung von Ordensbrüdern und –schwestern im Rahmen der Aktion K (Klöster) und der Aktion R (Orden) im Frühjahr und Sommer 1950 sowie die Aussiedlung von Ordensschwestern nach Tschechien. Seit Herbst 1951 wurde auch die Aktion K (Kulaken) ausgeführt. Zur Bestrafung wurden z.B. Lehrer, Staatsbeamte und sonstige für das Regime lästige Personen zum Umzug gezwungen. (Pešek In: Naše svedectvo (Unser Zeugnis) 2005/2, 27-28)

³⁶ Pešek (In: Naše svedectvo 2005/2, 31) führt 672 zwangsweise ausgesiedelte Familien und 6 „freiwillig“ ausgesiedelte Familien an.

unfreiwillig verlassen mussten, sowie durch Jobverlust und Degradierung im Beruf (Paríková 2002, 185) Die „Aktion B“ stellte eine der Formen der Bestrafung ohne gesetzlichen Gerichtsbeschluss dar. Sie wurde auf der Grundlage des Gesetzes vom 4. Juni 1948 realisiert. Diese Rechtsnorm ermöglichte die Auflösung von Mietverträgen in Wohnungen, die von den „für den Stadt unzuverlässigen Personen“ bewohnt wurden“. (Kaplan 1991b, 82)

Ausgesiedelt wurden Familien, deren Mitglieder als „unerwünschte Personen und Personen bezeichnet wurden, die beruflich nicht an Bratislava gebunden waren“. „Unerwünschte Personen“ waren ehemalige grössere Eigentümer, Vertreter und Funktionäre des vorherigen Regimes und „Feinde“ der volksdemokratischen Einrichtung, die der geplanten Staatswirtschaft schädigten. Als „Personen, die beruflich nicht an Bratislava gebunden waren“, wurden die Personen bezeichnet, die „aus dem mit kapitalistischen Methoden angesammelten Kapital“ lebten, und auch Rentner, vor allem, wenn es „ehemalige Ausbeuter“ waren. Bürger wurden in die Listen von ausgesiedelten Personen mehr oder weniger aufgrund der willkürlichen und durch nichts begründeten Beschuldigungen aufgenommen. Die Aussiedlungskommission entschied nicht nur über den Aufenthaltsort, sondern auch über die berufliche Einordnung der ausgesiedelten Familien. Sie führten ausschliesslich körperliche Arbeit in Steinbrüchen, Ziegelwerken, Sägewerken und in Forstbetrieben aus. Alle Familienangehörigen im Alter von mehr als 16 Jahren wurden aus Schulen (Mittel- und Hochschulen) ausgeschlossen und mussten in Bau- und Forstbetrieben arbeiten. Diese groben Eingriffe wirkten sich auf die Schicksale aller Familienangehörigen aus. (Pešek In: Naše svedectvo 2005/2, 29-31) Die Aussiedlung von Familien im Rahmen der „Aktion B“ hatte jedoch nicht zum Ziel, die Bevölkerung zu vermischen und die lästige Intelligenz zu eliminieren, doch sie sollte dazu dienen, Privateigentum in die Hände des Staates zu legen und es unter gewählten Personen zu verteilen.³⁷

2.2.7. Technische Hilfseinheiten

Die am meisten gesetzeswidrigen Handlungen waren neben politischen Prozessen auch Strafen ohne Gerichtsverfahren. Diese Strafen, die Verhaftung oder Internierung umfassten, wurden aufgrund von politischen Beschlüssen der parteilichen staatlichen Institutionen verhängt. Konzentrationslager in Form von Zwangsarbeitslagern (TNP), technischen Hilfseinheiten (PTP) und Klöstern von Geistlichen wurden aufgrund von administrativen

³⁷ Zur Konfiszierung des „überschüssigen Vermögens“ der ausgesiedelten Personen siehe auch Pešek In: Naše svedectvo 2005/2, 31

Beschlüssen der anonymen parteilichen Kommissionen, gegen die man keine Berufung einlegen konnte und die ihre Entscheidungen ohne Anwesenheit der betroffenen Person trafen, gefüllt. (Kaplan 1991b, 81)

Im Jahre 1948 wurden im Rahmen von Geniekorps unter besonderem militärischen Kommando Strassenhilfseinheiten errichtet, in denen Personen versammelt wurden, die als „politisch unzuverlässig“ galten. Im Jahre 1950 wurden diese Strasseneinheiten in technische Hilfseinheiten umgewandelt, deren Anzahl im Jahre 1952 insgesamt 20 erreichte und die mehr als 30.000 Mitglieder hatten. Die Zuteilung von Personen zu den technischen Hilfseinheiten erfolgte aufgrund der Stellungnahme der örtlichen kommunistischen Funktionäre, die Personalakten an die zuständige Militärverwaltung vor dem Beginn des Militärdienstes abgeschickt hatten. Diese Personalgutachten enthielten häufig eine konstruierte Beschreibung von „Tatsachen“ und auch die feindliche Einstellung der „politisch unzuverlässigen“ Partei zur volksdemokratischen Einrichtung³⁸. (Křuska 2004a, 24 und auch Křuska 2004b, 40-41) Die Zuteilung von Personen zu den technischen Hilfseinheiten basierte auf ihrer Erklärung zu politisch unzuverlässigen Personen, die in Dokumenten der Militärverwaltungen als sog. „Kategorie E“ bezeichnet wird. Die politische Unzuverlässigkeit und die anschließende Zuteilung zu den technischen Hilfseinheiten stellte eine Strafe für die Zugehörigkeit zur ethnischen oder sozialen Gruppe bzw. für die Zugehörigkeit zu einer der genannten Gruppen, für die Präsentation der politischen Ansichten bzw. der religiösen Bekenntnis dar. Es ging zum Beispiel um den Sohn eines Dorfreichen, eine im Sinne der christlichen Grundsätze geführte Person, um den Sohn eines Gewerbetreibenden oder eines Lehrers, der für das Regime lästig war, um Angehörige von Ordensbrüdern oder Geistlichen, die vom Studium ausgeschlossenen Studenten, oder Personen, die emigrieren wollten bzw. Angehörige von Personen, die ausgewandert wurden, - die Bandbreite war sehr weit. Alle bisher erwähnten Kategorien von verfolgten Personen konnten als Mitglieder von technischen Hilfseinheiten enden, bzw. ihre Kinder oder Angehörige. Dies galt auch für Ordensbrüder und -schwestern und Religionsstudenten, die im Jahre 1950 nicht mehr ihren Beruf ausüben und nicht mehr weiter studieren konnten. Zu den technischen Hilfseinheiten wurden auch Pfarrer zugeteilt, die, wie schon erwähnt wurde, den Militärdienst absolvieren mussten.

Personen, die zu den technischen Hilfseinheiten zugeteilt wurden, wurden als Arbeitskräfte eingesetzt und absolvierten den Militärdienst ausschliesslich ohne Waffen. Sie arbeiteten in

³⁸ Diese Vorgehensweise wurde mir auch von Herrn Milan Mésároš im Interview vom 12.05.2012 bestätigt und sie ist auch in persönlichen Memoiren von Herrn Ján Bachratý enthalten. (2001, 2)

Steinbrüchen, Forstbetrieben und Bergwerken, sie bauten Militärflughäfen, Untergrundlager, Bunker und weitere militärische Bauten. Diese Arbeit sollte zur „Umerziehung“ dieser Personen dienen, indem die Arbeit so organisiert wurde, dass es nicht erlaubt bzw. ermöglicht war, Zeit für Anti-Regime-Ideen oder –Interviews zu verbrauchen. (Křuska 2004a, 25 und auch Křuska 2004b, 41) In den Jahren 1951 – 1952 mussten uneingeschränkte ausserordentliche militärische Übungen von gemusterten Personen im Alter von 17 bis 60 Jahren, einschliesslich Nicht-Soldaten, absolviert werden. (Kaplan 1991b, 81-82) Durch die Organisation von ausserordentlichen Übungen entstand eine Situation, in der die Mitglieder der technischen Hilfseinheiten nicht klar unterscheiden konnten, wann ihr Militärdienst zu Ende geht. Sie wussten nicht, wann sie nach Hause gehen konnten und wann der Dienst endet.³⁹ Nicht alle Mitglieder der technischen Hilfseinheiten konnten diese Nachricht verarbeiten. Ján Mišún (2010, 258) erinnert sich zum Beispiel daran, wie sich ein Freund von ihm – nachdem er die Nachricht gehört hatte, dass sie nach zwei Jahren nicht nach Hause dürfen – das Leben nahm.

Die allmähliche Auflösung der technischen Hilfseinheiten begann im Jahre 1953 aufgrund des internationalen Drucks. Offiziell bzw. formell wurden die technischen Hilfseinheiten zum 30.04.1954⁴⁰ aufgelöst, als die Klassifizierung „E“ und das Institut der ausserordentlichen militärischen Einheiten aufgehoben wurden; die Mitglieder der technischen Hilfseinheiten wurden dann von Tag zu Tag in technische Einheiten als politisch zuverlässige Personen verlagert wurden. (Bílek 1992, 52-53) Durch die Auflösung der technischen Hilfseinheiten und die Entlassung ihrer Mitglieder wurden jedoch deren Folgen nicht eingestellt. Ihre Diskriminierung wurde auch weiterhin fortgesetzt und sie wirkte sich in überwiegendem Masse auf die gesamte Familie und vor allem auf Kinder aus.

³⁹ Interview mit Milan Mésároš, 12.05.2012

⁴⁰ Die tatsächliche Beendigung der Tätigkeit der technischen Hilfseinheiten und ihre Ähnlichkeit mit technischen Einheiten, die durch die Umwandlung aus den technischen Hilfseinheiten im Jahre 1954 entstanden sind, stellt eine wichtige Frage dar, die mit dem aussergerichtlichen Rehabilitierungen von Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten und mit deren Entschädigung zusammenhängt. Dieses Thema wird im zweiten Teil meiner Arbeit behandelt.

2.2.8. Zwangsarbeitslager⁴¹

Zwangsarbeitslager wurden als eine Form von Verfolgung von Personen angewendet, die zwar keine Straftaten begangen haben, doch die aus dem Grund ihres sozialen Ursprungs, ihrer politischen Vergangenheit und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe als Feinde des Regimes, „Klassenfeinde“, ehemalige Menschen“ verstanden wurden. In Zwangsarbeitslager wurden diese Personen aufgrund des Gesetzes Nr. 247/1948 Slg. über Zwangsarbeitslager⁴² aufgenommen. Die Aufnahme in ein Zwangsarbeitslager wurde als Strafe verstanden und die Arbeit im Lager war eine Form Strafe. (Pešek 1998, 166) Ende 1950 wurde die Grundlage für die Aufnahme in ein Zwangsarbeitslager derart geändert, dass in Zwangsarbeitslager Personen aufgenommen wurden, die von ordentlichen Gerichten verurteilt wurden und die dann im Zwangsarbeitslager Zwangsarbeiten bis zur Abbüßung der im Urteil verhängten Strafe ausübten.⁴³ (Kaplan 1991b, 81) Die Kapazitäten der Zwangsarbeitslager wurden auch im Rahmen der sog. Aktion T-43 gefüllt, die sich auf die Säuberung grosser Städte konzentrierte. Diese Aktion wurde nicht realisiert, und wie ich bereits erwähnte, wurden Personen aus Namenslisten, die in Zwangsarbeitslager hätten abgeschleppt werden sollten, im Rahmen der Aktion K – Säuberung von grossen Städten – ausgesiedelt. In Zwangsarbeitslager wurden auch Studenten abgeschleppt, die vom Studium ausgeschlossen wurden und die „nicht ordentlich am Arbeitsprozess teilgenommen hatten.“ In Zwangsarbeitslager überwogen jedoch Bauern, Arbeiter und Handwerker, obwohl das Regime öffentlich erklärte, dass eben diese Gruppen von Personen die wichtigste soziale Stütze des Regimes seien. (Pešek 1998, 166,170)⁴⁴

Lebens- und Arbeitsbedingungen in Zwangsarbeitslagern waren hart. Eigenwillige Eingriffe gegen Gefangene, einschliesslich grobe Gewalt, waren nicht selten. In den Jahren 1948 – 1953 waren in Zwangsarbeitslagern in der Slowakei ca. 7000 Personen, wobei seit 1952 in

⁴¹ Die Vorgänger der Zwangsarbeitslager waren Arbeitseinheiten, in die sog. Nichtstuer (Personen, die sich der Arbeitsausführung entziehen wollten), Personen, die wegen Schwarzgeschäfte verurteilt wurden, Personen, die ohne Grund nicht arbeiten, und Personen, die mit ihrer Tätigkeit den Aufbau der volksdemokratischen Einrichtung und die öffentliche Sicherheit bedroht haben, usw., aufgenommen wurden. (Zločiny komunizmu I 2001, 374 – 375)

⁴² Dieses Gesetz wurde zum 01.08.1950 aufgehoben, soch die Zwangsarbeitslager und die darin befindlichen Personen bestanden weiterhin aufgrund des Strafverwaltungsgesetzes Nr. 88/1950 Slg. und der Strafverwaltungsordnung Nr. 89/1950 Slg. (Pešek 1998, 169)

⁴³ Wenn eine wegen feindlicher Einstellung zur volksdemokratischen Einrichtung verurteilte Person durch ihre Arbeit und Benehmen im Rahmen des Strafvollzugs keine Besserung zeigte, konnte sie nach Verbüßung der Strafe noch in ein Zwangsarbeitslager für den Zeitraum von drei Monate bis zu zwei Jahren abtransportiert werden.

⁴⁴ Siehe auch Kaplan & Paleček 2001, 30.

diese Lager in grösserem Masse Dorfreiche und angebliche bzw. tatsächliche Widersacher der Kollektivierung. Die Auswirkungen der Zwangsarbeitslager waren umfangreich, und zwar nicht nur auf Personen, die sich direkt in Zwangsarbeitslagern befanden. Die hinterlassenen Familien blieben häufig am Rande der Armut, ohne Einkommensmöglichkeiten und ohne Einkommen, von dem sie leben konnten. Es stimmt zwar, dass die im Lager arbeitenden Personen für ihre Arbeit einen Lohn bekamen, doch davon wurden Gebühren für den Aufenthalt im Zwangsarbeitslager, Verpflegung, Arbeitsschutzmittel, Bekleidung usw. abgezogen, d.h. nur den Rest bekam die Familie. Die mögliche Aufnahme in ein Zwangsarbeitslager formte das überall vorhandene und gesamtpolitische Angstphänomen mit, das für alle ein Mahnruf war. (Pešek 198, 172-173) Zwangsarbeitslager werden als Übergang von der massenhaften oder täglichen Gesetzeswidrigkeit zu politischen Prozessen verstanden. Neben der macht-politischen Bestimmung erfüllten sie auch eine wirtschaftliche Aufgabe. Auf diese Weise wurden nämlich Arbeitskräfte in Branchen sichergestellt, die vom Staat kontrolliert wurden und in denen es einen Mangel an Arbeitskräften gab. Es ging vor allem um Bergwerke, Hütten, Bauindustrie und Landwirtschaft. Der Staat konnte von den Arbeitsleistungen der im Lager tätigen Personen erhebliche Erträge erzielen. (Zločiny komunizmu I 2001, 402) Neben Zwangsarbeitslager gab es auch viele Arbeitseinheiten, die jedoch nicht das Statut von eigenständigen Lagern hatten. Sie waren Bestandteil des Zwangsarbeitslagers Nováky, das in der Slowakei solche Arbeitseinheiten bildete. Die Zwangsarbeitslager wurden im Jahre 1953⁴⁵ aufgelöst. (Pešek 1998, 172)

⁴⁵ Zur Auflösung der Zwangsarbeitslager trug auch das Interesse der internationalen Organisationen, konkret der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation, bei, die eine Sonderkommission zur Prüfung des Charakters und des Umfangs der Zwangsarbeit, die als ein Mittel der Besserung zur Ausübung der politischen Nötigung oder der Strafe eingesetzt wurde, gebildet hatte. Im Abschlussbericht dieser Kommission wird grosse Aufmerksamkeit der Tschechoslowakei gewidmet, wobei in der statistischen Übersicht angeführt wird, dass in Zwangsarbeitslagern mehr als 220.000 Personen versammelt wurden, was 2% der Bevölkerung ausmachte. Es ist jedoch anzuführen, dass der prozentuelle Anteil der Personen im produktiven Alter viel höher war. (Kratochvíl 1990, 271-271)

2.2.9. Politische Prozesse⁴⁶

Politische und politisch motivierte Prozesse waren die höchste und härteste Form der Verfolgung. Als politische Prozesse können in geschichtlichen Zusammenhängen gerichtliche und aussergerichtliche Beschlüsse des kommunistischen Regimes nach 1948 bezeichnet werden, die wegen Taten gefasst wurden, die im Widerspruch mit demokratischen Grundsätzen, Menschenrechten und -freiheiten im Gesetz oder in einer anderen Rechtsvorschrift als strafbar definiert wurden. Zu den politischen Prozessen gehörten auch solche Prozesse, in denen Personen wegen Taten mit politischem Charakter oder mit einem gegen den Staat gerichteten Charakter verurteilt wurden. Politisch motivierte Prozesse sind solche Prozesse, in denen Personen wegen sonstiger Taten verurteilt wurden, z.B. für Taten mit wirtschaftlichem Hintergrund, doch diese Taten wurden so konstruiert, dass sie als politische Nötigung oder Vergeltung dienen konnten. (Zločiny komunizmu I., 2001, 27-28)

Politische Prozesse⁴⁷ stellten eine der Methoden zur Umsetzung der offiziellen Politik dar. Jede bedeutende Tat, Wende, Kampagne in Politik, Wirtschaft und Kultur, wurde durch politische Prozesse begleitet. Es ging dabei um die Unterstützung dieser Taten durch politische Prozesse – Wahlen, Kollektivierung, Liquidation der städtischen Kleinproduktion, Kirchenpolitik, Umsetzung und Schutz des Machtmonopols, Umbau des Staatsapparates, Aufbau einer grossen Armee u.ä. Als Straftaten wurden Äusserungen bezeichnet, die zu natürlichen Rechten der Bürger gehören, z.B. Kritik der Regierung und ihrer Politik, Einholung und Verbreitung von Informationen. Die Skala der Absichten, die von politischen Prozessen verfolgt wurden, war umfangreich und hing mit den politischen Zielen des Regimes

⁴⁶ Karel Kaplan (1986, 104) definierte politische Prozesse wie folgt: „Im allgemeinen wurden diejenigen Verfahren, die beim Staatsgericht lagen, als politische Prozesse angesehen. Grundsätzlich ist gegen diese Definition nichts einzuwenden, sie muss allerdings präzisiert werden. Ein Teil der Prozesse wurde juristisch gesehen einwandfrei abgewickelt, sofern es sich um normale Straftaten handelte, die gegen die Gesetze versties. Sie wurden aber oft dadurch politisiert, dass man dem einfachen Strafbestand eine „hochverräterische“ Motivation unterstellte. Schliesslich muss auch gesagt werden, dass es im nachhinein kaum möglich ist, zwischen „echten“ und eigens konstruierten Prozessen genau zu unterscheiden.“ Der von Kaplan geschilderte Zustand gilt jedoch nicht mehr, da die Straftaten aus politischen Prozessen explizit im Gesetz Nr. 119/1990 Slg. über gerichtliche Rehabilitierungen angeführt werden.

⁴⁷ Während des totalitären Regimes wurden in der Slowakei für politische Straftaten 71 168 Personen, davon 16 476 Frauen und 54 692 Männer, verurteilt. Die Gesamtdauer ihrer Strafen beträgt 83 615 Jahre der Freiheitsstrafe. Strafen wurden auch trotz der Tatsache, dass die Strafverfahren im Widerspruch mit der Verfassung und den internationalen Abkommen waren, verhängt. (Zločiny komunizmu II. 2001, 564) In diesen Zahlen wurden jedoch nicht slowakische Staatsangehörige, die in der Tschechischen Republik verurteilt wurden, und auch Personen, die einige Monate oder Jahre in Untersuchungshaft ohne Gerichtsverfahren festgenommen wurden, berücksichtigt. Diese Zahl umfasst auch nicht solche, die kurzfristig aufgrund der Beschlüsse der örtlichen Organe der Staatsmacht und -verwaltung verhaftet wurden. (Zločiny komunizmu II., 2001, 535-537, 564)

zusammen. Es ging um die Nötigung der Bauern zum Eintritt in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, exemplarische Strafen für Dorfreiche wegen Nichteinhaltung der definierten Abgaben, Bestrafung von Gewerbetreibenden und deren Angehörigen für die „Bildung einer unangemessenen wirtschaftlichen Umgebung bzw. für die Schädigung der sozialistischen volksdemokratischen Wirtschaft“⁴⁸ und „Enthüllung der Pläne des Weltimperialismus“. (Kaplan 1991b, 82-89)

Politische Prozesse können in einzelne Gruppen laut ihren Zielen eingeteilt werden: politische Prozesse, mit denen die Ereignisse vom Februar 1948 abgeschlossen werden sollten; Prozesse gegen Exil, im Rahmen der die Beschuldigten als Organisatoren von terroristischen Handlungen und Morden geschildert wurden; Prozesse mit Herstellern und Vertreibern von verbotenen Flugblättern und Druckschriften; militärische Prozesse, Prozesse mit Funktionären der nicht kommunistischen Parteien, kirchliche Prozesse mit sog. „äusseren Feinden“, d.h. mit Diplomaten, ausländischen Journalisten und kirchlichen Trägern, Prozesse wegen nicht genehmigter Überquerung von Grenzen, die als Straftaten des Hochverrats und Spionage, Prozesse mit Funktionären der kommunistischen Partei sowie Wirtschaftsprozesse. Die genannten Wirtschaftsprozesse gehörten zu den häufigsten politischen Prozessen. (Kaplan 1991b, 89-93) Daraus folgt, dass politische Prozesse alle Kategorien der verfolgten Personen umfassten. Politische Prozesse dienten zur Eliminierung von tatsächlichen und potentiellen Regimeschädlingen. Das kommunistische System reihte zu solchen Personen Gegner des Regimes nach Februar 1948 bzw. seine eventuellen Konkurrenten. Politische Prozesse wurden auch zur Einschüchterung und Beeinflussung von breiten Bevölkerungsmassen verwendet, sie stellten einen Mahnruf dar, der andere warnen sollte. (Pešek 1998, 85) Im Rahmen der politischen Prozesse wurden Lüge und Täuschung zu Beweisen erklärt. Offizielle Gründe der Verfolgung entsprachen in vielen Fällen nicht der Realität und stellten nur einen Vorwand für die Verfolgung von Personen dar. Die in Urteilen genannten Beschuldigungen bzw. Begründungen der Urteile unterschieden sich erheblich von den tatsächlichen Gründen der Verfolgung. Offizielle Gründe, die auf einer Rechtsnorm basierten, täuschten den gesetzlichen Charakter und die Rechtfertigung der politischen Verfolgung vor, wodurch diese legitimiert wurde. Dies wurde insbesondere durch die zweckmässige Auslegung und den Inhalt der Gesetze ermöglicht. Die Vortäuschung der Illusion der Rechtfertigung der Verfolgungseingriffe war auf die breite Öffentlichkeit ausgerichtet, die auf diese Weise belogen und zugleich manipuliert wurde. (Veselská 2009, 326)

⁴⁸ Jaroslav Žilák, Interview vom 01.08.2012

2.3. Die Jahre 1954 – 1957

Auf die Stalinismus-Periode in den Jahren 1948 – 1953 folgte die Anfangsphase der Destalinisierung und der Regimekrise. Es geht um den Zeitraum nach dem Tod von J. V. Stalin und auch Klement Gottwald. (Pešek & Letz 2004, 112) Zum 1. Juni 1953 führte der Staat bzw. das kommunistische Apparat die Währungsreform durch, im Rahmen der 300 tschechoslowakische Kronen pro Person im Verhältnis von 1:5 und sonstige Beträge im Verhältnis zu 1:50 umgetauscht wurden; Einlagen wurden zum besseren Verhältnis umgetauscht. Löhne, Gehälter, Renten und soziale Leistungen wurden im Verhältnis von 1:5 umgerechnet. Die Warenpreise wurden auch im Verhältnis von 1:5 umgerechnet und der Zuteilungsmarkt wurde aufgelöst, es blieb nur noch der freie Markt. Als Begründung der Währungsreform führte die kommunistische Partei die Währungsreform als den letzten Schlag gegen ehemalige Kapitalisten und als eine Massnahme zur endgültigen Aufhebung der Reste ihres Einflusses und ihrer Macht an. In Wirklichkeit wollte jedoch der Staat dadurch finanzielle Mittel konzentrieren und die angeschlagene Wirtschaft erneuern. Die Währungsreform betraf am meisten die Arbeiter, die Intelligenz und die Bauern, paradoxerweise am wenigsten die ehemaligen Kapitalisten. Die Reform rief eine Welle der Unzufriedenheit bei der Bevölkerung hervor. (Kaplan 1992, 4-7) In der Slowakei⁴⁹ führte jedoch die Unzufriedenheit mit dem Regime nicht zur offenen Konfrontation. (Zločiny komunizmu I. 2001, 687) Im Gegensatz zu anderen Staaten des Ostblocks wurden in der Tschechoslowakei nach der vor Chruščev eingeleiteten „Taufwetterperiode“ ab Mitte der 1950er Jahre keinerlei Veränderungen in Wirtschaft, Verwaltung und kulturellen Leben vorgenommen. Im Gegenteil, am 1. Mai 1955 enthüllten die tschechoslowakische Kommunisten in Prag ein 30 Meter hohes Stalin–Denkmal. (Spiritova 2010, 68) Auch in dieser Zeit wurde die Verfolgung von Bürgern fortgesetzt, doch ihre Intensität war schwächer. Dies äusserte sich durch die Auflösung von Zwangsarbeitslagern und technischen Hilfseinheiten sowie durch die Milderung einiger Urteile, die in vorherigem Zeitraum verkündet wurden. Doch dadurch wurde keinesfalls das bis dahin erlebte und erfahrene Leid gelöscht. Es gab auch weiterhin politische Prozesse. Die am meisten bestrafte Gruppe in dieser Zeit waren neben Bauern Ordensbrüder und –schwestern sowie Lehrer und im

⁴⁹ Die offene Konfrontation mit dem Regime fand bereits 1949 im Rahmen der Katholischen Aktion statt, als diese von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Diese Konfrontation stellte jedoch in ihrem Wesen die allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen Regime dar. (Zločiny komunizmu I 2001, 687-688)

Zusammenhang mit der Religionsfrage auch religiöse Laien⁵⁰. Diese Orientierung bestätigte auch den Zustand, dass die aktiven Gläubigen dazu verdammt waren, die Rolle der zweitklassigen Bürger ohne entsprechende Realisierungsmöglichkeiten zu spielen, obwohl sie in der Slowakei den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmachten. (Zločiny komunizmu I. 2001, 687-688)

⁵⁰ Im Jahre 1954 wurde vom Höchsten Militärischen Gericht aus religiösen Gründen auch Silvester Kréméry verurteilt. Siehe seine Geschichte (1995).

2.4. Die Jahre 1957 – 1963

Unter dem Einfluss der internationalen Situation kehrte das Regime zyklisch zum verschärften Kurs zurück. Es wurden die Abläufe aus den Jahren 1948 – 1953 bestätigt und zugleich jegliche Änderungen, einschliesslich Umbewertungen und Revisionen von Verfolgungsstrafen, abgelehnt. Erneut wurden Prozesse mit religiösen Aktivisten durchgeführt, die die katholische und evangelische Kirche betrafen. In der Bemühung um die Intensivierung von Einflüssen auf Bürger und deren Abwendung von traditionellen, insbesondere religiösen Werten wurde die Kulturrevolution ausgerufen. (Zločiny komunizmu I. 2001, 688-689) Seit 1957 wurde daher die Kontinuität mit der Entwicklung in den Jahren 1948 – 1953 erneuert, und zwar auch im wirtschaftlichen Bereich. Es wurde insbesondere der Aufbau von schwerer Industrie fortgesetzt und die zweite Welle der Kollektivisierung (Übertragung von Privateigentum auf landwirtschaftliche Genossenschaften) durchgesetzt. Es wurde ein harter Kurs gegenüber der Intelligenz definiert, politische Prozesse wurden fortgesetzt und der „Kampf um die Denkweise“ der Bevölkerung und gegen unterschiedliche „Anachronismen“, einschliesslich Religion, wurde intensiver. Politische Prozesse wurden jedoch nicht mehr als „Theater“ für Massen präsentiert und Urteile bzw. Strafen wurden milder. In dieser Zeit kann man nicht mehr über die Rückkehr zum Stalinismus reden, jedoch viel mehr über den Rückfall von Stalinismus bzw. über Neostalinismus. Repressionen und Terror wurden zwar fortgesetzt, doch sie hatten keine flächenübergreifenden und präventiven Auswirkungen und ihre Intensität war schwächer. (Pešek & Letz 2004, 112-113) Das Jahr 1960 brachte auch eine umfangreiche Amnestie, im Rahmen der die meisten politischen Gefangenen an die Freiheit kamen. Die im Rahmen der Amnestie entlassenen Personen wurden jedoch von den Organen der kommunistischen Partei, den Nationalausschüssen und auch von der Staatssicherheit (Polizei) überwacht. Da viele „ehemalige Personen“ im Rahmen der Amnestie entlassen wurden, wurden die Sicherheitsorgane angewiesen, diese Personen zu überwachen und zu verfolgen. Die entlassenen Gefangenen waren jedoch froh, dass sie auf freiem Fusse sind, daher taten sie nichts, was ihre Freiheit hätte beeinträchtigen können. (Pešek 2005, 17-18)

2.5. Die Jahre 1963 – 1968

Der Zeitraum 1963 – 1968 war mit der Lockerung der gesellschaftlichen Spannung und der politischen Situation verbunden. Es wurden Untersuchungen der politischen Prozesse eingeleitet und es gab auch Bemühungen um Rehabilitation. Revisionen von Prozessen und Rehabilitationen bezogen sich jedoch nur auf Parteienmitglieder. Die gewöhnlichen Bürger spürten die Hoffnung der Rehabilitationen erst im Jahre 1968, als das Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitation verabschiedet wurde; es wurde zugleich ein Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitationen vorbereitet. Die Zensur wurde aufgehoben und die griechisch-katholische Kirche wurde legalisiert. Diese Lockerung der Situation dauerte jedoch nur ein halbes Jahr. (Zločiny komunizmu I. 2001, 689) In den 60er Jahren wurden im politischen System einige Änderungen durchgeführt, doch dies hatte keine Auswirkungen auf die Liberalisierung der Verhältnisse. Es war eher das Ergebnis der Unfähigkeit, die gesamte Gesellschaft unter Kontrolle halten zu können. Anfang 1968, nach der Wahl von Alexander Dubček zum 1. Sekretär der kommunistischen Partei, setzten sich Bemühungen durch, demokratische Grundsätze in das politische System zu verankern. Die genannte Demokratisierungspolitik stärkte in gewissem Masse die Stellung der kommunistischen Partei sowie ihre angeschlagene Position nach Veröffentlichung der politischen Prozesse, doch zugleich wurde ihre Monopolstellung gestört. Der Demokratisierungsprozess wurde am 21. August 1968 durch die Besetzung der Tschechoslowakei eingestellt. (Pešek & Letz 2004, 114-115)

2.6. 1969 - 1989

Dieser Zeitraum ist bekannt als Zeitraum der „Normalisierung“⁵¹. Es ist der Zeitraum, in dem „Ordnung“ wiederhergestellt werden sollte, d.h. Ermöglichung der Rückkehr von alten Kräften, Rückkehr zur führenden Rolle der kommunistischen Partei und ihre Aufrechterhaltung auch zum Preis der erneuten Einleitung von verstärkten Verfolgungseingriffen.⁵² Dadurch wurden Ergebnisse der politischen Lockerung und des Demokratisierungsprozesses aus den vorhergehenden Jahren aufgehoben. Der Normalisierungsprozess basierte nicht nur auf repressiven Massnahmen, sondern hatte auch eine soziale Grundlage. Die Besonderheit dieses Prozesses bestand darin, dass lediglich solche Massnahmen unterstützt wurden, die die Produktion und das Lebensniveau steigerten, und die zugleich die totalitären Mechanismen, durch die die Machtstruktur konserviert wurden, nicht schwächen konnten. Dies bezog sich jedoch nicht auf die wirtschaftliche Situation. Im Vordergrund stand der loyale Bürger, der in seine Interessen versenkt war. Somit verzichtete man auf den vorbildlichen und begeisterten Erbauer des Sozialismus. (Pešek & Letz 2004, 115-116) Es ist auch zu erwähnen, dass die neuen Verhältnisse zur Verabschiedung einer Novelle des Rehabilitationsgesetzes im Jahre 1970 führten, wodurch die konsequente Rehabilitation von ungerechtfertigt verurteilten Menschen und die Bestrafung von Personen, die für diese politischen Prozesse verantwortlich waren, unmöglich gemacht wurden. Es wurden wieder politische Prozesse gegen gewählte Einzelpersonen insbesondere aus den Reihen der Intelligenz, der Studenten und religiösen Aktivisten geführt und diese dienten zur Einschüchterung der Bevölkerung. Die am meisten verbreitete Form der Rückgriffe waren neben politischen Prozessen die Untersuchungspraktiken der Staatssicherheit, die mit Einschüchterung und Erpressung verbunden waren. Die stärksten Wellen der Verfolgung bezogen sich in diesem Zeitraum auf die Jahre 1969 – 1975 und 1978 – 1985. In dieser Zeit überzeugten sich die Bürger selbst von der Fähigkeit der Rückfälle und der wiederholten Repressionen seitens des Staates. (Zločiny komunizmu I. 2001, 689-690)

Die Opfer der härtesten Gefangenschaft aus den 50er Jahren wurden kontinuierlich entlassen, entweder bedingt oder aufgrund von Amnestien; sie kehrten allmählich nach Hause, einige

⁵¹ Was mit dem Termin „Normalisierung“ gemeint war, verkündete die sowjetische Zeitung Prawda (Wahrheit) bereits am 6. September 1968: „Normalisierung bedeutet der umstürzlerischen Aktivitäten der rechten, antisozialistischen Kräfte, die Eliminierung ihres Einflusses auf einen Teil der Bevölkerung, insbesondere auf die Jugend; eine grundlegende Stärkung der Führungsrolle der kommunistischen Partei bei der Lösung staatlicher Angelegenheiten in den Bereichen der Massenmedien und der Ideologie, in allen Bereichen des Lebens.“ (In: Spiritova 2010, 79)

⁵² Dazu Näheres siehe Šimečka (1979).

von ihnen erst im Jahre 1968. Sie waren jedoch mit dem Stigma der ehemaligen politischen Gefangenen betroffen und galten als „politisch unzuverlässig“. Dies galt nicht nur für politische Gefangene, sondern auch für ehemalige Mitglieder von technischen Hilfseinheiten und die aus Zwangsarbeitslagern entlassenen Personen, d.h. für alle Kategorien von verfolgten Personen. Sie waren gezwungen, unterschiedliche Strategien ihrer beruflichen Realisierung zu suchen, zum Beispiel auch Sicherstellung von Ausbildung für die Kinder.⁵³ Die Befragten führten übereinstimmend an, dass sie immer jemanden gefunden hatten, die ihnen trotz drohender Verfolgung geholfen hatte. Es hing immer von der konkreten Person ab, es ging um Einzelfälle. Die Macht übte gegenüber den verfolgten Personen die berufliche und finanzielle Diskriminierung und Marginalisierung aus. Nach Entlassung aus dem Gefängnis wurden diesen Personen zum Beispiel im Falle der bedingten Entlassung für den Zeitraum von fünf Jahren ihre Bürgerrechte weggenommen.⁵⁴ Sie hatten nur Pflichten. Sie waren gezwungen, ihre ursprüngliche Beschäftigung, die ihrer Ausbildung entsprach, aufzugeben, und sehr anstrengende körperliche Arbeit auszuführen⁵⁵, wodurch sie zweifach bestraft wurden, und zwar während der gesamten Dauer des totalitären Regimes.⁵⁶

⁵³ Interview mit Milan Mesároš vom 12. 05. 2012. Im Rahmen der Suche nach Strategien für die Lösung von sekundären Auswirkungen von Verfolgungen wählten die Befragten auch die Flucht aus der Umgebung, die deren Schicksal kannte und die auf diese Personen hinwies. Interview mit Frau Helena Rábeková vom 13.08.2012.

⁵⁴ Memoiren von Ján Bachratý (2001), nicht veröffentlicht.

⁵⁵ Anton Srholec, Interview vom 18.07.2012

⁵⁶ Siehe auch Veselská 2009, 334.

3. Rehabilitierung während des totalitären Regimes und im Rahmen des Erneuerungsprozesses

Das kommunistische Regime löste zuerst nicht bzw. wollte sich nicht mit der Frage der politischen und gerichtlichen Rehabilitierung auseinandersetzen, da das Regime dadurch sich selbst und seine eigenen Entscheidungen in Zweifel gezogen hätte. Das Regime beschäftigte sich zwar mit der Revision der Gerichtsverfahren und der anschliessenden Rehabilitierung, jedoch nur entlang der parteilichen Linie. Die bürgerliche Rehabilitierung blieb bis 1968 ungelöst. Von der kommunistischen Partei wurden fünf⁵⁷ Rehabilitierungskommissionen errichtet, wobei vier Kommissionen von der kommunistischen Partei gesteuert wurden.

Im Jahre 1955 wurde die erste Rehabilitierungskommission, die sog. „Baráks“⁵⁸ Kommission“ errichtet. Die Anregung zur Errichtung der Kommissionen kam von den ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Partei, die vom Regime infolge der Ereignisse aus dem Februar 1948 eliminiert wurden. (Veber 2010, 14) Das Ziel der Kommission war jedoch nur die Revision der Höhe der verhängten Strafe, und nicht die Rehabilitierung der ungerechtfertigt Verurteilten. Die Kommission beschäftigte sich mit der Revision der Gerichtsverfahren, bzw. der Höhe der verhängten Strafen in Verfahren, die mit den ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Partei geführt wurden. Es ging daher ausschliesslich um eine Parteienangelegenheit und um die Freistellung von der Verantwortung der Partei, wobei im Endeffekt die Schuld der Verurteilten bestätigt wurde. Die formalistische Einstellung zur Frage der Revision von politischen Prozessen diente zur Legalisierung der Gesetzeswidrigkeit des Regimes. (Pešek & Letz 2004, 427-428) Diese Kommission konstruierte sogar weitere und zusätzliche Beschuldigungen der vorher ungerechtfertigt Verurteilten und in Wirklichkeit wurden neue Prozesse durchgeführt, bei denen die Höhe der Strafe ähnlich wie während der politischen Prozesse in den Vorjahren vom politischen Machtzentrum bestimmt wurde. Der Mechanismus zur Produktion von

⁵⁷ Die fünfte Rehabilitierungskommission, die sog. Kempný-Kommission, hatte die Aufgabe, den Bericht der vierten, der sog. Piller-Kommission zu überarbeiten, die versuchte, die Rehabilitierungen in grösserer Tiefe zu verstehen. Diese Kommission hatte die Aufgabe, die Rehabilitierungen abzuschliessen. (Veber 2010, 26)

⁵⁸ Sie bekam ihren Namen nach ihrem Vorsitzenden – Rudolf Barák, der in der Zeit Innenminister war. (Pešek & Letz 2004, 427)

politischen Prozessen blieb in seinem Kern identisch. Paradoxe Weise sollte gerade dieser Mechanismus für die Durchführung der Rehabilitierungen sorgen.⁵⁹

Im Jahre 1962 wurde eine weitere Rehabilitierungskommission, die sog. „Kodler⁶⁰-Kommission⁶¹“ gebildet, die sich auf politische Prozesse aus den Jahren 1948 – 1954 konzentrierte. Auch diese Kommission war ausschliesslich auf die Revision der Prozesse und die politische Rehabilitierung von Parteienfunktionären ausgerichtet. Die Arbeit der Kommission, ihre Schlussfolgerungen und Analysen wurden durch die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zur kommunistischen Partei eingeschränkt. (Pešek & Letz 2004, 428-429)

Im Jahre 1963 entstand die „Barnabiten⁶²-Kommission“, die ähnlich wie die vorherigen Kommissionen keinen Fortschritt im Bereich der Revisionen und der Rehabilitierung der Nicht-Parteienmitglieder brachte. Auch diese Kommission war ausschliesslich auf die Revision der Prozesse und die politische Rehabilitierung von Parteienfunktionären ausgerichtet und schloss politische Prozesse mit Nicht-Parteienmitgliedern aus. (Pešek & Letz 2004, 430)

Erst im Jahre 1968 entstanden in Verbindung mit der politischen Auflockerung und den Versuchen um die Reform des kommunistischen Systems reale Bemühungen um die Verbreitung des Umfangs der Rehabilitierungen. Damals entstand die sog. „Piller⁶³-Kommission“, die sich auf die Ursachen der rechtswidrigen Handlungen, die Frage der politischen Verantwortung, Prüfung der Möglichkeiten der breiten Rehabilitierungen und auf

⁵⁹ Näheres zu dieser Problematik siehe: Robert Dengler (Ed.)(1990): O procesoch a rehabilitáciach (1.) (Zpráva "Pillerovy komise" o politických procesech a rehabilitáciach v Československu v letech 1949 až 1968.) (Von Prozessen und Rehabilitierungen (1). Bericht der „Piller-Kommission“ über politische Prozesse und Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1949 – 1968).

⁶⁰ Sie wurde nach ihrem Vorsitzenden Drahomír Kodler benannt, der in der Zeit der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei war. (Pešek & Letz 2004, 429)

⁶¹ Über die Tätigkeit dieser Kommission siehe Näheres im Werk von Ján Uher (2001), der ein Mitglied einer der Arbeitsgruppen dieser Kommission war und der seine Erinnerungen an die Tätigkeit dieser Kommission sowie die Umstände und Bedingungen, unter denen sie errichtet wurde und unter denen sie arbeitete, dokumentierte. Es ist hier jedoch anzuführen, dass in diesem Buch die persönliche Einstellung von Ján Uher präsentiert wird, die zum Beispiel von Pavol Janík im Artikel „História v krivom zrkadle“ („Geschichte im falschen Spiegel“) (In: Literárny týždenník, Jahrgang 16, Nr. 9 (2003), S. 10, 26.2.2003.) scharf kritisiert wurde.

⁶² Diese Kommission wurde nach dem ehemaligen Kloster der Barnabiten in der Prager Burg bekannt, das in der Zeit in eine hochwertige Wohnresidenz für Staatszwecke umgebaut wurde. (Pešek & Letz 2004, 430)

⁶³ Sie wurde nach ihrem Vorsitzenden Jan Piller benannt, der in der Zeit der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei war. (Pešek & Letz 2004, 430)

Vorschläge für Massnahmen konzentrierte, mit denen der erneute Machtmissbrauch verhindert werden könnte. Die Arbeit dieser Kommissionen wurde jedoch durch die Besetzung der Tschechoslowakei durch Armeen des Warschauer Paktes im August 1968 beeinträchtigt und ihre Tätigkeit wurde daher dementiert. Die Erkenntnisse dieser Kommissionen konnten nicht veröffentlicht werden, da sie als antisowjetisch, antisozialistisch und gegen die Klasseneinstellung empfunden wurden. (Pešek & Letz 2004, 430-431)

Das politische Tauwetter, die Auflockerung und das Frühjahr 1968 brachte auch die Öffnung und reale Verfahren im Rahmen der konsequenten gerichtlichen Rehabilitierung⁶⁴. Aufgrund dieser Umstände wurde das Gesetz über gerichtliche Rehabilitierungen verabschiedet, bei deren Entstehung die Organisationen der politischen Häftlinge eine bedeutende Rolle spielte, was zugleich ermöglichte, der breiten Öffentlichkeit Informationen über das abgewandte repressive Gesicht des kommunistischen Regimes zu präsentieren. In Tschechien war es der Klub 231 (K 231), der nach der Nummer des Gesetzes Nr. 231/1948 Slg. über den Schutz der volksdemokratischen Republik bezeichnet wurden, aufgrund dessen die Mehrheit der politischen Häftlinge vors Gericht gebracht wurde. K 231 leitete seine aktive Tätigkeit nach seiner Gründung am 31.3.1968 und er konzentrierte sich auf die Durchsetzung der konsequenten Rehabilitierung aller Personen, die vom kommunistischen Regime ohne Rücksicht auf deren Klassen- oder politische Zugehörigkeit verfolgt wurde. Offiziell war jedoch die Tätigkeit des K 231 von den staatlichen Organen nicht genehmigt. (Pešek & Letz 2004, 431-432)

In der Slowakei entstand eine dem Klub K 231 ähnliche Organisation unter dem Namen „Slowakische Organisation zum Schutz von Menschenrechten“. Ihr Vorsitzender war der ehemalige politische Häftling Emil Vidra, der in der Gründungsversammlung am 7. April

⁶⁴ Mit dieser Frage beschäftigte sich der Vorsitz des Zentrallausschusses der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der in seinem Beschluss vom 26.3.1968 folgendes vorgeschlagen hatte: „1. Die Rehabilitierung von Personen, die ungerechtfertigt verurteilt wurden, sollte auf einer gesetzlichen Grundlage basieren ... Allen rehabilitierten Menschen sollte moralische Entschädigung geboten werden. ... 2. Personen, die aktiv und unmittelbar an der Untersuchung und Bestrafung von Personen, die ungerechtfertigt verurteilt wurden, teilgenommen haben und die die sozialistische Gesetzgebung verletzt haben, dürfen im gesellschaftlichen und politischen Leben unserer Gesellschaft keine bedeutende Funktion ausüben. Ihre Teilnahme an der Revision von Prozessen ist unzulässig.“ SÚA Prag, f. ÚV KSČ, Vorsitz des Zentrallausschusses der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Band 64, Nr. 72, Sitzung vom 14.3.1968 In: Pešek & Letz 2004, 431.

1968 im Matrosenhaus in Bratislava die Anwesenden mit den Worten „Würdevolle Menschen“⁶⁵ begrüßte. Vidra nutzte diese Wortverbindung aus dem Grund, dass keiner der politischen Funktionäre bis dahin ihre „offizielle“ Bezeichnung“ als „Übeltäter“ widerrufen hatte. Die Slowakische Organisation zum Schutz von Menschenrechten stellte nicht nur eine Organisation von politischen Häftlingen dar, sondern wurde als die erste Organisation zum Schutz von Menschenrechten gegründet, wobei sie keine Oppositionsorganisation darstellte. Ihr Ziel bestand nicht in der Bildung eines Gegenpols des Regimes, sondern in der Entwicklung und im Schutz der Demokratie vor Machtmissbrauch.⁶⁶ Die Slowakische Organisation zum Schutz von Menschenrechten arbeitete aktiv bei der Durchsetzung von konsequenten Rehabilitierungen mit K 231 zusammen.

Der Entwurf des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung laut K 231 ging vom Konzept des Gesetzes über nationale Versöhnung aus, das von Josef Kovařovič erstellt wurde. Laut diesem Konzept hätten alle Urteile in politischen Sachen de lege⁶⁷ aufgehoben werden sollen. Die Dokumentation aus Gerichtsprozessen sollte für 20 Jahre versiegelt werden, damit sie für die jüngere Generation zugänglich wird, d.h. damit ein Hinweis auf diese Zeiten bleibt. (Peše & Letz 2004, 432-433) Vorgeschlagen wurde auch die Entschädigung aller Opfer und die Aufhebung aller Urteile, in denen Personen in politischen Prozessen in den Jahren 1948 – 1968 verurteilt wurden, sowie die Enthebung der Richterämter bei allen Richtern, die Beschlüsse in politischen Prozessen gefasst hatten. Keiner der genannten Vorschläge wurde angenommen, das Justizministerium nahm keinen der genannten Vorschläge ins Gesetz auf und war der schnellen Erledigung der Rehabilitierung zugetan. (Kaplan 2008, 81) Auf dieser Grundlage wurde das Gesetz Nr. 82/1968 Slg. verabschiedet.

3.1. Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung und seine Novellierung

Anton Rašla (1968, S. 884, 891) bezeichnete dieses Gesetz als eine Rechtsnorm sui generis, die die Art und Weise der Nachbesserung von fehlerhaften Urteilen von Strafgerichten regelt und die Bestimmungen über sog. Nachbesserungsverfahren enthält. Seiner Ansicht nach stellt dieses Gesetz ein ausreichend wirksames, einfaches, aber auch genaues Instrument zur

⁶⁵ Näheres siehe Vidra, Emil: Dôstojní ľudia (Würdevolle Menschen), In: Kultúrny život, Jahrgang XXIII., 12.4.1968, Nr. 15.

⁶⁶ Ibid.

⁶⁷ Ähnliches siehe auch Kaplan 2008, 81.

Aufhebung der Ungesetzlichkeit in der Strafgerichtsbarkeit und zur Nachbesserung von Unrecht dar, das den betroffenen Personen zugefügt wurde. Zugleich führte er an, dass dieses Gesetz nicht als die Revision der vorherigen Gesetzgebung, sondern als Revision des Dogmatismus bei der Umsetzung von Rechtsnormen bzw. bei ihrer Umgehung verstanden werden soll.

Die Einführungsbestimmung dieser Rechtsnorm enthält zwei grundlegende Ebenen, auf denen die Rehabilitierung ablaufen sollte. Einerseits spricht das Gesetz über die beschleunigte und vollständige Rehabilitierung von Bürgern, die als Schädlinge des Sozialismus verurteilt und bestraft wurden, und zwar trotz der Tatsache, dass sie die Interessen der sozialistischen Gesellschaft durch keine Straftaten beschädigt hatten. Andererseits wurde jedoch in der Präambel des Gesetzes die Grenze definiert, die im Rahmen der Rehabilitierung nicht überquert werden durfte. Konkret wird dort angeführt, dass es nicht möglich ist, Akte der revolutionären Gesetzmässigkeit aufzuheben und die sozialistische Rechtsordnung zu schwächen oder abzustreiten. Die Rehabilitierung durfte sich auch nicht auf die Feinde des sozialistischen Aufbaus beziehen, die mit Straftaten gegen die Republik geltende Gesetze verletzt hatten und dafür rechtmässig verurteilt wurden. Zugleich beschränkte sich das Gesetz auf die Aufhebung von Unrecht, das im Bereich der Strafgesetzlichkeit verursacht wurde, d.h. es bezog sich nicht auf Beschlüsse mit Verwaltungscharakter, ausgenommen Beschlüsse über Abschleppung in Zwangsarbeitslager, die direkt mit diesem Gesetz aufgehoben wurden.

Das Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierungen bestand aus acht Teilen. Der erste Teil widmete sich der Abgrenzung des Zweckes des Gesetzes⁶⁸, wobei der Zweck des Gesetzes von der Präambel des Gesetzes abgeleitet wurde. Das heisst, dass der Zweck in der Sicherstellung der schnellen Prüfung, Rehabilitierung, Entschädigung und auch Ableitung von Folgen gegen Personen bestand, die für die Ungesetzlichkeiten verantwortlich waren. Das Gesetz bezog sich auf alle Personen, deren Fälle nach seinen Bestimmungen der Revision unterlagen. Das Gesetz beschränkte sich nicht nur auf die Rehabilitierung von Kommunisten, sondern war auch ein Instrument der bürgerlichen und nicht nur der parteilichen Rehabilitierung.⁶⁹ Der zweite Teil beschäftigte sich mit Revisionsverfahren und seinen Prozessgrundsätzen. Das Prüfungsverfahren⁷⁰ bezog sich auf Urteile, die in erster Instanz vom Höchstgericht, dem ehemaligen Staatsgericht und Landgericht bzw. vom Höheren

⁶⁸ Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung in der Fassung vom 1.8.1968, § 1

⁶⁹ Siehe auch Kaplan 2008, 82.

⁷⁰ Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung in der Fassung vom 1.8.1968, § 2

Militärgericht verkündet wurden. Die Revision kam in Fällen, die von Bezirksgerichten entschieden wurden, nicht in Frage. Die Revision wurde von Gerichten – d.h. von der Justiz – und nicht mehr von parteilichen Kommissionen⁷¹ vorgenommen. Sie wurde von Senaten von Landgerichten und höheren Militärgerichten (mit drei Mitgliedern) und von Senaten des Höchstgerichtes (mit fünf Mitgliedern) ausgeführt. Die Revision wurde für den Zeitraum vom 24.10.1948 bis zum 31.07.1965 befristet. Die nach diesem Datum verhängten Urteile konnten nicht Gegenstand der Revision laut diesem Gesetz sein. Die Revision von Urteilen basierte auf dem Grundsatz des Vorschlagsverfahrens. Der Vorschlag konnte vom Verurteilten, von den Familienangehörigen in direkter Linie, vom Staatsanwalt oder vom Gericht eingebracht werden.⁷² Die Frist für die Einbringung des Vorschlages dauerte ein Jahr ab dem Tag der Wirksamkeit dieses Gesetzes, d.h. bis zum 01. August 1969.⁷³ Das Gesetz Nr. 82/1968 Slg. legte auch das Institut des sog. gesellschaftlichen Verteidigers fest, der die in der Strafgesetzzordnung genannte Organisation und der Verband der anti-faschistischen Bewegung sein kann, was vom Staat definiert wurde. Das Gesetz hat jedoch die Stellung des gesellschaftlichen Verteidigers weder dem Klub K 231 noch der Slowakischen Organisation zum Schutz von Menschenrechten zuerkannt⁷⁴. Der gesellschaftliche Verteidiger hat gleiche Rechte wie ein Verteidiger und er konnte an Untersuchungshandlungen teilnehmen. Eine weitere Bestimmung des Gesetzes war § 15, in dem Gründe definiert wurden, aufgrund der das Gericht den ursprünglichen Beschluss aufheben konnte.⁷⁵ Der dritte Teil des Gesetzes ermöglichte die Vorgehensweise in den Fällen, in denen die Revision des Verfahrens von einer dazu berechtigten Person angeregt wurde. In diesen Fällen war der Generalstaatsanwalt verpflichtet, eine Beschwerde wegen Verletzung des Gesetzes einzulegen. Es ging um Tatbestände von Straftaten gegen die Republik, Bedrohung des Geschäftsgeheimnisses, Gewalt gegen eine Gruppe von Bürgern oder eine Einzelperson, Schändung der Nation oder

⁷¹ Siehe auch Kaplan 2008, 82.

⁷² Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung in der Fassung vom 1.8.1968, § 5

⁷³ Ibid § 6

⁷⁴ Siehe Kaplan 2008, 92-93 und auch Pešek & Letz 2004, 434.

⁷⁵ Das ursprüngliche Urteil wurde aufgrund der künstlich konstruierten Beschuldigungen und der untergeschobenen oder gefälschten verhängt, wenn im Verfahren die Verfahrensvorschriften grob verletzt wurden, insbesondere wenn die Geständnisse mit Gewalt oder auf eine nicht erlaubte Weise erzwungen wurden, wenn die als Straftätigkeit bezeichnete Tätigkeit von Sicherheitsorganen provoziert, organisiert oder gesteuert wurde, wenn die Straftat im Widerspruch mit dem Straftgesetz war oder wenn die Tat strenger bewertet wurde, als es aus dem Gesetz hervorging. Siehe Näheres im § 15 des Gesetzes Nr. 82/1968 Zb. in der Fassung vom 1.8.1968.

Rasse, Verbreitung eines Alarmsignals oder unterlassener Anzeige und Bevorzugung. Der vierte Teil des Gesetzes hob direkt Beschlüsse auf, die ex lege ungültig waren und sich auf die Abschleppung in Zwangsarbeitslager bezogen.⁷⁶ Im fünften Teil wurde die Verurteilung von Personen, die laut §§ 133, 135 und 136 des Strafgesetzes im Zusammenhang mit dem Betrieb eines landwirtschaftlichen oder eines Gewerbebetriebes⁷⁷ verurteilt wurden, ausgebügelt. Zugleich wurde die Strafe des Vermögensverfalls, die als eine Zusatzstrafe zu den genannten Strafen verhängt wurde, aufgehoben. Der sechste Teil legte den Schadenersatz, seinen Umfang sowie die Art und Weise des Schadenersatzes fest. Der Anspruch auf Schadenersatz⁷⁸ wurde laut diesem Gesetz in vollem Umfang nur den Personen zuerkannt, die der Anklage enthoben wurden und zugleich wurde im Gesetz die Entschädigung auch aufgrund der aufgehobenen Bechlüsse festgelegt. Der Ersatz wurde direkt der betroffenen Person bzw. ihren Erben ausgezahlt.⁷⁹ Der Schadenersatz in Höhe von bis zu 20.000 Kčs wurde in bar ausgezahlt. Bei höheren Summen wurden 20% des Ersatzes, mindestens jedoch 20.000 Kčs, in bar ausgezahlt und der Rest wurde in verzinlichen staatlichen Schuldverschreibungen ausgezahlt, die bis zu 10 Jahren zahlbar sind.⁸⁰ Es ist auch zu erwähnen, dass im § 28 dieses Gesetzes die Vorgehensweise bei der Anrechnung des Aufenthaltes im Zwangsarbeitslager und der Dauer der Verhaftung für den Zweck der Altersversorgung geregelt wird, und auch in dem Falle, wenn die Person in der Zeit des ungesetzlichen Strafvollzuges Arbeiten ausführte, die die Einordnung in die I. (II.) Arbeitskategorie begründen würden, wurde die Ausführung dieser Arbeit als I. (II.) Arbeitskategorie anerkannt. Der vorletzte – siebte – Teil des Gesetzes Nr. 82/1968 Slg. beschäftigte sich mit der Verantwortung von Personen⁸¹, die an den ungesetzlichen Handlungen teilgenommen hatten. Diese Personen konnten entweder entlassen oder vom Amt abberufen werden bzw. wurde ihnen gekündigt. Die Verantwortung dieser Personen wurde von den Prüfungskommissionen bewertet, die aufgrund des Vorschlages des

⁷⁶ Gesetz Nr. 82/1968 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung in der Fassung vom 1.8.1968, § 22. Diese Bestimmung bezog sich die Abschleppung in Zwangsarbeitslager, doch neben Personen, die nicht arbeiten wollten und die eine Gefahr für das fremde Eigentum darstellten, auch auf Beschlüsse der Kommissionen über die vom 1. 8. 1950 bis zum 21. 12. 1956 bedingt Entlassenen, wenn diese nach dem Strafvollzug in Zwangsarbeitslager abgeschleppt wurden sowie auf Frieheitsstrafen, die von Nationalausschüssen verhängt wurden. (Näheres siehe auch Pešek & Letz 2004, 435).

⁷⁷ Ibid § 26

⁷⁸ Ibid § 27

⁷⁹ Ibid § 30.

⁸⁰ Ibid § 31

⁸¹ Ibid §§ 34-42

Leiters der Organisation, in der die jeweilige Person tätig war, handelten. Kommissionen, die die Verantwortung von Mitarbeitern bewerteten, die als Polizisten, Staatsanwälte oder Ermittler in Staatsanwaltschaften, Mitarbeiter des Justizministeriums oder Mitarbeiter in Justizvollzugsanstalten tätig waren, wurden vom Innenminister, dem Generalstaatsanwalt, Justizminister und dem Justizbeauftragten des Slowakischen Nationalrates errichtet. Die Verantwortung von Richtern wurde von einem besonderen Disziplinarsenat bewertet, dessen Mitglieder die vom Nationalrat gewählten Richter waren. Der letzte achte Teil enthielt Schluss- und Übergangsbestimmungen.

Mit dem Gesetz Nr. 82/1968 Slg. wurde die Welle der Rehabilitierungen eingeleitet, die jedoch nur kurz anhielt. Rehabilitierungen wurden bereits in ihrer Anfangsphase durch die Normalisierungsphase infolge der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Armeen des Warschauer Paktes im August 1968 betroffen. Die Wahrnehmung der Rehabilitierung und die geänderten Regeln wurden auch ins Rehabilitierungsgesetz in Form des Gesetzes Nr. 70/1970 Slg. aufgenommen. Einerseits betonte die Novelle die Bedeutung der Rehabilitierungen, doch andererseits versuchte sie, deren Ausnahmecharakter zu eliminieren. Im Vordergrund stand wieder der Klassen- und Politikaspekt. Die Senate der Landgerichte und des Höchstgerichts sind zwar geblieben, doch die Wahl ihrer Mitglieder wurde nicht für die Spezifikation dieser Senate ausgerichtet. Diese Senate wurden daher mit Richtern gebildet, die als Richter in jeglichen Strafsachen entscheiden konnten. Aufgrund dieser Novelle wurde das Institut des gesellschaftlichen Vertreters aufgehoben, der vom Verband der anti-faschistischen Bewegung ernannt wurde, da die entsprechende Bestimmung gelöscht wurde. Zugleich wurde die Bestimmung aufgehoben, in der die Pflicht aller Organe und Organisationen verankert wurde, dem Gericht die notwendige schriftliche Dokumentation zur Verfügung zu stellen und mit dem Gericht zusammenzuarbeiten. Gründe, aus denen das ursprüngliche Urteil⁸² aufgehoben werden konnten, wurden erheblich eingeschränkt. Im Rahmen der Normalisierungsänderungen wurden Rehabilitierungskommissionen und –beratungsstellen aufgehoben; zugleich wurde die Praxis der Staatsanwälte beendet, in die Berufung zu gehen, wenn Gegenstand der Sache ein Rehabilitierungsverfahren war. (Kaplan 2008, 103-105)

⁸² Gründe nach der Novelle waren wie folgt: grobe Verletzung von Verfahren, solange dieser Mangel zur sachlichen Unrichtigkeit des Beschlusses führte, die Entscheidung basierte auf falscher Erkenntnis und ist daher falsch, die Tat wurde als eine Tat im Widerspruch des Gesetzes erachtet oder wenn die verhängte Strafe im Widerspruch zum Gesetz war. Sonstige Gründe wurden aus dem Gesetz Nr. 82/1968 vom 1.8.1968 gelöscht.

3.2. Aussergerichtliche Rehabilitierungen während des Erneuerungszeitraums

Im Erneuerungs- und Demokratisierungszeitraum waren jedoch die Gerichte nicht die einzigen Institutionen, die sich um die Rehabilitierungen kümmerten. Es wurden Kommissionen in Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten, in Behörden und Betrieben errichtet, wobei die Welle der Rehabilitierungen an gesellschaftlicher Bedeutung gewann. Dies galt vor allem für die aussergerichtlichen Rehabilitierungen, im Rahmen der jedoch nur ein kleiner Teil der Betroffenen rehabilitiert wurden, da die meisten ihre Rehabilitierung nicht mehr erleben konnten bzw. in hohem Alter waren und ihre Rückkehr in den ursprünglichen Beruf nicht in Frage kam, bzw. wurde ihr Fall erst dann verhandelt, nachdem die kommunistische Führung die Wahrnehmung der Rehabilitierungen änderte und zur Bewertung der vorherigen Repressionen und Verfolgung zurückkehrte. (Kaplan 2008, 92) Ein separates Gesetz über ausserordentliche Rehabilitierungen wurde jedoch nicht verabschiedet, obwohl es lange vorbereitet wurde. Der Gesetzesentwurf wurde vom Innenministerium besprochen und auch für eine Sitzung der Regierung vorbereitet, doch zu weiteren Schritten kam es nicht. (Veber 2010, 26)

3.3. Rehabilitierungen laut Gesetz Nr. 82/1968 Slg. und ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der verfolgten Personen

Rehabilitierungen laut Gesetz Nr. 82/1968 Slg. bezogen sich auch auf nicht parteiliche Opfer, doch sie umfassten nur politische Häftlinge und Personen, die in Zwangsarbeitslager abgeschleppt wurden. Diese Rechtsnorm ermöglichte nicht die Rehabilitierungen für sonstige Kategorien der verfolgten Personen. Der Nachteil dieses Gesetzes bestand in der kurzen Dauer seiner tatsächlichen Anwendung. Mit dem Beginn der Normalisierung wurde für die rehabilitierten Personen ihre eigentliche Rehabilitierung zum gleichen Nachteil wie ihre Zuordnung zu den „ehemaligen Menschen“. Die Struktur der Macht fing an, sich im Rückwärtsgang zu bewegen und kehrte zu ihren Praktiken aus den 50er Jahren zurück.

Die Auswirkungen der Rehabilitierung auf das tägliche Leben wurde im allgemeinen als negativ und als eine falsche Geste seitens des Staates wahrgenommen. Die verfolgten Personen glaubten nicht, dass sich die Orientierung der kommunistischen Partei radikal ändern kann, solange sich das System in seinem Kern nicht ändert. In der Zeit der grössten

Erneuerungs- und Demokratisierungseuphorie spürten die Verfolgten eine bestimmte Genugtuung. Es war für sie eine bestimmte Wiedergutmachung, dass das Bestehen auf ihren Ansichten und der Glaube an die Richtigkeit ihrer Entscheidungen über die vom Regime präsentierten Taten und Ideologie siegte. Alle Befragten führten jedoch übereinstimmend an, dass die Rehabilitierungen wegen der kurzen Dauer des Demokratisierungsprozesses (im Grunde nur ein paar Monate) keine realen positiven Auswirkungen auf ihr tägliches Leben hatten und dass nach dem Eintritt der Normalisierung ihr Leben als das Leben der Menschen der dritten Kategorie in ihrer alten Form zurückkehrte.

Die gerichtlichen Rehabilitierungsprozesse aus dieser Zeit entsprachen der Präambel des Gesetzes Nr. 82/1968, d.h. die Rehabilitierungen wurden nur bis zu einer bestimmten Grenze vorgenommen, damit das eigentliche Regime nicht vollständig angezweifelt wird bzw. damit nicht der Eindruck entsteht, dass das Regime überflüssig ist. Im Rahmen der Revisionsverfahren vor Rehabilitierungssenaten wurden zwar Entscheidungen aus den 50er Jahren aufgehoben, doch ein Tatbestand wurde in einen anderen Tatbestand umqualifiziert.⁸³ Nach der Novellierung des Gesetzes wurden die ursprünglichen Rehabilitierungsurteile aufgehoben, infolge dessen die betroffenen Personen verpflichtet waren, die Entschädigung zurückzuzahlen.⁸⁴

In moralischer Ebene brauchten die Verfolgten zur Bestätigung ihrer Überzeugung kein Papier, das ihre „Unschuld“ anerkennen würde, von der diese Personen seit Anfang überzeugt waren. In praktischer Ebene hätte der Rehabilitierungsbeschluss ihnen die Möglichkeit bringen sollen, ins öffentliche Leben zurückzukehren und diese Beschlüsse hätten zum öffentlichen Zweck, z.B. zu ihrer Rückkehr zu ihren ursprünglichen Berufen, dienen sollen.⁸⁵ Infolge des Beginns der Normalisierung ist dies jedoch nicht geschehen.

Rehabilitierungen laut Gesetz Nr. 82/1968 Slg. bestätigten in einigen Fällen die „Unschuld“ der verfolgten Personen, doch man sollte sich der Tatsache bewusst werden, dass für die verfolgten Personen ihre gesellschaftliche Rehabilitierung und nicht die Löschung der Einträge in ihrem Strafregister am wichtigsten war. Rehabilitierungen erfüllten diesen Zweck

⁸³ Siehe Anlagen 1 und 2

⁸⁴ Dazu siehe auch die Rede des Generalstaatsanwaltes Dr. Tibor Böhm vor dem Föderalen Parlament am 23. 4. 1990 unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61108>

⁸⁵ Zu ähnlichen Schlüssen ist in der Frage der Rehabilitierungen aufgrund des Gesetzes Nr. 82/1968 Slg. auch Natália Veselská (2005b) gelangt.

nicht, was auch das spätere Leben der verfolgten Personen bestätigte, die aus dem öffentlichen und beruflichen Leben ausgeschlossen wurden und ihre Rehabilitierung wurde eher zur Last. Ihre Stellung änderte sich nicht und die Diskriminierung der in den 40ern, 50ern und 60ern verfolgten Personen wurde auch weiterhin fortgesetzt. Die Umsetzung des Gesetzes Nr. 82/68 Slg. entsprechend seinem primären Ziel erfolgte nur für kurze Zeit, da sie im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Änderungen, als das Regime zu den Praktiken aus den 50er Jahren zurückkehrte, eine eher repressive Form erwarb.

4. Gerichtliche Rehabilitierung

4.1 Rehabilitierungen laut dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung

Bei der Diskussion über den Entwurf des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung kam im gesetzgebenden Organ der allgemeine Wille zur Verabschiedung dieses Gesetzes zum Ausdruck.

Bei der Besprechung des Gesetzesentwurfs im gesetzgebenden Organ, konkret im Föderalen Parlament der Tschechoslowakischen Föderativen Republik, entstand die Frage, ob es überhaupt möglich ist, mit einem Gesetz, d.h. ex lege, rechtskräftige Entscheidungen von Gerichten aufzuheben, da alle vorherigen Rehabilitierungen in Form von Prüfungs- bzw. Revisionsverfahren bearbeitet wurden. Als eine Alternative zur Aufhebung von Urteilen ex lege kamen die Einlegung von Beschwerden wegen der Verletzung des Gesetzes, die Ausbügelung der Verurteilung samt Schadenersatz sowie die Revision des Verfahrens in Frage. Als die vierte Möglichkeit wurde die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes vorgeschlagen, das dem Föderalen Parlament ermöglichte, in Form von Gesetzen die Urteile aufzuheben. Zugleich wurde vorgeschlagen, dass die Rehabilitierungen in die Hände des Präsidenten der Republik gelegt werden, der laut Verfassung als einziger das Recht hatte, Amnestien zu erlassen, die von Strafgerichten verhängten Strafen zu mildern und aufzuheben und auch die Verurteilung, d.h. Aufhebung der Folgen der verhängten Strafen auszubügeln.⁸⁶ Diese rigiden rechtlichen Anforderungen wurden z.B. vom Abgeordneten Věroslav Sláma kritisiert, der als ehemaliger politischer Häftling darauf hinwies, dass diese Problematik nicht nur aus rechtlicher Perspektive wahrgenommen werden darf. Er führte in seiner Rede⁸⁷ vor

⁸⁶ Näheres siehe auch in der Rede des Abgeordneten Masopust in Form des Stenographie-Protokolls aus der 27. Sitzung vom 23.4.1990. Verfügbar unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61102>. Siehe auch die Rede des Abgeordneten Jozef Olej, der seine Argumentation um die Stellungnahme ergänzte, dass Urteile mit Tatbeständen aufgehoben werden sollten, die auch in der Zeit der Besprechung und Genehmigung des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierungen gültig waren, und er wies darauf hin, dass die gegenständlichen Straftaten daher nicht gerechtfertigt sind. Siehe unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61104>

⁸⁷ Rede des Abgeordneten Věroslav Sláma vor dem Föderalen Parlament am 23.4.1990 unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61105> und <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61106>

dem Föderalen Parlament ann, dass es undenkbar ist, dieses Gesetz ohne Wahrnehmung des breiteren Kontextes, d.h. ohne Erinnerungen an die reale Bestrafung der aus den 50er Jahren verfolgten Personen, an ihr Alter in der Zeit der Besprechung dieses Gesetzes, da die meisten von ihnen im Rentenalter waren, und ohne Erinnerung daran, dass es im Falle der Gerichtsverfahren unmöglich wären, Zeugen aus den 50er Jahren sicherzustellen, da die meisten von ihnen nicht mehr lebten, zu besprechen. Ähnliches wurde auch vom damaligen Generalstaatsanwalt Dr. Tibor Böhm angeführt, der auch das gegenständliche Gesetz vorlag, und zwar, dass im Hinblick auf die Anzahl der erwarteten Rehabilitierungsentscheidungen im Umfang von ungefähr einhunderttausend diese Entscheidungen das massenhafte Unrecht und Deformationen nachbessern sollten, und dass es nicht eine oder zwei Entscheidungen sein werden.⁸⁸ Im Eknedeffekt wurde das Gesetz Nr. 119/1990 Slg. in der vorgelegten Form verabschiedet und die vorgeschlagene Art und Weise der Aufhebung von Urteilen als eine der Formen der gerichtliche Rehabilitierung blieb direkt in diesem Gesetz enthalten.

4.1.1. Gesetz Nr. 119/1990 über gerichtliche Rehabilitierung

Das Gesetz Nr. 119/1990 Slg. über gerichtliche Rehabilitierung wurde am 23.4.1990 mit Wirkung vom 1. Juli 1990 verabschiedet. Das Gesetz wurde nicht nur in der Gesetzessammlung, sondern auch in der Tagespresse vor Wirksamkeit der Gesetze veröffentlicht, damit sich die breite Öffentlichkeit mit dem Gesetz vertraut machen konnte. (Národná obroda Jahrgang 1, 11.6.1990, Nr. 24, S. 12-13) Dieses Gesetz basiert auf dem Konzept des gewaltfreien Widerstandes gegen jegliche Macht. Vor der Verabschiedung des Gesetzes kamen auch Widerstand oder Handlungen von kriminal-politischem Charakter in Frage, solange sie durch bestimmte politische Motive angeregt wurden und die daher als legitimer und fairer Widerstand gegen die totalitäre Macht verstanden werden sollten. Dies wäre jedoch nicht in Übereinstimmung mit international-rechtlichen Normen, daher wurde es verworfen. Das Konzept des Rehabilitierungsgesetzes umfasste die Tatsache, dass nicht nur Urteile, auf die sich das Gesetz bezieht, ungesetzlich sind, sondern auch Rechtsnormen, aufgrund der diese Urteile verkündet wurden, falsch und nicht legitim sind. (Ružbársky 1990, S. 34) Das Gesetz besteht aus acht Teilen. Der erste Teil des Gesetzes enthält den eigentlichen Zweck des Gesetzes.

⁸⁸ Siehe seinen Auftritt unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61108>

Der Zweck dieses Gesetzes wird im § 1 Abs. 1 wie folgt definiert: „ (...) *der Zweck des Gesetzes besteht darin, verurteilende Gerichtsbeschlüsse für Taten aufzuheben, die im Widerspruch mit den Grundsätzen der demokratischen Gesellschaft, die bürgerliche politische Rechte und Freiheiten laut Verfassung und den internationalen Dokumenten und Rechtsnormen respektiert, vom Gesetz als strafbar bezeichnet wurden, schnelle Prüfung von Fällen der auf diese Weise rechtswidrige verurteilten Personen infolge der Verletzung der Gesetzlichkeit im Bereich der Strafverfahren sicherzustellen, unangemessene Härte in der Anwendung von Repression zu eliminieren, den rechtswidrig verurteilten Personen die gesellschaftliche Rehabilitierung und angemessene materielle Entschädigung zur Verfügung zu stellen und aus der ermittelten Ungesetzlichkeit Folgen für Personen abzuleiten, die die geltenden Gesetze bewusst oder grob verletzt.*“ In dieser Bestimmung des Gesetzes wurde vom Gesetzgeber das Ziel gesetzt, das mit dieser Rechtsnorm erreicht werden sollte.

Der zweite Teil des Gesetzes führte konkrete Bestimmungen der gesetzlichen Vorschriften⁸⁹ an, die im Widerspruch mit den Grundsätzen der demokratischen Gesellschaft waren. Konkret handelte es sich um das Gesetz Nr. 50/1923 Slg. zum Schutz der Republik, Gesetz Nr. 231/1948 Slg. zum Schutz der volksdemokratischen Republik, das als das drakonische Gesetz bekannt war und aufgrund dessen der überwiegende Teil der politischen Häftlinge⁹⁰ verurteilt wurde. Weiterhin ging es um das Strafgesetz Nr. 86/1950 Slg., das Strafgesetz Nr. 140/1961 Slg., Gesetz über Vergehen Nr. 150/1969 Slg., die gesetzzöiche Anordnung des Vorsitizes der Föderalen Versammlung Nr. 99/1969, Artikel V des Gesetzes über Verbrechen und Vergehen aus dem Jahre 1878 und Artikel XL des Gesetzes über strafrechtlichen Schutz von Gerichten aus dem Jahre 1914. Diese Abgrenzung stellt eine Trennlinie zur Unterscheidung von politischen Prozessen von sonstigen Prozessen dar. Diese Abgrenzung ist jedoch nicht direkt, da viele politische Prozesse durch wirtschaftliche und sonstige Daten absichtlich kriminalisiert wurden und mit ihnen auch solche Straftaten kummuliert wurden, die in jeder demokratischen Gesellschaft bestraft wurden. (Pešek 1998, 82-83) Die Entscheidung darüber, ob und in welchen Masse der Verurteilte zu rehabilitieren ist, musste vom Gericht auch ohne Antrag⁹¹, d.h. ex officio, gefasste werden und laut dem ersten Teil des Gesetzes ging es dabei um Verfahren ohne Antrag. Das Gesetz umfasste jedoch keine Fristen für Gerichte, in denen

⁸⁹ Gesetz über gerichtliche Rehabilitierungen Nr. 119/1990 Slg., § 2 Abs. 1

⁹⁰ Näheres zu diesem Gesetz siehe den Artikel von Róbert Letz unter dem Titel „231“, der unter http://www.upn.goc.sk/publikacie_web/pamat-naroda/pamat-naroda-02-2006.pdf verfügbar ist.

⁹¹ Gesetz über gerichtliche Rehabilitierungen Nr. 119/1990 Slg., § 2 Abs. 2

die Rehabilitierungsverfahren laut dem zweiten Teil abgeschlossen werden sollten bzw. bis wann sie ausgeführt werden konnten.

Der dritte Teil des Gesetzes enthält Bestimmungen über Aufhebung von Beschlüssen im Rahmen von Prüfungsverfahren. In diesem Teil wurden vom Gesetzgeber keine konkreten Bestimmungen definiert, sondern nur konkrete gesetzliche Normen, aufgrund der Urteile wegen sonstiger als im § genannten Taten, Straftaten, Vergehen oder Ordnungswidrigkeiten verkündet wurden. Die Gruppe der definierten Rechtsnormen ist geschlossen, daher konnten sich die Revisionsverfahren nur auf definierte Rechtsnormen und keine sonstigen Normen beziehen. In Verfahren laut diesem Teil mussten die Anträge binnen zwei Jahren ab dem Tag der Wirksamkeit des Gesetzes⁹² gestellt werden. Der Antrag konnte vom Verurteilten, seinen Erben und dem Staatsanwalt gestellt werden.⁹³

Für Entscheidungen laut dem zweiten und dritten Teil wurde vom Gesetzgeber ein bestimmter Zeitraum definiert, auf den sich die Entscheidungen beziehen. Es geht um rechtskräftige Entscheidungen, die vom 25. Februar 1948 bis zum 1. Januar 1990 in bezug auf die nach dem 5. Mai 1945⁹⁴ verübten Taten verkündet wurden.

Der vierte Teil des Gesetzes beschäftigt sich mit Prozesssachen bezüglich Verfahren vor Gerichten in Verfahren ohne Antrag und in Prüfungsverfahren. Zur Entscheidung war das Gericht zuständig, das im ursprünglichen Verfahren in erster Instanz tätig war. Falls dieses Gericht nicht existierte, musste das sachlich zuständige Gericht entscheiden, in dessen Zuständigkeit der ursprüngliche Sitz des Gerichtes fiel. Entscheidungen des ehemaligen Staatsgerichtes und des Höchstgerichtes als des Gerichts der ersten Instanz wurden vom Landgericht und in Militärsachen vom höheren Militärgericht geprüft.⁹⁵ Entscheidungen laut dem zweiten Teil wurden grundsätzlich ohne Öffentlichkeit verhandelt. In Verfahren laut dem dritten Teil gab es öffentliche Verhandlungen, mit Ausnahme der Fälle, in denen der Antrag abgewiesen wurde. In öffentlichen und nicht öffentlichen Verhandlungen musste laut Gesetz die obligatorische Teilnahme des Staatsanwaltes⁹⁶ sichergestellt werden. Das Gesetz legte in diesem Teil die Herausgabepflicht sowie die Pflicht der Mitwirkung aller Organe und

⁹² Ibid. § 6 Abs. 1

⁹³ Ibid. § 5 Abs. 1,2

⁹⁴ Ibid. §2 Abs. 1 a § 4

⁹⁵ Ibid. § 7 Abs. 1,2

⁹⁶ Ibid. § 9, 10

Organisationen in der Sache der Vorlage der Dokumentation zur Verhandlung von Fällen fest, und zwar ohne Möglichkeit, sich auf die Geheimhaltung von Staats-, Dienst- oder Geschäftsgeheimnissen zu berufen.⁹⁷ Im § 14 Abs. 1 wurden vom Gesetz Gründe definiert, wegen der der ursprüngliche Beschluss im Prüfungsverfahren aufgehoben wurde. Ich füge hinzu, dass die dort genannten Gesetze nicht explizit abgegrenzt wurden, d.h. dass die Gründe für die Aufhebung des ursprünglichen Beschlusses auch anders sein konnten, doch ich weise darauf hin, dass sie aus den explizit im dritten Teil genannten Rechtsnormen hervorgehen konnten. Verfahrenskosten im Prüfungsverfahren wurden bei Ablehnung des Antrags von der Person bezahlt, die den Antrag stellte, ausgenommen des Staatsanwaltes. Der Staat bezahlte die Verfahrenskosten in dem Falle, wenn der Antrag zumindest teilweise begründet war. Die Verfahrenskosten wurden in Höhe von Pauschalbeträgen festgesetzt.⁹⁸

Der fünfte Teil des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung umfasst Bestimmungen über die Aufhebung einiger weiterer Beschlüsse. Konkret geht es um Entscheidung über die Verurteilung einer Person wegen einer Tat, die während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe verübt wurde, solange es sich nicht um eine Tat handelt, die zum Tod, zur schweren Schädigung oder zu grossen Schäden führte.

Der sechste Teil des Gesetzes wird der Entschädigung gewidmet. Es geht um Entschädigungen und Lösung von eigentumsrechtlichen Verhältnissen, die infolge der ungesetzlichen Strafbeschlüsse entweder ex lege oder in individuellen Prüfungsverfahren aufgehoben wurden. Dieses Gesetz bezieht sich daher im Teil der Entschädigung nur auf den strafrechtlichen Bereich. Die grundlegende und gemeinsame Voraussetzung der Entschädigung war die Existenz eines Gerichtsbeschlusses darüber, dass die geschädigte Person an der Rehabilitierung laut diesem Gesetz beteiligt war und dass sie Ansprüche auf Entschädigung laut dem gegenständlichen Gesetz hat. Zur Abhilfe von Unrecht aus der Vergangenheit war ausschliesslich den Gerichten und keinen sonstigen Organen vorbehalten. Die vollständige Rehabilitierung laut dem Rehabilitierungsgesetz Nr. 82/1968 Slg. stellte ursprünglich ein Hindernis für die Rehabilitierung laut dem Gesetz Nr. 119/1990 Slg. dar, daher kam auch die anschliessende „zusätzliche Entschädigung“ der geschädigten und rehabilitierten Person laut dem Gesetz Nr. 82/1968 aufgrund des Gesetzes Nr. 119/1990 Slg. ursprünglich nicht in Frage. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass der Anspruch auf

⁹⁷ Ibid. § 12 Abs. 2

⁹⁸ Ibid. § 19

Entschädigung am Gericht binnen drei Jahren ab Rechtskräftigkeit des Beschlusses geltend gemacht werden musste.⁹⁹ Daraus ging hervor, dass der Geschädigte den Anspruch auf Entschädigung ohne eine Entscheidung aufgrund des Gesetzes Nr. 119/1990 Slg. erwarb. (Ružbársky 1990, S. 34-38) Dieser Zustand änderte sich aufgrund der Novelle des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierungen mit dem Gesetz Nr. 47/1991 Slg., das dieses Hindernis aufhob. Der logische Hintergrund war die Bemühung um gleiche Bedingungen wie für die Entschädigung von allen rehabilitierten Personen nach 1948. (Ružbársky 1991b, S. 48) Dem Gerichtsverfahren in der Sache der Entschädigung ging jedoch die vorläufige Besprechung des Antrags im zentralen Organ der Staatsverwaltung vor, wobei als solches in der Sache der gerichtlichen Rehabilitierungen das Justizministerium war. Falls die geltend gemachte Höhe des Anspruchs vom Ministerium zuerkannt wurde, war es nicht notwendig, sich mit dem Antrag an das Gericht zu wenden. Falls dies nicht geschah, war es möglich, an das Gericht einen Antrag in bezug auf den nicht zuerkannten Teil des Anspruches zu stellen, jedoch immer nur binnen drei Jahren ab Rechtskräftigkeit des Befreiungsurteils. Das Recht auf die Geltendmachung des Anspruches auf Entschädigung ging auch auf die Erben des Geschädigten, und zwar auf Kinder, Ehemann / Ehefrau und Eltern über und mit der Novelle des Gesetzes ging dieses Recht auch auf die Brüder und Schwestern der Geschädigten über, falls es keine berechtigte Person gab. (Ružbársky 1991b, S. 48) Der Anspruch auf Entschädigung umfasst den Ersatz der Einkommensverluste, Ersatz der Gesundheitsschäden, Ersatz der Strafverfahrenskosten, Ersatz der bezahlten Kosten der Verteidigung im ursprünglichen Strafverfahren, Ersatz der Geldstrafe oder der Summe der Abzüge vom Entgelt bei der Ausführung der Nachbesserungsmassnahme.¹⁰⁰ Der Umfang des Schadenersatzes wurde ursprünglich so festgesetzt, dass die Entschädigung in vollem Umfang nur dann gezahlt wurde, wenn der befreiende Beschluss nach dem zweiten Teil vollständig aufgehoben wurde. Dieser Zustand änderte sich jedoch aufgrund der Novelle des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung und die Entschädigung wurde in vollem Umfang auch dann geleistet, wenn der Befreiungsbeschluss laut dem dritten und fünften Teil vollständig aufgehoben wurde. Zum Zweck der Altersversorgung wurde die Dauer der Haft und des Strafvollzuges des Geschädigten, der laut diesem Gesetz vollständig der Anschuldigung enthoben wurde, als Fortsetzung der Beschäftigung (der Ausführung der Arbeitstätigkeit), die vom Geschädigten vor Verhaftung (Beginn des Strafvollzuges) laut den Vorschriften über

⁹⁹ Ursprünglich binnen zwei Jahren. In der Novelle des Gesetzes wurde diese Frist auf drei Jahre verlängert.

¹⁰⁰ Ibid. §23. Zur Beschreibung der einzelnen Ansprüche siehe auch Ružbársky 1991a, S. 35-38.

soziale Absicherung angerechnet. Genauso wurde auch der Teil des Strafvollzuges, der ungerechtfertigt abgesessen werden musste, angerechnet, wenn laut diesem Gesetz das Befreiungsurteil nur teilweise aufgehoben wurde.¹⁰¹ Der Geschädigte konnte verlangen, dass ihm anstatt der Anrechnung der Dauer monatliche Zuschläge zur Rente in Höhe von 20 Kčs für jeden Monat Haft und Strafvollzug, während dessen der Geschädigte Arbeiten unter ausserordentlich schweren Arbeitsbedingungen ausführte, die ihre Anerkennung als Beschäftigung der I. oder II. Arbeitskategorie begründen würden, oder in Höhe von 15 Kčs für jeden Monat Haft und Strafvollzug in sonstigen Fällen ausgezahlt werden. (Ružbársky, 1991b, s. 48) Das Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung in der ursprünglichen Fassung hat auch den Ersatz für Hinterbliebene, Ehemänner / Ehefrau nach dem Geschädigten, der das Opfer von Todesstrafe wurde, oder der im Strafvollzug starb, in Höhe der angemessenen Entschädigung für die Erschwerung der Lebensbedingungen infolge der Verurteilung des Geschädigten zuerkannt. (Ružbársky 1991a, s.38) Auf den unfairen Charakter dieser Bestimmung, konkret § 26 Abs. 3, wies noch während der Besprechung des Gesetzes der Abgeordnete Jaroslav Cuhra, ein ehemaliger politischer Häftling, in seiner Rede vor dem Föderalen Parlament der Tschechoslowakischen Föderativen Republik am 3. 4. 1990 hin.¹⁰² Eine Änderung erfolgte aufgrund der Novelle des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung Nr. 47/1991 Slg., da die gerichtliche Praxis zeigte, dass der Nachweis des Anspruches auf Entschädigung sehr kompliziert ist und dass es in den meisten Fällen nicht möglich war, Bedingungen und den Umfang des Anspruches nachzuweisen. Aus diesem Grunde wurde in der Novelle die einmalige pauschale Entschädigung in Höhe von 100.000 Kčs eingeführt.

Der siebte Teil des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung befasst sich mit den Fragen der Verjährung der Strafverfolgung und der achte Teil enthielt Schluss- und Übergangsbestimmungen.

¹⁰¹ Ibid. § 25. Im Jahre 2007 wurde auch das Gesetz Nr. 274/2007 Slg. verabschiedet, aufgrund dessen den politischen Häftlingen und ihren Familienangehörigen für ihre Benachteiligung am Arbeitsmarkt und für niedrigere Rente ein Zuschuss zur Rente zuerkannt wurde.

¹⁰² J. Cuhra schlug eine pauschale Entschädigung in Höhe von 100.000 Kčs unter Hinweis darauf vor, dass in der Zeit dieser Betrag als Entschädigung hohen Leutnanten gezahlt wurde, die wegen des Verdachts ihrer Verbindung an das totalitäre Regime abberufen wurden. Cuhra bestand jedoch nicht auf seinem Vorschlag. Der Auftritt von J. Cuhra vor dem Föderalen Parlament der Tschechoslowakischen Föderativen Republik vom 23.4.1990 ist verfügbar unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61105>

4.1.2. Durchführung der Rehabilitierung laut dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung¹⁰³

Unmittelbar nach Verabschiedung des Des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierung durch das Föderale Parlament der Tschechoslowakischen Föderativen Republik organisierte das Justizministerium der Slowakischen Republik ein Seminar für gewählte Richter aus Bezirks- und Landgerichten zu Interpretationsfragen dieses Gesetzes. Davor ersuchte das Justizministerium der Slowakischen Republik die Leitug der Landgerichte und des Stadtgerichtes in Bratislava um die „verantwortungsvolle Auswahl“ von Richtern, die über Rehabilitierungsfälle entscheiden werden. (Svák, Ján 1990, S. 6) Der Staatssekretär des Justizministeriums führte im Interview für die Zeitschrift *Justičná revue* (Jahrgang 42, 1990, Nr. 2, S. 6) an, dass das grösste Problem in der Besetzung der Bezirks- und Landgerichte mit qualifizierten Richtern sowie Verwaltungsmitarbeitern war. Es ging darum, dass Richter, die über Rehabilitierungsfälle entscheiden sollten, durch andere qualifizierte und moralisch unbescholtene Richter ersetzt werden sollten. Die Tatsache, dass die Besetzung der Bezirks- und Landgerichte mit qualifizierten Richtern sowie Verwaltungsmitarbeitern einen wichtigen Aspekt im Rahmen der Rehabilitierungsverfahren bildet, wurde in konkreten Fällen nachgewiesen. Eine der von mir befragten Personen – Frau Vyskočilová – führte an, dass ihr und ihrem Bruder in der Zeit des Rehabilitierungsverfahrens der Rehabilitierungsbeschluss von einer Person übergeben werden sollte, die sie und den Bruder in den 50er Jahren verurteilt hatte.¹⁰⁴ Dies war ein Schock für sie und aus ihrer Sicht auch Verspottung ihres Leides.¹⁰⁵ Dieser Mangel wurde von Frau Vyskočilová und ihrem Bruder gegenüber dem Justizministerium der Slowakischen Republik persönlich und auch schriftlich beanstandet. Die formelle Abhilfe wurde in Form der Zuteilung ihrer Sache einem anderen Rehabilitierungsbüro des Höchstgerichts der Slowakischen Republik und durch schriftliche Entschuldigung geleistet.

¹⁰³ In bezug auf die Durchführung dieses Gesetzes gehe ich von den Aussagen von Frau XY und Frau Vyskočilovej aus. Frau XY stellte mir den Rehabilitierungsbeschluss und den Beschluss über Zuerkennung der Entschädigung zur Verfügung und beide schilderten die praktische Vorgehensweise bei der Rehabilitierung im Verfahren ohne Antrag.

¹⁰⁴ Hier muss von mir ergänzt werden, dass die erwähnte Person in den 50er Jahren als Richterin an politischen Prozessen teilgenommen hatte und in den 70er Jahren in Rehabilitierungskommissionen tätig war. Dies stellte ich aus dem Urteil in der Anlage 2 fest.

¹⁰⁵ Interview vom 06.08.2012.

In Vorbereitung auf Rehabilitierungsverfahren gab das Justizministerium der Slowakischen Republik methodische Anweisungen für Gerichte zum Zweck der Prüfung von Registern und Akten von Strafgerichten aus dem Zeitraum 1948 – 1989 sowie eine Richtlinie über die Erfassung und statistische Überwachung der Sachen heraus. Nach der Prüfung der Strafregister und der Akten im Staatlichen Gebietsarchiv in Bratislava wurde eine Einigung über den vorübergehenden Ausleih von Strafverfahrensakten des ehemaligen Staatlichen Gerichts in Bratislava für zuständige Archive in Bezirken bzw. für das Archiv des Justizministeriums der Slowakischen Republik abgeschlossen. (Svák 1990, S. 6).

Das Rehabilitierungsverfahren in der Sache der Aufhebung der Urteile ex lege bestand zuerst aus dem Studium der entsprechenden Strafakte und dann aus der Fassung des Beschlusses. Entscheidungen wurden in Form von Beschlüssen gefällt. Im Beschluss stellte dann das sachlich und örtlich zuständige Gericht fest, dass laut dem Gesetz Nr. 119/1990 die Person an der gerichtlichen Rehabilitierung teilnehmen wird und dass das Urteil, das im Beschluss mit dem Datum der Verkündung, dem Aktenzeichen und auch mit dem Rechtssatz, d.h. durch Angabe der Tat, für die die Person verurteilt wurde und die Strafe verhängt wurde, identifiziert wurde, aufgehoben wird. Zugleich wurde mit dem Rehabilitierungsbeschluss die Strafverfolgung eingestellt. In der Begründung des Rehabilitierungsbeschlusses gab es auch Informationen über die Möglichkeiten zur Einlegung der Beschwerde an das Justizministerium der Slowakischen Republik über Schadenersatz.¹⁰⁶ Die betroffenen Personen wurden dann zur Übernahme des Rehabilitierungsbeschlusses aufgefordert, der ihnen im Rehabilitierungsbüro von einem Verwaltungsmitarbeiter des Gerichtes übergeben wurde. Die rehabilitierten Personen kamen nicht in Kontakt mit dem Richter, der die Justiz vertrat. Es ging um eine rein formelle Angelegenheit der Übergabe des Schriftstückes ohne jegliche Officialität oder Bekundung der Ehre. Durch die Übergabe des Rehabilitierungsbeschlusses wurde die erste Phase der Rehabilitierung abgeschlossen. Anschliessend wurde seitens der Geschädigten bzw. deren Erben an das Justizministerium der Slowakischen Republik ein Antrag auf Zuerkennung der Entschädigung gestellt. Das Justizministerium der Slowakischen Republik, Referat für gerichtliche Rehabilitierung, schickte dann aufgrund dieser Anträge Schreiben zu, in denen angeführt wurde, in welchem Umfang der geltend gemachte Anspruch zuerkannt wurde, zugleich wurde die Berechnung

¹⁰⁶ Anlage 3 – Rehabilitierungsbeschluss des Bezirksgerichts Trnava

des Anspruches angeführt. Wurde das Urteil vor der Währungsreform im Jahre 1953 gefällt, wurden die zuerkannten Beträge im Sinne dieser Reform umgerechnet.¹⁰⁷

Bei der Verabschiedung des Gesetzes im Slowakischen Nationalrat im Jahre 1990 wurde betont, dass bei Rehabilitierungen zuerst Fälle aus den 50er Jahren – wegen des Alters der Opfer – erledigt werden. Laut Stellungnahme von Herrn Dr. Lauko, der damals der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Slowakischen Republik war, wurde diese Anforderung von der Staatsanwaltschaft und von den Gerichten erfüllt, wovon auch die Tatsache zeugt, dass zum 31. 7. 1991 insgesamt 49 926 Personen und dass aus dieser Anzahl aus der Zeit 1948 – 1955 23.431 Personen, d.h. 47,61%, aus der Zeit 1955 - 65 insgesamt 7768 Personen (15,78%), aus der Zeit 1966-75 insgesamt 9159 Personen (18,61%) und aus der Zeit 1976-89 insgesamt 8852 Personen (17,98%) rehabilitiert wurden. Dr. Lauko gab jedoch zu, dass es Fälle gab, in denen keine Akten vorhanden waren bzw. dass sie nur mit Schwierigkeiten gefunden wurden, was im Endeffekt zum langsamen Abschluss von Rehabilitierungen führte. (Baláz 1991, S. 1-2)

Zur Durchführung des Rehabilitierungsgesetzes führten die von mir befragten Personen, die von dieser Form der Rehabilitierung direkt betroffen wurde, übereinstimmend an, dass es nur eine formelle Angelegenheit, die jedoch in bestimmten Teilen eine bestimmte administrative Geschicklichkeit erforderte. Ähnliches wurde auch von Jaroslav Kašlík (2010, S. 17-20) geschildert, der die Geschichte seiner Eltern, die Gewerbetreibende waren, beschrieben hatte. Seine Eltern wurden nicht nach den im zweiten bzw. dritten Teil des Rehabilitierungsgesetzes genannten Bestimmungen verurteilt. Es folgte dann rege Korrespondenz, die nur in bezug auf die Zuerkennung der Entschädigung mehr als 100 Schreiben enthielt. Die Entschädigung wurde nach fünf Jahren ausgezahlt. Im Inneren freute sie mehr das Gefühl der persönlichen Freiheit, die aus der Änderung der gesellschaftlichen Bedingungen stammte, als der Erhalt der Rehabilitierungsurkunden. Im Rahmen der Rehabilitierungsaktivitäten war auch die Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei behilflich, in deren Satzung auch diese Aufgabe bzw. Tätigkeit verankert ist, somit erbrachte sie Rechtsberatung bzw. Hilfe für alle Personen, die es nötig hatten.¹⁰⁸ Seitens der von mir befragten Personen spürte ich ihre Trauer

¹⁰⁷ Z.B. dem verstorbenen Vater von Frau XY wurde die Geldstrafe von 20.000 Kčs auferlegt, doch die Entschädigung wurde nur in Höhe von 4.000 Kčs zuerkannt, d.h. im Sinne der Währungsreform aus den 50er Jahren im Verhältnis 1:5. Siehe Anlage 4.

¹⁰⁸ Die Satzung der Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei kann unter www.kpvs.sk heruntergeladen werden.

darüber, dass die Rehabilitation spät kam. Die meisten von ihnen waren nicht mehr im produktiven Alter und einige haben ihre eigene Rehabilitation gar nicht erleben können. Gerade die Nachkommen der rehabilitierten Personen waren traurig, dass ihre Eltern den Moment, in dem ihr Leid versachlicht wurde, nicht erleben konnten, und zwar nicht so sehr im Rehabilitierungsbeschluss, sondern viel mehr in der erworbenen Freiheit.

5. Aussergerichtliche Rehabilitierungen

5.1 Rehabilitierungen laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen

Bei der Besprechung des Entwurfs des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen wurde die Tatsache betont, dass dieses Gesetz nicht das Unrecht, das in zivilrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Bereichen zugefügt wurde, eliminieren, sondern die Auswirkungen dieses Unrechts mildern sollte.¹⁰⁹ Der damalige Premierminister der Tschechoslowakischen Föderativen Republik Marián Čalfa begann seinen Auftritt vor der Föderalen Versammlung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik am 19.2.1991 mit einer Reflexion über die Wirtschaftsreform, die wirtschaftliche Orientierung des Landes und über den Bedarf von finanziellen Mitteln zum Start der wirtschaftlichen Entwicklung¹¹⁰. Eine ähnliche Stellungnahme präsentierte vor der Föderalen Versammlung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik auch der Abgeordnete Ivan Fišer, der anführte, dass man zur gleichen Zeit nicht zwei Herren dienen darf, d.h. dass es nicht möglich ist, in übertriebenem Masse Restititionen zu betreiben und zugleich die Wirtschaftsreform voranzutreiben, die jedoch eine unabdenkbare Bedingung für die Absicherung der Zukunft darstellt.¹¹¹ In bezug auf die Restitution des Vermögens stellt dieses Gesetz eine dazu notwendige Rechtsnorm dar. Als Form der Restititionen wurde Restitution in Naturalwerten oder finanzielle Restitution vorgeschlagen, womit der Slowakische Nationalrat nicht einverstanden war, daher wurde vorgeschlagen, diese Formen der Restitution durch Coupons zu ersetzen, die in Privatisierungsprozessen eingesetzt wurden.¹¹² Im allgemeinen kann zusammengefasst werden, dass sich die intensivste Diskussion bei der Besprechung des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen auf den Teil bezog, der sich mit Restitutionsansprüchen befasste. Sonstige Bereiche, d.h. verwaltungs-, straf- und arbeitsrechtliche Fragen wurden von niemandem in Zweifel gezogen. Es wurde im

¹⁰⁹ Siehe den Auftritt des damaligen Premierministers der Tschechoslowakischen Föderativen Republik Marián Čalfa vor der Föderalen Versammlung am 19.2.1991 in Form einer Stenographie-Notiz; auch herunterzuladen unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83259>.

¹¹⁰ Ibid.

¹¹¹ Verfügbar auch unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83263>.

¹¹² Siehe den Auftritt des damaligen stellvertretenden Premierministers der Tschechoslowakischen Föderativen Republik Pavel Rychetský vor der Föderalen Versammlung am 19.2.1991 in Form einer Stenographie-Notiz; auch herunterzuladen unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83260>.

allgemeinen die Notwendigkeit der moralischen Rehabilitierung der Betroffenen sowie die Notwendigkeit ihrer gesellschaftlichen Rehabilitierung zum Ausdruck gebracht.¹¹³

5.1.1. Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen

Das Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen, das am 21. Februar 1991 mit der Gültigkeit zum 21.3.1991 und der Wirksamkeit zum 1.4.1991 verabschiedet wurde, wurde ähnlich wie das Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung in der Tagespresse (und nicht nur in der Gesetzessammlung) veröffentlicht. (Národná obroda, Jahrgang 2, (27.2.) 1991, Nr. 49, S. 8-9) Das Gesetz ist in fünf Teile geteilt, wobei die einzelnen Teile weiter in Kapitel geteilt werden. Im ersten Teil des Gesetzes wird der Gegenstand des Gesetzes geschildert, der in der Milderung der Folgen einiger Vermögensnachteile und sonstigem Unrecht, die infolge von zivil- und arbeitsrechtlichen Handlungen und Rechtsakten aus der Zeit vom 25. Februar 1948 bis zum 1. Januar 1990 im Widerspruch mit den Grundsätzen der demokratischen Gesellschaft entstanden, bestand, wobei Bürgerrechte laut der UNO-Charta, der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und den daran anschliessenden internationalen Abkommen über Bürgerrechte, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beachtet werden.¹¹⁴ Die politische Verfolgung wurde im Gesetz als Bestrafung von Personen abgegrenzt, die in direktem Zusammenhang mit den demokratisch motivierten politischen und gesellschaftlichen Handlungen und bürgerlichen Einstellungen entstanden ist. Zugleich wurde als politische Verfolgung eine solche Bestrafung von Personen angesehen, die als Folge ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen, religiösen, vermögensrechtlichen oder sonstigen Gruppe oder Schicht zum Ausdruck kam.¹¹⁵ Der zweite Teil ist den zivil- und verwaltungsrechtlichen Beziehungen gewidmet. Zivilrechtliche Beziehungen werden im ersten Kapitel des zweiten Teils des Gesetzes in §§ 3 – 13 geschildert. Dieser Teil des Gesetzes beschäftigt sich mit den Restitutionsansprüchen, die aus Aussiedlung, Vermögenskonfiszierung nach dem Verlassen der Heimat, einem ungünstigen Kaufvertrag,

¹¹³ Die Diskussion zum Entwurf des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen in der vor der Föderalen Versammlung vom 19.2., 20.2. und 21.2.1990 ist verfügbar unter: <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83259>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83260>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83263>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83264>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83271>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83274>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83276>, <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83294>

¹¹⁴ Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen, § 1 Abs. 1

¹¹⁵ Ibid. § 2 Abs. 2 a/, b/.

Enteignung unter unvorteilhaften Bedingungen, Enteignung ohne Ersatz, Verstaatlichung u.ä. hervorgehen. (Žatkuliak 1994, 134) Im zweiten Kapitel des ersten Teils im § 17 des Gesetzes wurden Beschlüsse über Aufnahme in Zwangsarbeitslager, die laut dem Gesetz Nr. 247/1948 Slg. über Zwangsarbeitslager gefasst wurden, und Beschlüsse über Aufnahme in Arbeitseinheiten, die laut Anordnung Nr. 7/1948 Slg. des Slowakischen Nationalrates über Errichtung von Arbeitseinheiten gefasst wurden, aufgehoben, mit Ausnahme der Fälle, in denen unter Hinweis auf vorherige Bestrafung klar nachgewiesen wurde, dass es sich um eine Person handelte, die ständig materielle Straftaten verübt hatte. Diese gesetzliche Bestimmung legte zugleich die Pflicht zur Auszahlung von finanziellem Ersatz für die im Zwangsarbeitslager oder einer Arbeitseinheit verbrachte Zeit laut § 23 des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierungen in der Fassung des Gesetzes Nr. 47/1991 Slg.¹¹⁶ fest. Ähnlich wurden mit dem § 18 die in den Jahren 1950 – 1954 erlassenen Musterungsbefehle, aufgrund der Soldaten für die Dauer des Grundwehrdienstes in technische Hilfseinheiten aufgenommen wurden, sowie Musterungsbefehle zu ausserordentlichen Militärübungen im Rahmen der technischen Hilfseinheiten laut § 39 des Gesetzes Nr. 92/1949 Slg. (Wehrgesetz) aufgehoben. Wie im ersten Teil meiner Arbeit angeführt wurde, erwies sich die zeitliche Abgrenzung der Existenz der militärischen Zwangsarbeitslager – der technischen Hilfseinheiten bei der Lösung von Rehabilitierungsansprüche als problematisch. Das ursprüngliche Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen berücksichtigte nicht die Existenz der Strassengenietrupps wie militärischer Zwangsarbeitslager, die seit 1948¹¹⁷ existierten. Dieser Mangel wurde mit der Novelle des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen Nr. 267/1992 Slg. aufgehoben, mit der die zeitliche Zuständigkeit der gegenständlichen gesetzlichen Bestimmung von 1948 bis 1954 und auch die sachliche Zuständigkeit auf Strassengenietrupps erweitert wurde. Mit der erwähnten Novelle wurde im Gesetz wurde eine weitere Kategorie der betroffenen Personen ergänzt, die in der ursprünglichen Fassung fehlte. Es ging um Ordensbrüder und –schwestern und Pfarrer, die in Zentralisierungsklöstern interniert waren. Diesen Personen wurde aufgrund dieser Novelle die Entschädigung wie den Personen, die in Zwangsarbeitslager oder in Arbeitseinheiten abgeschleppt wurden, in Höhe von bis zu 60 000 Sk zuerkannt.¹¹⁸ Mit dem Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung wurden Beschlüsse aufgehoben, aufgrund der Schüler und Stunden vom Studium in Mittelschulen und

¹¹⁶ Ibid. § 17 Abs. 2

¹¹⁷ Dazu siehe Näheres im ersten Teil dieser Arbeit, Unterkapitel 1.2, Teil über technische Hilfseinheiten.

¹¹⁸ Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen in der Fassung des Gesetzes Nr. 267/1992 Slg., § 18 Abs. 2

Hochschulen infolge von politischer Verfolgung oder einer Handlung, die allgemein anerkannte Menschenrechte und Freiheiten verletzt hatten,¹¹⁹ ausgeschlossen wurden. Der dritte Teil des Gesetzes wird den strafrechtlichen Beziehungen gewidmet, wobei die Aufmerksamkeit den Restitutionsansprüchen aus diesem Bereich geschenkt wird.¹²⁰ Im vierten Teil des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen wurden Rechtshandlungen, mit denen in der Zeit vom 25.2.1948 bis zum 1.1.1990 Arbeits- oder Dienstverhältnisse oder Mitgliedschaften in der Genossenschaft aus dem Grund der politischen Verfolgung¹²¹ beendet wurden, für ungültig erklärt. Für ungültig wurden auch Beschlüsse erklärt, aufgrund der die Beteiligung der Künstler an der sozialen Absicherung beendet wurden oder aufgrund der die soziale Absicherung der Künstler erloschen ist.¹²² § 24 des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen beschäftigte sich mit der Form der Entschädigung. Im Falle der ungültigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurde die Zeit von der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bis zum Erwerb des Anspruches auf Rente zum Zweck der Altersversorgung als Beschäftigungsdauer angerechnet. Ähnlich ging man bei den Künstlern vor. Bei den ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten wurde die Dauer des Militärdienstes, einschliesslich Militärübungen in technischen Hilfseinheiten, zum Zweck der Altersversorgung als zweifache Beschäftigungsdauer angerechnet. Diese Form der Entschädigung wurde im Falle der ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten bereits durch die erwähnte Novelle des Gesetzes Nr. 267/1992 Slg. abgeändert, in der festgesetzt wurde, dass zur Rente monatlicher Zuschuss von 15 Kčs für jeden Monat dieses Dienstes gezahlt wird. Dieser Betrag wurde mit der weiteren Novelle des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen auf 30 SKK erhöht. In bezug auf Studenten wurde die Dauer des Hochschulstudiums zum Zweck der Altersversorgung so bewertet, dass ein Jahr des Studiums, einschliesslich der für den Abschluss dieses Studiums vorgeschriebenen Jahre, das aus den genannten Gründen nicht abgeschlossen werden konnte, als zwei Beschäftigungsjahre angerechnet wird. Mit der Novelle des Gesetzes Nr. 267/1992 Slg. wurde auch die Entschädigung von Hinterbliebenen beim Tod der Person in Zwangsarbeitslagern, in

¹¹⁹ Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen, §18 Abs. 3

¹²⁰ Ibid. §§ 19 - 20

¹²¹ Ibid. § 21

¹²² Ibid. § 23

den technischen Hilfseinheiten, in der Haft und im Strafvollzug in Höhe von 100 000 Kčs in bar geleistet.¹²³ Den fünften Teil des Gesetzes bilden Schluss- und Übergangsbestimmungen.

5.2. Durchführung von Rehabilitierungen laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen am Beispiel der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten¹²⁴

Der Geltendmachung des Anspruches auf Entschädigung ging im Falle von Rehabilitierungen laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen genauso wie bei gerichtlichen Rehabilitierungen die Ausstellung einer Bescheinigung oder eines Zertifikates des zuständigen Organs der Staatsverwaltung darüber vor, dass die betroffene Person in ein Zwangsarbeitslager abgeschleppt wurde, dass sie ein Mitglied der technischen Hilfseinheit war oder dass sie vom Studium ausgeschlossen wurde. Die Vorgehensweise bei der Ausstellung von Bescheinigungen über Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus den im § 21 des Gesetzes genannten Gründen (ungültige Rechtshandlung) wird direkt im Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen geregelt. In bezug auf die Zwangsarbeitslager wurden die Bescheinigungen vom Innenministerium der Slowakischen Republik und in bezug auf die technischen Hilfseinheiten vom Verteidigungsministerium der Slowakischen Republik ausgestellt. Die Studienrehabilitierungen richteten sich nach den Anweisungen des zuständigen Ressortministers.¹²⁵

Im allgemeinen ging aus den Gesprächen mit den von mir befragten Personen – den ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten – hervor, dass die auf den ersten Blick einfache Vorgehensweise bei der Ausstellung von Bescheinigungen im Endeffekt gar nicht einfach war. Es ging um komplizierte administrative Handlungen, die in einigen Jahren mehrere Jahre dauerten. Ähnlich wie bei gerichtlichen Rehabilitierungen spielte auch in diesen Rehabilitierungsprozessen eine wichtige Unterstützerrolle im Bereich der Rechtsberatung der Slowakische Verband der militärischen Zwangsarbeitslager - technischer Hilfseinheiten, der ehemalige Mitglieder der technischen Hilfseinheiten versammelt. (Kľuska 2005, 50, auch Antworten von Dr. Kľuska auf Fragen, 17.8.2012) Die Vorgehensweise

¹²³ Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen in der Fassung des Gesetzes Nr. 267/1992 Slg., § 29 Abs. 5

¹²⁴ In diesem Teil gehe ich von Gesprächen mit Herrn Milan Mésároš vom 12.5.2012, mit Herrn „ZZ“ vom 4.8.2012 und von schriftlichen Antworten von Herrn Dr. František Kľuska (17.8.2012) aus, die ehemalige Mitglieder der technischen Hilfseinheiten sind.

¹²⁵ Gesetz Nr. 87/1991 Slg. über aussergerichtliche Rehabilitierungen, § 18 Abs. 3

begann mit der Stellung des Antrags auf Ausstellung der Bescheinigung. Bei negativer Stellungnahme des zuständigen Organs folgte dann das administrative Karussell. Die Person, die den Antrag stellte, war der aktive Teilnehmer und musste die Ableistung des Grundwehrdienstes in den technischen Hilfseinheiten beweisen. Organe, die diese Bescheinigungen ausstellten, waren im Grundsatz passiv und konkrete Personen in diesen Behörden waren relativ apathisch und lax. Eine der von mir befragten Personen erlebte grobes Benehmen, Schimpferei und Verspottung seitens der Person, die die Behörde vertrat. Ein weiteres Hindernis bei der Erledigung der Bescheinigung war die inkonsequente Archivierung von militärischen Dokumenten über technische Hilfseinheiten und auch ihre Vernichtung. Nicht zuletzt bestand das Problem auch darin, dass Personen, die diese Aufgaben erledigten, die gegenständliche Problematik nicht kannten und in einigen Fällen auch nicht fähig waren, grundlegende Begriffe zu differenzieren, was dazu führte, dass die Stellungnahme zum Antrag auf Ausstellung der Bescheinigung negativ war. Die Mitarbeiter wurden auf diese Aufgaben nicht ausreichend vorbereitet. Eine der von mir befragten Personen löste diese Probleme bei der Ausstellung der Bescheinigung durch Zufall. In einem Fall konnte man durch Zufall Tagesbefehle aus der technischen Hilfseinheit, in der die Person tätig war, finden, wobei aus diesen Einträgen klar hervorging, dass er dort Dienst leistete. Im anderen Fall konnte man beim Durchsuchen von alten persönlichen Dokumenten einen alten Militärausweis finden, in dem die Zuordnung dieser Person der Kategorie „E“¹²⁶ und somit zu den technischen Hilfseinheiten vermerkt war.

Probleme bei der administrativen Handlungen zur Erlangung der Bescheinigungen im Sinne des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen sowie apathische Einstellung und Ignoranz wurden auch von Herrn Július Bartl (2012, S. 9-18) bei der Erinnerung an den Fall von Emanuel Filo erwähnt, der während des totalitären Regimes als Professor aus der Medizinischen Fakultät der Comenius-Universität in Bratislava entlassen wurde. Die Rehabilitierungskommission der Medizinischen Fakultät reagierte weder auf zwei Anträge der Tochter von Professor Filo noch auf den zuletzt gestellten Antrag seines Sohnes. Die Akte fand ihren Platz im Archiv der Universität.

Die Ausstellung der Bescheinigung war der erste Schritt zur Erlangung der Entschädigung laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen. Falls die Bescheinigung nicht

¹²⁶ Dazu siehe Näheres im ersten Teil dieser Arbeit, Unterkapitel 1.2, Teil über technische Hilfseinheiten.

ausgestellt wurde, kamen die Erfüllung des Anspruches auf finanzielle Entschädigung und die Anrechnung der Dauer zum Zweck der Altersversorgung dar nicht in Frage.

Auf problematische Fragen bezüglich der Restitutionsansprüche laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen wies auch Dr. Böhm, der damalige Vorsitzende der Organisation „Slowakischer Nationaler Kongress“ in einem Interview für die Zeitung Republika (Jahrgang 1, 20.12.1993, Nr. 221, S. 6-7) hin. Das Wesen bestand in der Einführung der Abgabepflicht im Falle von Gerichtsverfahren über aussergerichtliche Rehabilitierungen. In der Zeit der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 87/1991 wurden alle Antragsteller in Streitigkeiten über Rückführung des Vermögens von der Zahlung der Gerichtsgebühren freigestellt. In der Novelle des Gesetzes über Gerichtsgebühren, konkret des Gesetzes Nr. 71/1992, erfolgte jedoch eine Änderung und die erfolglose Partei war plötzlich verpflichtet, Gerichtsgebühren in Höhe von 4% des bisherigen Wertes der Liegenschaften zu zahlen. Bei Berufung wurden die Gerichtsgebühren sogar verdoppelt. Dr. Böhm regte eine Novelle des Gesetzes über Gerichtsgebühren Nr. 89/93 an, dessen Lebensdauer nur drei Monate war! Die Gerichtsgebühren wurden in Restitutionsstreitigkeiten wieder eingeführt. Wiederholt wurde jedoch von einem Teil der Abgeordneten ein Gesetzesentwurf vorgelegt, laut dem jeder Antragsteller im Verfahren laut dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen von Gerichtsgebühren freigestellt werden sollte. Dr. Böhm wies auch auf die Gerichtspraxis beim Nachweis der Not und der auffallend unvorteilhaften Bedingungen hin, im Anschluss an § 6 ods. 1 c/ des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen. In diesen Fällen war die Einstellung der Gerichtspraxis sehr rigide und die komplexen Umstände wurden gar nicht berücksichtigt. Schriftliche Belege über den Verkauf aufgrund der Nötigung seitens des Nationalausschusses wurden gar nicht in Erwägung gezogen. Die auffallend unvorteilhaften Bedingungen der Bürger wurden nicht anerkannt, da der Preis der Liegenschaften im Hinblick auf die damals geltenden Vorschriften, deren Legitimität gerade das Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen anzweifeln sollte, als angemessen erachtet wurde.

5.3. Zusätzliche finanzielle Entschädigung für ehemalige Mitglieder der technischen Hilfseinheiten¹²⁷

Im Zusammenhang mit der Entschädigung als dem auf die Rehabilitierung folgenden Schritt muss in dieser Arbeit auch ein Kapitel über die finanzielle Entschädigung der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten angeführt werden. Bereits aus der erwähnten Analyse der Rehabilitierungsgesetze geht eindeutig hervor, dass der Gesetzgeber in den Fällen der Entschädigung der Geschädigten die Form der finanziellen Entschädigung und auch die Berücksichtigung bei der Altersversorgung gewählt hatte. Was die ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten angeht, muss hier erwähnt werden, dass der Gesetzgeber sie im Rahmen der finanziellen Entschädigung in Rehabilitierungsgesetzen vergessen hatte. Diese Tatsache wurde bei der Besprechung des Gesetzes über aussergerichtliche Rehabilitierungen vom Abgeordneten Benda festgestellt, der anführte, dass der Entwurf des Gesetzes bei den ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten keine finanzielle Entschädigung, sondern nur die Anrechnung der in den technischen Hilfseinheiten verbrachte Zeit zum Zweck der Altersversorgung vorsah.¹²⁸ Auf den Mangel, der im Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen entstand, haben die eigentlichen ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten im Zusammenhang mit dem Bericht über den Zustand der Entschädigung der Kommunismusopfer hingewiesen¹²⁹. Der genannte Bericht war für die ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten nicht von Vorteil, daher intervenierte Herr Dr. Kľuska in schriftlicher Form mit einer 10-Punkte-Begründung, um das Gegenteil zu erreichen.¹³⁰ Er wandte sich in einem Schreiben an die Abgeordneten des Nationalrates der Slowakischen Republik¹³¹ mit der Aufforderung zur konkreten

¹²⁷ In diesem Teil gehe ich überwiegend von den schriftlichen Antworten von Herrn Dr. František Kľuska aus, der ein ehemaliges Mitglied der technischen Hilfseinheiten ist, und der die Verabschiedung einer Rechtsnorm, die die finanzielle Entschädigung sicherstellen sollte, sowie ihre Novellierung anregte.

¹²⁸ Näheres siehe unter <http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83274>

¹²⁹ Der Bericht ist verfügbar unter wwwold.justice.sk/kop/pk/2004/pk04004_03.rtf.

¹³⁰ Anmerkungen von Herrn Dr. Kľuska gemeinsam mit der Begründung der Notwendigkeit der Entschädigung der Mitglieder der technischen Hilfseinheiten wurden in der Zeitschrift SPRAVODAJKA für ehemalige Mitglieder der militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 10, Juni 2004, Nr. 30, S. 4, veröffentlicht.

¹³¹ Die umfangreiche Korrespondenz zwischen Herrn Dr. Kľuska mit hohen Amsträgern, einschliesslich des erwähnten Schreibens an Abgeordnete, wurde in der Zeitschrift SPRAVODAJKA für ehemalige Mitglieder der

Stellungnahme, in der seine Anmerkungen berücksichtigt worden wären. Aufgrund dieser Anmerkungen wurde der legislative Prozess vorangetrieben und die Regierung der Slowakischen Republik beauftragte das Verteidigungsministerium der Slowakischen Republik mit der Vorbereitung und Vorlage eines Entwurfs des Gesetzes über einmaligen finanziellen Beitrag. Das Verteidigungsministerium arbeitete bei der Vorbereitung dieses Gesetzes mit den ehemaligen Mitgliedern der technischen Hilfseinheiten zusammen. Das Gesetz wurde vom Nationalrat der Slowakischen Republik am 1.12.2004 unter der Nummer 724/2004 Slg. (Kľuska 2005, 48-49) verabschiedet.

Mit der Zeit stellte sich heraus, dass die verabschiedete Rechtsnorm Mängel enthält. Diese wurden erneut von Herrn Dr. Kľuska zusammengefasst und mit enthüllten Dokumenten aus Militärarchiven dokumentiert und anschliessend wurde von ihm der Entwurf der Novelle des Gesetzes Nr. 726/2004 Slg. erarbeitet.¹³² Einerseits musste der Umkreis der berechtigten Personen, d.h. der Personen, die vom ehemaligen Regime als politisch unzuverlässig bezeichnet wurden, erweitert bzw. weiter definiert werden. Die ursprüngliche Fassung des Gesetzes berücksichtigte nämlich nicht reale Umstände der Abgrenzung dieses Begriffes bzw. waren diese mit der Zeit in vielen Fällen nur schwer nachweisbar. Auch in diesen Fällen wiederholten sich bei der Durchführung des Gesetzes Probleme mit Archivdokumenten. Zugleich war es notwendig, sich mit dem zeitlichen Aspekt der Existenz der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten auseinanderzusetzen, da die Höhe des finanziellen Beitrages von der in diesen Einheiten verbrachten Zeit abhängig war. Obwohl der 30. April 1954 im allgemeinen als Tag der Beendigung der Tätigkeit dieser Einheiten erachtet wird, so wie ich im ersten Teil dieser Arbeit anführte, geht aus den realen Geschichten und Erzählungen der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten hervor, dass sie in diesen Einheiten auch nach dem genannten Tag – trotz der Aufhebung der Kategorie "E" zum 30.4.1954 – tätig waren. Diese Tatsache wurde auch von konkreten Verteidigungsministern¹³³ mit folgender Begründung bestätigt: *„Baufirmen... ,in denen die Mitglieder der ehemaligen technischen Hilfseinheiten unter militärischer Aufsicht tätig waren, hätten sonst die geplanten*

militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 10, Dezember 2004, Nr. 31, veröffentlicht.

¹³² Der Entwurf des Gesetzes samt Begründungsbericht und entsprechender Korrespondenz mit dem Verteidigungsminister der Slowakischen Republik und den Abgeordneten des Slowakischen Nationalrates wurden in der Zeitschrift SPRAVODAJCA für ehemalige Mitglieder der militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 11, November 2005, Nr. 33, veröffentlicht.

¹³³ Ján Sitek und Andrej Čák – Antworten von Herrn Dr. František Kľuska (17.8.2012)

Baufgaben nicht erfüllen können (insbesondere auf militärischen Baustellen oder in Bergwerken)." (Antworten von Herrn Dr. Kluska vom 17.8.2012) Trotz dieser Stellungnahme des zuständigen Ressorts berücksichtigten die Verwaltungsangestellten, die die Anträge auf einmalige Zuschüsse bearbeiteten, diese Tatsachen nicht, daher musste die zeitliche Abgrenzung der Tätigkeit der ehemaligen Mitglieder der technischen Hilfseinheiten, von der die Dauer der anerkannten Tätigkeit sowie die Höhe des finanziellen Zuschusses, direkt ins Gesetz mittels der Novelle Nr. 612/2005 aufgenommen werden.

6. Gesellschaftliche Rehabilitierung

In diesem Teil der Arbeit gehe ich von der Analyse der Gespräche aus, die ich mit den Befragten führte. In der Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung hatten die während des totalitären Regimes verfolgten Personen grosse Erwartungen, die sie mit der im Jahre 1989 erworbenen Freiheit verbunden hatten. Die gesellschaftliche Rehabilitierung ist für die von mir befragten Personen keine Frage der Entscheidung bzw. des Beschlusses über Rehabilitierung, der Löschung des Strafregistereintrages und der finanziellen Entschädigung. Die Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung besteht für sie in der klaren Stellungnahme der Gesellschaft und des Staates zur Vergangenheit, d.h. zu den Taten des totalitären Regimes, und zu konkreten Personen. Das Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung strebte die moralische und gesellschaftliche Rehabilitierung der während des totalitären Regimes verfolgten Personen sowie die Ableitung der Verantwortung gegenüber konkreten Personen an. Die befragten Personen erwarteten im Zeitpunkt der Erlangung der Freiheit diese Wiedergutmachung. Es stimmt zwar, dass das sog. Lustrationsgesetz verabschiedet wurde, das die Bestrafung von Personen, die für die Verübung von gesetzeswidrigen Taten im kommunistischen Regime verantwortlich waren, ermöglichen sollte, doch das Gesetz hatte nur kurze Laufzeit und brachte keine Lösung. Mit dem Gesetz Nr. 553/2002 Slg. entstand das Institut des Volksgedächtnisses, dessen Aufgabe unter anderem darin bestand, Anträge auf die Strafverfolgung von Tätern zu stellen, die nazistische und kommunistische Verbrechen verübt hatten. Laut Ľubomír Morbacher¹³⁴ (2008, 77-80) regte das Institut des Volksgedächtnisses (ÚPN) die Einleitung der Strafverfolgungen in der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik an, wobei nur ein Fall vor dem Gericht, d.h. öffentlich, verhandelt wurde. Seitens des Staates fehlt der allgemeine Wille zur Lösung dieser Fragen bzw. zur Beschäftigung mit diesen Fragen bzw. zur Stellungnahme zur eigenen Vergangenheit. Das genannte Institut des Volksgedächtnisses wird insbesondere von politischen Häftlingen personalisiert und diese halten das Institut für „ihr“ Institut, das ihnen bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bzw. der Dokumentation ihres Leides helfen sollte. Im allgemeinen stellten sie jedoch fest, dass diese Aufgabe nicht erfüllt wird, das der politische Wille fehle¹³⁵.

¹³⁴ Verfügbar unter http://www.upn.gov.sk/publikacie_web/pamat-naroda/pamat-naroda-03-2008.pdf

¹³⁵ Zur Problematik des fehlenden Willens zur Auseinandersetzung bzw. Beschäftigung mit der Vergangenheit siehe z.B. das Interview mit František Neupauer, einem Mitarbeiter des Institutes In: Naše svedectvo, Jahrgang 11, 2010, März, April, Nr. 2, S. 5-9, und auch das Interview mit Patrik Dubovský, einem Mitarbeiter des

Ein weiteres Ergebnis der Analyse meiner Gespräche ist auch die Erkenntnis, dass die befragten Personen, wenn nicht alle, dann die meisten von ihnen, immer noch das Angstgefühl in sich tragen, das das totalitäre Regime begleitete. Dies ist einerseits die Folge der Tatsache, dass Angst Bestandteil ihres Benehmens ist, und zugleich der Tatsache, dass sie kein Vertrauen in die bisherigen Strukturen der Macht haben. Ihr Misstrauen geht aus der Tatsache hervor, dass sich die zuständigen Personen und der Staat bei ihnen nicht öffentlich entschuldigt hatten, wodurch die Stellungnahme zum ehemaligen Regime angedeutet bzw. abgegeben werden könnte. Daher haben sie das Gefühl der Angst und des Misstrauens, ob die Umwandlung der Struktur und des Personalapparates überhaupt möglich sind. Es ist in diesem Zusammenhang zu betonen, dass sie die Andeutung einer Änderung bereits in den 60er Jahren erlebt hatten, als die kurzfristige Welle der Erneuerungs- und Demokratisierungseuphorie in erneute Repressionen umschlug. Die Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung ist mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verbunden. (Veselská 2005b, 141). Seitens der ehemaligen politischen Häftlinge ist die Enttäuschung mit der Entwicklung nach der Wende spürbar. In hohe Staatsämter sind nämlich Personen zurückgekehrt, die dem ehemaligen Regime dienten, wobei die Einstellung der Gesellschaft dazu apathisch, lax und gleichgültig ist. (Veselská 2009, 336) Gerade dieses Verbleiben von ehemaligen Amtsträgern und die fehlende öffentliche Verurteilung des totalitären Regimes ruft bei den befragten Personen Enttäuschung sowie Angst und Misstrauen hervor.

Das erwähnte Institut des Volksgedächtnisses hätte zum Sichtbarwerden der verfolgten Personen beitragen sollen, doch diese Personen erwarteten von den hohen Amtsträgern die öffentliche Stellungnahme zu ihrem Leid. In bezug darauf, dass dies nicht geschah, präsentieren sie seit 1990 ihre Erinnerungen mittels der Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei (KPVS) durch die Herausgabe der Zeitschrift *Naše svedectvo*¹³⁶ (Unser Zeugnis), in der die Zeugnisse konkreter Personen über die Handlungen des totalitären Regimes dokumentiert werden. Die Konföderation der politischen Häftlinge der Slowakei organisiert unterschiedliche Veranstaltungen, die der breiten Öffentlichkeit zugänglich sind und an denen sie sich an das erfahrene Leid erinnern, sie bemühen sich um die Platzierung von Gedächtnistafeln und Mahnmalen, um somit ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu

Institutes In: *Naše svedectvo*, Jahrgang 11, 2010, Juli – August, Nr. 4, S. 5-12 und auch das Interview mit Dr. Vincent Samuely, einem ehemaligen politischen Häftling In: *Naše svedectvo*, Jahrgang 13, 2012, Juli – August, Nr. 4, S. 5-7.

¹³⁶ Der ursprüngliche Name der Zeitschrift war „*Svedectvo*“ (Zeugnis).

treten.¹³⁷ Das Wesen dieser Veranstaltungen besteht jedoch nicht darin, Hassgefühle zum Ausdruck zu bringen, sondern Erinnerungen an jüngere Generationen als einen Mahnruf für die Zukunft weiterzuleiten. Mit ihrer Einstellung zum totalitären Regime und ihrer friedlichen Rebellion trugen auch verfolgte Personen zum Fall des Regimes und zur Erlangung der Freiheit. Sie sind Zeugen und Helden ihrer Zeit. Die Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung besteht für sie in der Einstellung der Gesellschaft zu ihnen als Personen, die durch die erlebte Verfolgung und friedliche Rebellion an der Erlangung der Freiheit teil hatten. (Srholec, Anton, Rede, Leopoldov, 25.8.2012)

Die erlangte Freiheit wird von den verfolgten Personen nicht als Wort oder Selbstverständlichkeit, sondern als Ergebnis ihres Leides, ihrer Entbehrungen, Erniedrigung und Diskriminierung verstanden. Die Wahrnehmung der Freiheit als uferlosen Liberalismus¹³⁸ ohne Wahrnehmung der umgebenen Zusammenhänge und des Geschehens im Umfeld, so wie es in unserer Gesellschaft aus deren Perspektive geschieht, beunruhigt sie. Die unterschiedliche Wahrnehmung der Freiheit seitens der verfolgten Personen und der breiten Öffentlichkeit erfolgt laut meiner Ansicht auch aus dem Grund, dass die Öffentlichkeit die erlebten Geschichten der verfolgten Personen nicht kennt und dass die Freiheit für die Öffentlichkeit die gewöhnliche Bedeutung hat, d.h. sie ist für sie keine Besonderheit. Zum ähnlichen Schluss kam auch Sklaník (1993, 225), der anführte, dass die erlangte Freiheit insbesondere für Menschen, die überwiegend im totalitären Regime lebten und erwachsen wurden, keine besondere Bedeutung hat, da die eingefleischten Stereotypen aus der ehemaligen Zeit in Form von vorgetäuschter Absicherung, 100%-igen Beschäftigung und der allgemeinen Verfügbarkeit weiterhin bestehen und sie die neuen gesellschaftlichen Regeln, die nach dem Demokratisierungsprozess nach 1989 eintraten, nur schwer verstehen können. Gerade aus diesen Gründen sind die „alten Strukturen“ weiterhin lebendig und werden gefördert.

Hier komme ich zu Reserven im Bereich der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Die Unkenntnis des Wesens des Regimes und der imaginäre Charakter der Absicherung, die seitens des Staates zweckmässig präsentiert wurde, um das Regime zu erhalten, gehen meiner Ansicht nach aus der mangelnden Kenntnis der eigenen Geschichte

¹³⁷ Zur Tätigkeit und zum Statut der Konföderation der politischen Gefangenen der Slowakei siehe Näheres unter www.kpvs.sk.

¹³⁸ Die Redewendung „uferloser Liberalismus“ wurden in Abhängigkeit voneinander von mehreren Befragten im Zusammenhang mit dem Begriff „Freiheit“ verwendet.

und der mangelnden Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit hervor. Während des totalitären Regimes war die Freiheit keine Selbstverständlichkeit und Sachen, die für uns heute üblich oder sogar selbstverständlich sind, waren während des totalitären Regimes nur Traum. Ich bin der Ansicht, dass gerade die verantwortliche Einstellung zur erlangten Freiheit seitens der Gesellschaft für die verfolgten Personen gerade eine der Formen der gesellschaftlichen Rehabilitierung darstellen würde. Dies kann jedoch erst aufgrund der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit erfolgen, wenn das individuelle Gedächtnis der verfolgten Personen zum Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses als eines sozialen Phänomens wird, was heisst, dass jedes individuelle Gedächtnis kollektiv geprägt und räumlich und zeitlich an eine bestimmte soziale Gruppe gebunden ist. Dies kann jedoch erst dann eintreten, so wie es in seiner Theorie des kollektiven Gedächtnisses von Maurice Halbwachs im Werk „Les cadres sociaux de la mémoire“ (1925) erläutert wird, wenn die Erinnerungen in der Gegenwart kommuniziert werden und in sozialen Bezugsrahmen des Kollektivgedächtnisses verortet werden. Somit werden individuelle Erinnerungen und Zeugnisse von Zeitzeugen gleichzeitig kollektive Wahrnehmungs-, Erinnerungs- und Deutungsmuster. (Spiritova 2010, 37)

7. Conclusio

Die Aufgabe meiner Arbeit bestand darin, die Frage zu beantworten, in welcher Form und auf welche Art und Weise Personen, die während des totalitären Regimes in der Slowakei verfolgt wurden, rehabilitiert wurden, wie der Prozess ihrer Rehabilitierung war, welche Kategorien der verfolgten Personen rehabilitiert wurden und im Zusammenhang damit, ob ihre gesellschaftliche Rehabilitierung erfolgte.

Der Staat rehabilitierte die verfolgten Personen gerichtlich und aussergerichtlich. Diese Formen wurden von den einzelnen Formen der Verfolgung abgeleitet, die auch gerichtlich und aussergerichtlich waren.

Im Rahmen der gerichtlichen Rehabilitierungen wählte der Staat die Form von Verfahren ohne Antrag und von Prüfungsverfahren. Durch diese Rehabilitierungen erfolgte die gerichtliche Rehabilitierung der durch politische Prozesse betroffenen Personen, d.h. der politischen Häftlinge. Diese Rehabilitierungen bezogen sich daher nur auf diese Kategorie, doch der Vollständigkeit halber ist anzuführen, dass sich einzelne Kategorien gegenseitig überlappten, d.h. dass eine Person aus einer Kategorie der verfolgten Personen auch als politischer Häftling infolge der Tätigkeit des totalitären Regimes angesehen werden kann. Im Rahmen der gerichtlichen Rehabilitierungen wurden die ehemaligen politischen Häftlinge in Form von finanzieller Entschädigung und auch durch Anrechnung der in der Haft oder im Strafvollzug verbrachten Zeit zum Zweck der Altersversorgung entschädigt.

Was den Prozess der gerichtlichen Rehabilitierungen angeht, wurde dieser von den betroffenen Personen als rein formalistisch und anonym bezeichnet. Von einem Verwaltungsmitarbeiter des Gerichtes, das ihre Teilnahme an der Rehabilitierung feststellte, haben sie ein Blatt Papier bekommen und in der Frage der Höhe der Entschädigung wurde ein administratives Verfahren geführt. Sie erwarteten mehr Menschlichkeit und grössere Anerkennung des Leides: *„Wissen Sie, ich dachte, dass ich zumindest eine Blume bekomme, dass mir jemand die Hand schütteln und ein paar Worte sagen würde. Doch diese Erwartungen wurden nicht erfüllt.“* (Frau Vyskočilová, Interview vom 6. 8. 2012) Neben der Feststellung, dass die gerichtliche Rehabilitierung eine rein administrative Angelegenheit war, führten die von mir befragten Personen übereinstimmend an, dass die Rehabilitierungen spät erfolgten. Viele der verfolgten Personen überlebten nicht, sodass ihre Rehabilitierung von ihren Nachkommen erledigt wurden.

Auf Personen, die aussergerichtlich verfolgt wurden, bezog sich die aussergerichtliche Rehabilitierung nach dem Gesetz über aussergerichtliche Rehabilitierungen. In diesen Fällen wurden Bescheinigungen ausgestellt, aufgrund der die Entschädigung erfolgte. Wie bereits in den vorherigen Teilen meiner Arbeit angeführt, dauerte dieser Prozess, der auf den ersten Blick einfach aussieht, in realen Fällen mehrere Jahre. In diesen Fällen ging es um Verfahren, in denen die verfolgte Person immer aktiv sein musste. Das Gesetz übertrug auf ihre Schultern die Beweislast, genauso wie bei Verfahren ohne Antrag laut dem dritten Teil des Gesetzes über gerichtliche Rehabilitierungen. Während der Rehabilitierungsverfahren kamen die durch aussergerichtliche Rehabilitierungen betroffenen Personen in Kontakt mit den Vertretern von staatlichen Behörden, was dazu führte, dass die verfolgte Person in einigen Fällen auf den Rehabilitierungsprozess verzichtete: *„Wie war denn unser Vergehen oder gar Verbrechen – dass wir mit dem Bewusstsein des Freiheitsrechtes unsere Ansicht darüber präsentiert hatten, was geschieht, dass wir die Unordnung im öffentlichen Leben oder das unerhörte Unrecht kritisiert hatten??!! Und jetzt sollten die, deren Freiheit ungerechtfertigt getreten wurde, deren persönliche Ehre geschädigt wurde, trotz der heldenhaften Leistungen – um Gnade betteln und darum bitten, dass sie aus dem Schlamm gezogen werden??!! Im Gegenteil!! Diejenigen, die mit Unrecht andere zurückgestossen und niedergetrampelt haben - diejenigen sollten die Hand anbieten und nicht hochmütig und diktatorisch auf die einmal Zurückgestossenen und Niedergetrampelten mit dem Finger und den Worten zeigen: „und was wollen diese Leute noch jetzt ...“. Diese und ähnliche Verhaltensweisen erscheinen aus menschlicher und gesellschaftlicher Sicht als abwegig.“* (Antworten von Dr. Kluska, vom 17.8.2012) Wie aus den im zweiten Teil meiner Arbeit geschilderten legislativen Verfahren hervorgeht, waren gerade die verfolgten Personen die aktiven Parteien in den Prozessen der Rehabilitierung und der Entschädigung bzw. der Milderung der Folgen der Verfolgungen. Der Staat war immer nur ein passives Glied. Die Rehabilitierung wurde für die verfolgten Personen zu „einem Kampf nach einem Kampf“.

Rehabilitiert wurden alle Kategorien der verfolgten Personen, ausgenommen der Form der „Aktion B“ – der Säuberung von grossen Städten. Diese Personen waren Gegenstand der Rehabilitierungsverfahren. Diese Personen wurden im Gesetz über den unmoralischen und rechtswidrigen Charakter des kommunistischen Regimes erwähnt und aufgrund des Gesetzes Nr. 319/1991 Slg. wurde ihnen ein Restitutionsanspruch sowie finanzielle Entschädigung zuerkannt. Diese Kategorie von Personen wurde jedoch ausserhalb von Rehabilitierungsgesetzen behandelt.

Bei der Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung komme ich zum Begriff „Rehabilitierung“ zurück, der in der Einführung dieser Arbeit angeführt wird. Wenn wir als Rehabilitierung die Rückführung der Ehre, des guten Rufes bzw. Wiedergutmachung für jemanden, dem Unrecht zugefügt wurde, verstehen, dann muss ich in Verbindung mit der Art und Weise, der Form und der prozessrechtlichen Durchführung der Rehabilitierungen feststellen, dass infolge der Übertragung der Last zum Beweisen der „eigenen Unschuld“, der Anonymität und der Apathie seitens des Staates in Rehabilitierungsverfahren das Wesen dieses Begriffes nicht erfüllt werden konnte. Wie ich bereits im Kapitel über gesellschaftliche Rehabilitierung erwähnte, ist die Frage der gesellschaftlichen Rehabilitierung auch eine Frage der Auseinandersetzung des Staates mit der eigenen Verantwortung. Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Rehabilitierung haben wir jedoch hohe Schulden gegenüber den Personen, die während des totalitären Regimes verfolgt wurden. Wenn die gesellschaftliche Rehabilitierung geglückt wäre, dann hätte man auch die direkte Frage, auch wenn es eine rednerische Frage ist, beantworten, die von Herrn Srholec (Interview vom 18.07.2012) gestellt wurde: *„Wie kann man Tod rehabilitieren?“* Vielleicht dadurch, wenn der Tod der verfolgten Person – neben der Form des Rehabilitierungsbeschlusses – gesellschaftlich bedeutend geworden wäre, falls die Gesellschaft eine eindeutige Einstellung zum totalitären Regime in den Jahren 1948 – 1989 präsentiert hätte.

Bibliographie

Baláž, Anton

1991 Rehabilitácie po roku. /Rehabilitierungen nach einem Jahr In: Slovenský denník, Jahrgang 2, Nr. 177 (31. 7. 1991), S. 1-2.

Barnovský, Michal & Jan Pešek

2007 Medzníky „éry komunizmu“ v Česko(a)Slovensku. /Die Grenzsteine der „Ära des Kommunismus“ in Tschechien(und)Slowakei./ In: Zuzana Profantová (ed.): Malé dejiny veľkých udalostí III. Naratívna každodennosť v kontexte sociálno-historickej retrospektívy./ Die kleine Geschichte der grossen Ereignisse III. Die narrative Alltäglichkeit im Kontext der sozial-historischen Retrospektive./ Bratislava: Ústav etnológie slovenskej akadémie vied, Etnologické štúdie 14, S. 11-20.

Bartl, Július

2012 Chcel iba pomáhať /Er wollte nur helfen. In: Naše svedectvo, Jahrgang 13, 2012, Nr. 2, S. 9-18.

Bílek, Jiří & Karel Kaplan

1992 Pomocné technické prápory 1950-1954. Tábory nucené práce v Československu 1948-1954. /Technische Hilfsbataillonen 1950-1954. Zwangsarbeitslager 1948-1954./ Praha: Ústav pro soudobé dějiny ČSAV, svazek 3.

Bilík, René

2005 Začíname žiť – pokus o konštruovanie novej kultúrnej identity po roku 1948. / Wir fangen an zu leben – ein Versuch um die Konstruktion von der neuen kulturellen Identität nach dem 1948./ In: Zuzana Profantová (ed.): Malé dejiny veľkých udalostí I v Česko(a)Slovensku po roku 1948, 1968, 1989. /Die kleine Geschichte der grossen Ereignisse I in Tschechien (und) Slowakei nach dem Jahr 1948, 1968, 1989./ Bratislava: Ústav etnológie Slovenskej akadémie vied, Ústav pamäti národa, Etnologické štúdie 13, S. 82-104.

Dengler, Robert (Ed.)

1990 O procesoch a rehabilitáciách (1.) (Zpráva "Pillerovy komise" o politických procesech a rehabilitáciách v Československu v letech 1949 až 1968.) /Über die Prozessen und Rehabilitierungen (1.) (Der Bericht der „Piller-Kommission“ über den politischen Prozessen und Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1949 bis 1968./ Praha: Florenc.

Janík, Pavol

2003 História v krivom zrkadle. / Geschichte im Schiefsspiegel. In: Literárny týždenník, Jahrgang 16, 26.2.2003, Nr. 9, S. 10.

Janišová, Milena & Karel Kaplan

1995 Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948. Dokumentace. /Katholische Kirche und Landreform 1945 – 1948. Dokumentation./ Brno: DOPLNĚK pre Ústav pro soudobé dějiny.

Kaplan, Karel

1968 Znárodnění a socialismus. /Verstaatlichung und Sozialismus./ Praha: PRÁCE.

Kaplan, Karel

1986 Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954. München: Oldenbourg, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; Band 48.

Kaplan, Karel

1991a Československo v letech 1945-1948. 1. část. /Tschechoslowakei in dn Jahren 1948-1953. 1. Teil./ Praha: Státní pedagogické nakladatelství.

Kaplan, Karel

1991b Československo v letech 1948-1953. 2. část. Zakladatelské období komunistického režimu. /Tschechoslowakei in dn Jahren 1948-1953. 2. Teil. Grundzeitperiode des kommunistischen Regimes./ Praha: Státní pedagogické nakladatelství.

Kaplan, Karel

1992 Československo v letech 1953-1966. 3. část. Společenská krize a kořeny reformy. /Tschechoslowakei in dn Jahren 1953-1966. 3. Teil. Die Gesellschaftskrise und die Wurzeln der Reform./ Praha: Státní pedagogické nakladatelství.

Kaplan, Karel

1993 Politické perzekuce za komunistického režimu v Československu. In: *Soudní perzekuce politické povahy v Československu 1948-1989*. - Praha, USD AV CR, S. 6-52.

Kaplan, Karel & Pavel Paleček

2001 Komunistický režim a politické procesy v Československu. /Kommunistisches Regime und die politische Prozesse in der Tschechoslowakei./ Barrister & Principal.

Kaplan, Karel

2008 Druhý proces Milada Horáková a spol. – rehabilitační řízení 1968 – 1990. /Das zweite Prozess Milada Horáková und Co. – Rehabilitierungsverfahren 1968 – 1990. Praha: Nakladatelství Karolinum.

Kašlík, Jaroslav

2010 Ja, syn triednych nepriateľov. /Ich, der Sohn der Klassenfeinden. In: Naše svedectvo, Jahrgang 11, 2010, Nr. 5, S. 17-20.

Kiczko, Ladislav (et al.)

1997 Slovník spoločenských vied. /Wörterbuch der Sozialwissenschaften. Slovenské pedagogické nakladateľstvo.

KPuska, František

2004a Pravda o tzv. čiernych barónoch. /Die Wahrheit über den sog. schwarzen Baronen. In: Obrana, Jahrgang 12, 19.7.2004, Nr. 14, S. 24-25.

KPuska, František

2004b Fakty o tzv. čiernych barónoch. /Die Fakten über den sog. schwarzen Baronen. In: Naše svedectvo, Jahrgang 5, 2004, Nr. 6, S. 40-43.

KPuska, František

2005 Poznatky a skúsenosti bývalého „pétepáka“. /Erkenntnisse und Erfahrungen des ehemaligen „PTP“. In: Pavol Vitko a kol.: PTP. Poníženie a satisfakcia. / PTP. Erniedrigung und Satisfaktion. Bratislava: Ministerstvo obrany SR.

Korec, Ján Chryzostom

1990 Od barbárskej noci ... /Von der barbarischen Nacht. Bratislava: LÚČ.

Krčméry, Silvester

1995 ... to nás zachránilo. Brainwashing – vymývanie mozgu. / ... das hat uns gerettet. Brainwashing - Gehirnauswaschung. / Bratislava: LÚČ.

Lagová, Veronika (et al.)

2006 Smrť za mrežami. /Der Tot hinter den Gittern./ Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška.

Letz, Róbert & Jan Pešek

2004 Štruktúry moci na Slovensku 1948:1989. / Die Strukturen der Macht in der Slowakei 1948:1989. Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška.

Letz, Róbert

2006 231. http://www.upn.goc.sk/publikacie_web/pamat-naroda/pamat-naroda-02-2006.pdf (27.8.2012)

Migliorini, Aristid

2010 Až do tretieho kolena. /Bis ins dritte Knie./ In: Rudolf Dobiáš (ed.): Triedni nepriatelia III. Svedectvá o brutalite komunistického režimu /Die Klassenfeinde III. Die Zeugnisse über die Brutalität des kommunistischen Regimes./ Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška, S. 250-256.

Mišún, Ján

2010 Tri roky u PTP. /Drei Jahre bei PTP./ In: Rudolf Dobiáš (ed.): Triedni nepriatelia III. Svedectvá o brutalite komunistického režimu /Die Klassenfeinde III. Die Zeugnisse

über die Brutalität des kommunistischen Regimes./ Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška, S. 257-259.

Morbacher, Ľubomír

2008 Trestnoprávne vyrovnávanie sa s komunistickou minulosťou na Slovensku a úloha ÚPN v tomto procese. /Strafrechtliche Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Slowakei und die Aufgabe des ÚPN in diesem Prozess. In: Pamäť národa 2008, Nr. 3, s. 77-80, http://www.upn.gov.sk/publikacie_web/pamat-naroda/pamat-naroda-03-2008.pdf (27.8.2012)

Nováková, Katarína

2009 Transformačné procesy na Slovensku a ich odraz v agrárnej kultúre. /Die Transformationsprozesse in der slowakei und ihr Rückprall in der Agrarkultur./ In: Zuzana Profantová et. al.: Hodnota zmeny – zmena hodnoty. Demarkačný rok 1989. /Der Wert der Änderung – die Änderung des Wertes. Demarkationsjahr 1989./ Bratislava: ZING PRINT, S. 261-281.

Novosád, František

2004 Alchýmia dejín. Slovensko v dobe neurčitosti. /Alchimie der Geschichte. Slowakei in der Zeit der Unbestimmtheit./ IRIS.

Ondo, Ján

1996 Armáda bez zbraní. /Die Armee ohne Waffen./ Trnava: Spolok svätého Vojtecha.

Paríková, Magdaléna

2002 Od tradíciám k zmene – stredné vrstvy urbánneho spoločenstva na Slovensku v procese spoločensko-politických zmien 20. storočia. /Von Traditionen zum Wechsel – Mittelschichten der urbanen Gemeinschaft in der Slowakei im Prozess der gesellschaftspolitischen Änderungen./ In: Zita Škovierová (ed.): Tradícia a spoločensko-politické zmeny na Slovensku po 2. svetovej vojne. /Die Tradition und gesellschaftspolitische Änderungen in der slowakei nach dem 2. Weltkrieg./ Bratislava: STIMUL, Filozofická fakulta UK v Bratislave, Katedra etnológie a kultúrnej antropológie, S. 179-189.

Pešek, Jan

1998 Odvrátená tvár totality. Politické perzekúcie na Slovensku v rokoch 1948-1953. /Die abwendete Seite der Totalität. Die politischen Persekutionen in der Slowakei in den Jahren 1948-1953./ Bratislava: Nadácia Milana Šimečku.

Pešek, Jan

1999 Štátna bezpečnosť na Slovensku 1948 – 1953. /.../ Bratislava: VEDA vydavateľstvo Slovenskej akadémie vied.

Pešek, Jan

2000 Nástroj represie a politickej kontroly. Štátna bezpečnosť na Slovensku 1953 – 1970. /... / Bratislava: VEDA vydavateľstvo Slovenskej akadémie vied.

Pešek, Jan

2001 Slovensko v rokoch 1953 – 1957. Kapitoly z politického vývoja. /Slowakei in den Jahren 1953 – 1957. Die Kapitel der politischen Entwicklung./ Brno: Prius pre Ústav pro soudobé dějiny AV ČR v Praze.

Pešek, Jan

2002 Kolektivizácia a slovenská dedina. /Die Kollektivierung und das slowakische Dorf./ In: Zita Škovierová (ed.): Tradícia a spoločensko-politické zmeny na Slovensku po 2. svetovej vojne. /Die Tradition und gesellschaftspolitische Änderungen in der slowakei nach dem 2. Weltkrieg./ Bratislava: STIMUL, Filozofická fakulta UK v Bratislave, Katedra etnológie a kultúrnej antropológie, S. 7-23.

Pešek, Jan

2005a Slovensko na prelome 50. a 60. rokov. Politicko – mocenské aspekty vývoja. /Slowakei an der Wende des 50. und 60. Jahren. Machtpolitische Aspekte der Entwicklung./ Brno: Prius pre Ústav pro soudobé dějiny AV ČR v Praze.

Pešek, Jan

2005b Bývalí ľudia. /Die ehemaligen Menschen./ In: Bystrický, Valerián & Jaroslava Roguľová (eds.): Storočie propagandy. Slovensko v osídľach ideológií. /Das Jahrhundert der Propaganda. Slowakei in den Schlingen von Ideologien./ Bratislava: AEPress, s.r.o., S. 173-180.

Pešek, Jan

2005c Akcia B – vyst'ahovanie „štátno-nespoľahlivých osôb“ z veľkých miest. / Akcia B – Auszug von den „Staatunzuverlässigten Personen“ aus den grossen Städten. In: Naše svedectvo , Jahrgang 6, 2005, Nr. 2, S. 27-31.

Rašla, Anton

1968 Zákonný a reálny podklad rehabilitácií. Poznámky k zák. č. 82/1968 Zb. / Gesetzliche und reale Grundlage der Rehabilitierungen. Notizen zu dem Gesetz Nz. 82/1968 GBl. In: Právne obzory, roč. 10,1968, 884-891.

Ružbársky, Milan

1990 Odškodnenie nárokov podľa zákona o súdnej rehabilitácii (I. časť)/ Entschädigung von Ansprüchen nach dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung (Teil I) In: Justičná revue, Jahrgang 42, 1990, Nr. 6, S. 33-39.

Ružbársky, Milan

1991a Odškodnenie nárokov podľa Zákona o súdnej rehabilitácii (II. časť) (Entschädigung von Ansprüchen nach dem Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung (Teil II) In: Justičná revue, Jahrgang 43, 1991, Nr. 43, S. 35-38.

Ružbársky, Milan

1991b O novele Zákona o súdnej rehabilitácii (Über die Novelle des Gesetzes o gerichtliche Rehabilitierungen) In: Justičná revue, Nr. 43, 1991, Nr. 6-7, S. 47-50.

Skalník, Peter

1993 Socialism is dead and very much alive in Slovakia. In: C. M. Hann (ed.): Socialism. Ideals, ideologies, and local practice, London and New York: Routledge Press, S. 218 – 226.

Spiritova, Marketa

2010 Hexenjagd in der Tschechoslowakei: Intellektuelle zwischen Prage Frühling und dem Ende des Kommunismus. Köln; Wien [u. a.]: Böhlau.

Svák, Ján

1990 Niekoľko otázok na začiatok rehabilitácie (Einige Fragen zum Beginn der Rehabilitierung). In: Justičná revue, Jahrgang 42, 1990, Nr. 2, S. 1-6.

Šimečka, Milan

1979 Obnovení pořádku. Příspěvek k typologii reálného socialismu. /Wiederherstellung der Ordnung. Beitrag zur Typologie des realen Sozialismus./ Köln: INDEX, č. 5. řady DOBA, 1. vydanie.

Uher, Ján

2001 Zo zákulisia rehabilitácií. Tajomstvo Koldderovej Komisie. / Vom Hintergrund der Rehabilitierungen. Das Geheimnis der Kodlerkommission. Bratislava: Kaligram.

Veber, Václav

2010 O rehabilitacích a o tom, co s nimi souvisí. /Über Rehabilitierungen und was mit den zusammenhängt. In: Securitas Imperii, Jahrgang 16, 2010, Nr. 1, S. 10-29.

Veselská, Natália

2002 Vybrané aspekty sociálneho života v komunistickom totalitnom režime. /Ausgewählte Aspekten des sozialen Lebens im kommunistischen totalitären Regim./ In: Zita Škovierová (ed.): Tradícia a spoločensko-politické zmeny na Slovensku po 2. svetovej vojne. /Die Tradition und gesellschaftspolitische Änderungen in der slowakei nach dem 2. Weltkrieg./ Bratislava: STIMUL, Filozofická fakulta UK v Bratislave, Katedra etnológie a kultúrnej antropológie, S. 169-177.

Veselská, Natália

2005a Strach – nástroj moci. /Die Angst – Werkzeug der Macht./ In: Bystrický, Valerián & Jaroslava Roguľová (eds.): Storočie propagandy. Slovensko v osídlach ideológií. /Das Jahrhundert der Propaganda. Slowakei in den Schlingen von Ideologien./ Bratislava: AEPress, s.r.o., S. 181-188.

Veselská, Natália

2005b Svedectvo perzekvovaných. /Das Zeugnis der Verfolgten./ In: Zuzana Profantová (ed.): Melé dejiny veľkých udalostí I v Česko(a)Slovensku po roku 1948, 1968, 1989. /Die kleine Geschichte der grossen Ereignisse I in Tschechien (und) Slowakei nach dem Jahr 1948, 1968, 1989./ Bratislava: Ústav etnológie Slovenskej akadémie vied, Ústav pamäti národa, Etnologické štúdie 13, S. 136-142.

Veselská, Natália

2009 Sloboda a politickí väzni v Československu a na Slovensku. /Die Freiheit und die politische Häftlinge in der Tschechoslowakei und in der Slowakei./ In: Zuzana Profantová et al.: Hodnota zmeny – zmena hodnoty. Demarkačný rok 1989. /Der Wert der Änderung – die Änderung des Wertes. Demarkationsjahr 1989./ Bratislava: ZING PRINT, S. 321-343.

Vidra, Emil

1968 Dôstojní ľudia / Würdige Menschen. In: Kultúrny život, Jahrgang XXIII, 12.04.1968, Nr. 15

2001 Zločiny komunizmu na Slovenku 1948 – 1989 I. / Die Verbrechen des Kommunismus in der Slowakei 1948 – 1989 I./ Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška.

2001 Zločiny komunizmu na Slovenku 1948 – 1989 II. / Die Verbrechen des Kommunismus in der Slowakei 1948 – 1989 II./ Prešov: Vydavateľstvo Michala Vaška.

Žatkuliak, Jozef

1994 V mene zákonov a proti občanom? (Trestnoprávna právomoc národných výborov na Slovensku v rokoch 1950 – 1957). / Im Namen von den Gesetzen und gegen den Bürgern? (Die strafrechtliche Gerichtsbarkeit der Nationalausschüssen in der Slowakei in den Jahren 1950 – 1957)/. Bratislava: Slovak Academic Press.

Žatkuliak, Jozef

1997 Vonkajšie a vnútorné aspekty politických represálií na Slovensku. In: Armáda a spoločnosť na Slovensku v kontexte európskeho vývoja 1948-1968. Bratislava, Vojenský historický ústav MO SR 1997, s. 73-87.

8.1. Zeitschriften:

Naše svedectvo, Jahrgang 10, 2009, Nr. 5, S. 5

Naše svedectvo, Jahrgang 11, 2010, März, April, Nr. 2, S. 5-9

Naše svedectvo, Jahrgang 11, 2010, Juli – August, Nr. 4, S. 5-12
Naše svedectvo, Jahrgang 13, 2012, Juli – August, Nr. 4, S. 5-7
Národná obroda Jahrgang 1, 11.6.1990, Nr. 24, S. 12-13
Národná obroda, Jahrgang 2, (27.2.) 1991, Nr. 49, S. 8-9
Republika, Jahrgang 1, 20.12.1993, Nr. 221, S. 6-7
Justičná revue Jahrgang 42, 1990, Nr. 2,

SPRAVODAJCA für ehemalige Mitglieder der militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 10, Juni 2004, Nr. 30

SPRAVODAJCA für ehemalige Mitglieder der militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 10, Dezember 2004, Nr. 31

SPRAVODAJCA für ehemalige Mitglieder der militärischen Zwangsarbeitslager und der technischen Hilfseinheiten, Jahrgang 11, November 2005, Nr. 33

Bericht:

Der Bericht über dem Zustand der Entschädigung von den einzelnen Opfern des kommunistischen Systems, http://wwwold.justice.sk/kop/pk/2004/pk04004_03.rtf, 21.05.2012

Websites:

<http://www.upn.gov.sk/filmy/jan-kosut-1926> (27.5.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61108> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61102> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61104> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61105> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=61106> (18.8.2012)

www.kpvs.sk (28.4.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83259> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83260> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83259> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83260> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83263> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83264> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83271> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83274> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83276> (18.8.2012)

<http://www.nrsr.sk/dl/Browser/Document?documentId=83294> (18.8.2012)

wwwold.justice.sk/kop/pk/2004/pk04004_03.rtf (21.5.2012)

http://www.upn.gov.sk/publikacie_web/pamat-naroda/pamat-naroda-03-2008.pdf (27.8.2012)

Gespräche:

Herr Milan Mésároš, 12.5.2012, Trnava, Slowakei

Herr Anton Srholec, 18.7.2012, Bratislava, Slowakei
Herr Jaroslav Žilák, 1.8.2012, Trnava, Slowakei
Frau Brnušáková, 3.8.2012, Blatné, Slowakei
Herr „ZZ“, 4.8.2012, Bratislava, Slowakei
Frau Vyskočilová, 6.8.2012, Bratislava, Slowakei
Frau „XZ“, 7.8.2012, Bratislava, Slowakei
Frau Rábeková, 13.8.2012, Bratislava, Slowakei
Herr Dobiáš, 24.8.2012, Trenčinska Teplá, Slowakei
Frau Klasová, per E-mail
Herr František Kľuska, ausgearbeitete Antworten in eine schriftliche Form, persönlich abgegeben am 29.8.2012

Besuchte Veranstaltung:

Leopoldov am 25.8.2012 anlässlich einer pietätvollen Erinnerung an die ehemaligen politischen Häftlinge.

Unpublizierte Quelle:

Bachratý, Ján

2001 Z PTP do väzenia. Odsúdený A 05590 vystúpiť! /Aus PTP nach Gefängnis. Verurteilte A 05590 hervortreten!/ Zusammengeschrieben in Hrnčiarovce nad Parnou, unpubliziertes Werk.

R o z s u d o k .
V m e n e r e p u b l i k y !

Krajský súd v Bratislave v osobitnom senáte zloženom z predsedu dr. Jozefa Macura a sudcov dr. Júliusa Holuba a dr. Ivana Polačka v trestnej veci proti [redacted] a spol. pre tr. čin velezrady podľa § 78 ods.1,2 tr.zák. z r. 1950 a iné, na návrh [redacted] a [redacted] na preskúmanie právoplatného rozsudku Krajského súdu v Bratislave č. T 11/55 zo dňa [redacted] 1955 v súvislosti s rozsudkami Najvyššieho súdu č. T 11/56 zo dňa [redacted] 1956 a T 11/56 zo dňa [redacted] 1956 rozhodol na verejnom zasadnutí dňa [redacted] 1969

t a k t o :

Krajský súd podľa § 15 ods.1 písm.a/,b/ zák.č. 82/68 Zb. zrušuje rozsudok Krajského súdu v Bratislave č. T 11/55 zo dňa [redacted] 1955 v súvislosti s rozsudkami Najvyššieho súdu v Prahe č. T 11/56 zo dňa [redacted] 1956 a č. T 11/56 zo dňa [redacted] 1956 v odsudzujúcej časti ohľadom obvinených [redacted] a [redacted] ako aj ostatné súdne rozhodnutia obsahve na zrušenú časť uvedených rozhodnutí naväzujúce a obv. [redacted], nar. [redacted] vo [redacted], bytom [redacted], [redacted] ul.č. [redacted], ženatý, vedúci sklenárskej dielne a [redacted] obv. [redacted], rod. [redacted], nar. [redacted] vo [redacted], naposledy bytom [redacted], [redacted], ktorá zomrela dňa [redacted],

s ú v i n n í ,

že na jeseň 1953 v Pezinku prevzala na uschovanie a ukrytie od muža, pod krycím menom "Laco", ktorý sa im predstavil ako agent nepriateľskej zahraničnej rozviedky poverený organizovaním špiónážnej činnosti v Československej republike, niekoľko mikrofilmov, obsahujúcich pokyny k prevádzaniu špiónážnej činnosti na území republiky, ktorých ukrytie na povere svojho domu aj obv. Lukáč Satina zaobstaral,

t e d a

obv. [redacted] a obv. [redacted] úmyselne poskytli pomoc inému, kto vyzvedal štátne tajomstvo v úmysle vyzradiť ho cudzej moci,

č í m s p á c h a l i

obv. [redacted] a obv. [redacted] jednotlivé trestné činy pomoci k trestnému činu vyzvedačstva podľa § 7 ods.2 § 86 ods.1 tr.zák. č. 86/50 Zb.

Z a t o s a o d s u d z u j ú podľa § 7 ods.2, § 86 ods.1 tr.zák. č. 86/50 Zb. s použitím § 30 cit. zák.

obv. [redacted] k trestu odňatia slobody na dobu 4 rokov bezpodmienečne.

Obv. [redacted] k trestu odňatia slobody na dobu 4 rokov bezpodmienečne.

Naproti tomu krajský súd podľa § 17 ods.2 zák.č. 82/68 Zb. z dôvodov podľa § 226 písm. a/ tr.por.

o s l o b o d z u j e

obv. [redacted] spod obžaloby pre trestný čin velezrady, ktorého sa mal dopustiť tak, že v lete 1952 a na jeseň 1953 spolu s obv. [redacted], [redacted] a [redacted] v Pezinku, keď prišiel do osobného styku s agentom zradnej ľudáckej zahraničnej organizácie vyslaný na územie ČSR, prisľúbil tomuto spoluprácu pri vytvorení protištátnej ľudáckej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemokratické zriadenie republiky, pričom prevzal od uvedeného agenta rozvratné pokyny a písomný materiál slúžiaci k rozvratnej činnosti, ako aj spod obžaloby pre trestný čin skrátania dane podľa § 148 ods.1,2 písm a/,b/ tr.zák. z r. 1950, ktorého sa mal dopustiť tak, že v rokoch 1949 - 1952 pri rôznych odpredajoch a kúpach rozličných nehnuteľností ukrátil štát na daniach, dávkach a poplatkoch spolu čiastkou 29.549,6 Kčs v novej mene.

Obv. [redacted] spod obžaloby pre trestný čin velezrady, ktorého sa mala dopustiť tak, že v lete 1952 a na jeseň r.1953 spolu s obv. [redacted], [redacted] a [redacted] v Pezinku, keď prišla do osobného styku s agentom zradnej ľudáckej zahraničnej organizácie vyslaným na územie ČSR, prisľúbila tomuto spoluprácu pri vytvorení protištátnej ľudáckej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemo-

kratické zriadenie, pričom prevzala od uvedeného agenta rozvratné pokyny a písomný materiál slúžiaci k rozvratnej činnosti.

Obv. [redacted], nar. [redacted] v Pezinku bytom [redacted], ul. [redacted], ženatého, zásobovača, spod obžaloby pre trestný čin velezrady, ktorého sa mal dopustiť tak, že na jeseň r.1953 v Pezinku, spolu s obv. [redacted], [redacted] a [redacted], keď prišiel do osobného styku s agentom zradnej ľudáckej zahraničnej organizácie vyslaný na územie CSR, prisľúbil tomuto spoluprácu pri vytvorení protištátnej ľudáckej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemokratické zriadenie republiky, pričom prevzal od uvedeného agenta rozvratné pokyny a písomný materiál slúžiaci k rozvratnej činnosti a spod obžaloby pre trestný čin vyzvedačstva, ktorého sa mal dopustiť tak, že súc [redacted] zoznámený s agentom nepriateľskej zahraničnej rozviedky na jeseň r. 1953 prisľúbil mu špionážnu spoluprácu a podal mu špionážne správy hospodárskeho rázu.

Obv. [redacted], nar. [redacted] vo [redacted], bytom [redacted], ul. [redacted] č. [redacted] vydatú, domácu, spod obžaloby pre trestný čin neoznámia trestného činu, ktorého sa mala dopustiť tak, že v lete r.1952 a na jeseň r. 1953 sa dozvedela o d [redacted] [redacted], že bol vyhľadaný agentom, ktorý bol na územie CSR vyslaný zo zahraničia zradnou ľudáckou separatistickou skupinou zá účelom organizovania rozvratnej a špionážnej činnosti a prípad neoznámila príslušným úradom.

Obv. [redacted], nar. [redacted] v [redacted], ženatého, robotníka, spod obžaloby pre trestný čin velezrady a nadržovania, ktorých sa mal dopustiť tak, že na jeseň r. 1953 s obvinenými [redacted], [redacted] a [redacted] v Pezinku, keď prišiel do osobného styku s agentom zradnej ľudáckej zahraničnej organizácie vyslaný na územie CSR, prisľúbil tomuto spoluprácu pri vytvorení protištátnej ľudáckej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemokratické zriadenie republiky, pričom prevzal od uvedeného agenta rozvratné pokyny a písomný materiál slúžiaci k rozvratnej činnosti a že v lete 1952 a v apríli 1953 v Trenčianskych Tepliciach poskytol Jánovi Krivému po dobu 4 dní ubytovanie a stravu, hoci vedel, že Ján Krivý je stíhaný bezpečnosťou pre spáchaný trestný čin a pred bezpečnosťou sa ukrýva a

obv. [redacted], nar. [redacted] v [redacted], bytom [redacted], ul. [redacted] č. [redacted] ženatého, dôchodcu, spod obžaloby pre trestný čin

neoznámia trestného činu, ktorého sa mal dopustiť tak, že v lete r. 1952 a na jeseň r. 1953 sa dozvedel od [REDAKOVANÉ], že bol vyhľadovaný agentom, ktorý bol na územie ČSR vyslaný zo zahraničia zradnou ľudáckou separatistickou skupinou za účelom organizovania rozvratnej a špiónážnej činnosti a prípad neoznámil príslušným úradom.

O d ô v o d n e n i e :

Krajský súd v Bratislave rozsudkom č. [REDAKOVANÉ]/55 zo dňa [REDAKOVANÉ] 1955 uznal obvinených [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] i [REDAKOVANÉ] vinnými, že [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] v lete 1952 a na jeseň 1953 a [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] na jeseň v r. 1953 v Pezínku prišli do osobného styku s agentom zradnej ľudáckej zahraničnej organizácie vyslaným na územie Československej republiky, prisľúbili tomuto spoluprácu pri vytvorení protištátnej ľudáckej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemokratické zriadenie republiky, pričom [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] prevzali od uvedeného agenta rozvratné pokyny a písomný materiál, slúžiaci k rozvratnej činnosti. Okrem toho [REDAKOVANÉ] bol uznaný vinným, že v r. 1952 a 1953 v Trenčianskych Tepliciach pomáhal v protištátnej činnosti rehoľnému kňazovi Piusovi Krivému tým, že poskytol tomuto úkryt ako aj stravu niekoľko dní a tak mu umožnil pokračovať v jeho rozvratnej činnosti. Napokon obv. [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] uznal krajský súd vinnými, že jednak v lete r. 1952 ako aj v jeseni r. 1953 boli v styku s agentom nepriateľskej zahraničnej rozviedky a poskytovaním mu bytu a stravy, umožnili tomuto prevádzať na území Československej republiky špiónážnu činnosť a že [REDAKOVANÉ] prisľúbila agentovi získanie ďalších osôb k takejto činnosti, čo aj uskutočnila. Obvinený [REDAKOVANÉ], súc [REDAKOVANÉ] zoznámený s uvedeným agentom na jeseň r. 1953 prisľúbil mu špiónážnu spoluprácu a podal mu špiónážne správy hospodárskeho rázu. Obv. [REDAKOVANÉ] uznal krajský súd tiež vinným, že v r. 1949 - 1952 pri rôznych odpredajoch a kúpach rozličných nehnuteľností ukrátil štát na daniach, dávkach a poplatkoch, spolu čiastkou 29.549,60 Kčs v novej mene. Obv. [REDAKOVANÉ] krajský súd uznal vinným, že na jeseň 1953 sa dozvedel od [REDAKOVANÉ], že tento bol vyhľadovaný

agentom, ktorý bol na územie Československej republiky vyslaný zo zahraničia zradnou ľudáckou separatistickou skupinou za účelom organizovania rozvratnej a špionážnej činnosti a prípad neoznámil príslušným úradom.

Krajský súd kvalifikoval činnosť [redacted] ako trestný čin velezrady podľa § 78 ods.1 písm.c/ ods.2 písm.a/,b/ tr.zák. z r. 1950, trestný čin pomoci k trestnému činu vyzvedačstva podľa § 7 ods.2, § 86 ods.1,2 písm.b/ tr.zák. z r. 1950 a trestný čin skrátania dane podľa § 148 ods.1,2 písm.a/,b/ tr.zák. z r. 1950 a uložil mu trest odňatia slobody na dobu 15 rokov, prepadnutie celého majetku, ďalej vedľajší trest peňažitý v čiastke 10.000,- Kčs a vyslovil u obv. stratu čestných práv občianskych. Činnosť [redacted]

[redacted] krajský súd kvalifikoval ako trestný čin velezrady podľa § 78 ods.1 písm.c/ ods.2 písm.a/,b/ tr.zák. z r. 1950 a trestný čin vyzvedačstva podľa § 86 ods.1,2 písm.a/,b/ tr.zák. z r. 1950 a uložil jej trest odňatia slobody na dobu 13 rokov, prepadnutie majetku a vyslovil u nej stratu čestných práv občianskych. Činnosť obv. [redacted]

[redacted] krajský súd kvalifikoval ako trestný čin velezrady podľa § 78 ods.1 písm.c/ ods.2 písm.a/,b/ tr.zák. a trestný čin vyzvedačstva podľa § 86 ods.1,2 písm.a/b/ tr.zák. a uložil mu trest odňatia slobody na dobu 12 rokov a vyslovil u neho prepadnutie majetku a stratu čestných práv občianskych. Činnosť [redacted] kvalifikoval ako trestný čin velezrady podľa § 78 ods.1 písm.c/ ods.2 písm.a/,b/ tr.zák. z r. 1950 a trestný čin pomoci k trestnému činu velezrady podľa § 7 ods.2, § 78 ods.1 písm.c/ tr.zák. a uložil mu trest odňatia slobody na dobu 10 rokov ako aj u neho vyslovil prepadnutie polovice majetku a stratu čestných práv občianskych. Napokon činnosť obv. [redacted] kvalifikoval ako trestný čin neoznámeneho trestného činu podľa § 165 ods.1 tr.zák. z r. 1950 a uložil mu trest odňatia slobody v trvaní 2 rokov.

V odôvodnení svojho rozsudku krajský súd konštatoval, že z výpovedí obv. a z oboznámeného dôkazného materiálu vyplýva, že v le-tných mesiacoch r.1952 prišiel agent pod menom "Laco", vyslaný zo zahraničia skupinou Ďurčanského, k obv. [redacted]. Spolu s ním išiel ku [redacted] a odovzdal jej list od [redacted], ktorý ilegálne odišiel v r. 1949 do zahraničia a s ktorým si [redacted] do-

pisovala. Agent oboznámil [redacted] a [redacted] s tým, že prišiel na územie republiky získavať špionážne správy a požiadal ich o pomoc v tomto smere. Obvinení [redacted] a [redacted] prisľúbili agentovi pomoc pri získavaní ľudí pre rozvratnú prácu. Ďalej podľa dôvodovej časti rozsudku krajského súdu v októbri 1953 uvedený agent znova prišiel k [redacted], viedol s ním protištátne úvahy a požiadal ho o spoluprácu v špionážnej činnosti. Keďže obv. [redacted] nemal možnosť získavať pre špionážnu činnosť vhodných ľudí, agent túto činnosť po ňom ďalej nežiadal. [redacted] však vedel o špionážnej činnosti agenta na území republiky, napriek tomu mu po niekoľko dní v r. 1952 i 1953 poskytol ubytovanie a stravu. V jeseň 1953 agent v byte obv. [redacted] odovzdal [redacted] niekoľko mikrofilmov s upozornením, aby ich dobre uschoval, lebo sa jedná o veľmi dôležitý materiál. Asi o 2 týždne potom obv. [redacted] prevzal od obv. [redacted] 3 preukazy vystavené slovenskou emigráciou v zahraničí, viacero kusov poštových známok s označením Slovenská republika, vydaných Turčanského emigračnou skupinou v zahraničí, ktoré uschoval na povale svojho domu. Krajský súd ďalej konštatoval, že obv. [redacted] na základe pokynov, ktoré mu dal agent, snažil sa získavať ďalšie osoby pre rozvratnú činnosť, a to v októbri 1953 svojho suseda [redacted]. Napokon krajský súd konštatoval, že obv. [redacted] v r. 1949 a v r. 1950 kúpil a predal nehnuteľnosti, v kúpnych zmluvách však v rozpore so skutočným stavom. Uviedol nižšie ceny v úmysle ukrátiť štát na daniach, dávkach a poplatkoch. Išlo o kúpne zmluvy s [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted].

Ohľadne [redacted] krajský súd konštatoval, že prvýkrát prišla do styku s agentom v letných mesiacoch v r. 1952, prisľúbila mu pomoc pri získavaní špionážnych správ a poskytla mu ubytovanie a stravu. Podobne v septembri 1953 opäť poskytla agentovi na svojom byte ubytovanie i stravu po dobu asi 5 dní. Počas svojho ubytovania u obv. [redacted] agent odchádzal na neznáme miesta za účelom špionážnej činnosti. Nakoľko agent žiadal od [redacted] sprostredkovanie spolupráce s osobami nepriateľsky zameranými proti štátnemu zriadeniu, obv. [redacted] mu sprostredkovala styk s obv. [redacted] a [redacted] informovala o tom, že v jej byte sa nachádza agent cudzej spravodajskej služby poverený úlohami na území Československej republiky.

████████ sa potom zdôveril agentovi, že má záujem na ilegálnom odchode do zahraničia, čo mu agent prisľúbil pod podmienkou, že ██████████ s ním bude napred špionážne spolupracovať. Obv. ██████████ agentovi spoluprácu prisľúbil. Keď na druhý deň opäť stretol sa s agentom, tento mu oznámil, že ho zahlásil v zahraničí ako osobu, ktorá bude podávať špionážne správy. Oznámil ██████████ aj krycie meno a číslo. Obv. ██████████ podľa záverov krajského súdu skutočne aj začal vyzvedačskú činnosť vykonávať a vyzradil agentovi údaje o pomeroch v JRD v Pezinku ako aj o plnení plánu v Pezinskej tehelni.

Ohľadom ██████████ krajský súd konštatoval, že tento obv. prišiel v septembri 1953 navštíviť ██████████, u ktorého sa stretol s agentom cudzej moci a dal sa s ním do rozhovoru, keď pred tým bol ██████████ informovaný o poslaní a úlohách agenta. Agent ho potom sám informoval o svojej činnosti a obv. ██████████ s jeho činnosťou súhlasil a prisľúbil mu poskytnutie nocľahu. Okrem toho po dobu asi 4 dni obv. ██████████ poskytol v r. 1952 a 1953 vo svojom byte ubytovanie a stravovanie reakčnému kňazovi ██████████, ktorý sa ukrýval pred bezpečnosťou súc. štátneho. haný preto, že vyvíjal nepriateľskú činnosť voči socialistickému zriadeniu. Ohľadom obv. ██████████ krajský súd konštatoval, že tento bol na jeseň v r. 1953 vyhľadaný obv. ██████████, ktorý ho aj informoval o prítomnosti agenta na území republiky, ako aj o zámeroch, činnosti a poslaní agenta u nás. Obv. ██████████ síce v danej súvislosti neprisľúbil žiadnu spoluprácu pri protištátnej činnosti, avšak na kompetentných miestach neoznámil skutočnosti, ktoré sa dozvedel. Napokon ohľadom obv. ██████████ krajský súd konštatoval, že táto sa dozvedela, od svojho manžela i od ██████████, že na územie republiky prišiel neznámy muž za účelom ilegálnej činnosti, tieto skutočnosti však neoznámila povereným orgánom.

Najvyšší súd rozsudkom č. ██████████ To ██████████/56 zo dňa ██████████ 1956 zamietol odvolanie obv. ██████████ osvojujúce si v podstate závery prvostupňového súdu, Konštatoval, že obv. ██████████ na odvolacom pojednávaní poprel správnosť obsahu zápisnice o hlavnom pojednávaní, poukázal však na okolnosť, že obv. ██████████ aj pred druhostupňovým súdom doznať, že agent ho nahováral k spolupráci v špionážnej službe, že ho zahlásil do zahraničia ako spolupracovníka v tejto službe, oznámil mu aj krycie meno a číslo a poučil ho, ako má na cigaretové papierky písať špionáž-

ne správy. Najvyšší súd poukázal tiež na doзнание obv. [redacted] na odvolacom pojednávaní, že agenta navštívil 2-krát, pričom nevedel vysvetliť, prečo agenta navštívil aj druhýkrát, keď s ním nechcel spolupracovať. Najvyšší súd vychádzal zo zápisnic o výsluchu obv. [redacted] v administratívnom konaní a na hlavnom pojednávaní i z výpovedi [redacted] a [redacted]. Nepovažoval obhajobu obv. [redacted] za vieryhodnú, keďže agent by obv. neprezradil o svojej činnosti mnohé významné údaje, ak by nemal istotu, že obvinený bude s ním spolupracovať, alebo ak by obvinený nebol aspoň prejavil úmysel nadviazať s agentom spoluprácu.

Ďalším rozsudkom č. [redacted] To [redacted]/56 zo dňa [redacted] 1956 Najvyšší súd na odvolanie obvineného zrušil prvostupňový rozsudok ohľadom obv. [redacted] a vo výroku o vine, pokiaľ tento obv. bol uznaný vinným trestným činom pomoci k trestnému činu velezrady podľa § 7 ods.2, § 78 ods.1 písm. c/ tr.zák. a obv. [redacted] namiesto zrušenej časti uznal vinným tr.činom nadržovania podľa § 163 ods.1 tr.zák. preto, že v lete 1952 a v apríli 1953 v Trenčianskych Tepliciach poskytol [redacted] asi po dobu 4 dní ubytovanie a stravu, hoci vedel, že [redacted] je stíhaný bezpečnosťou pre spáchaný tr.čin a pred bezpečnosťou sa ukrýva, teda páchatelovi tr.činu pomáhal v úmysle umožniť mu, aby unikol trestnému stíhaniu. Najvyšší súd uložil obv. [redacted] nový trest vo výmere 4 rokov odňatia slobody a vyslovil u neho prepadnutie 1/4 majetku i stratu čestných práv občianskych. Najvyšší súd konštatoval, že v danom prípade nebolo preukázané, že by v čase, keď obv. Jakubček poskytoval kňazovi [redacted] ubytovanie a stravovanie, tento kňaz vykonával takú činnosť, ktorú by bolo možno označiť za velezradné konanie, alebo že by takú činnosť zamýšľal ešte vykonávať a že obv. [redacted] o tom vedel. Najvyšší súd poukázal na obsah výpovede samotného [redacted], podľa ktorej obvinený vedel len o tom, že [redacted] sa ukrýva pred bezpečnosťou, ale nič iné. V danej súvislosti Najvyšší súd poukázal na tvrdenie obv. [redacted], že myslel, že [redacted] ako kňaz mal asi ostrejšiu kázeň a že tým spáchal tr.čin. Z toho odvolací súd usudzoval, že obv. [redacted] podľa svojho subjektívneho presvedčenia vedel o tom, že [redacted] spáchal prinajmenšom tr. čin poburovania proti republike podľa § 81 tr.zák. Naproti tomu skutočnosť, že by sa bol obvinený dozvedel o velezradnej činnosti kňaza [redacted] nebola

podľa Najvyššieho súdu preukázaná.

Navrhovatelia [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] v mene zomrelej dcéry [REDAKOVANÉ] žiadali o preskúmanie hore uvedených súdnych rozhodnutí v zmysle zák. č. 82/68 Zb. o súdnej rehabilitácii, navrhli pôvodné rozhodnutia zrušiť a oby. [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ] a [REDAKOVANÉ] spod obžaloby oslobodiť.

Navrhovateľ [REDAKOVANÉ] uviedol, že po svojom zaistení bol podrobený psychickému nátlaku a pod jeho vplyvom podpísal vyšetrovacie zápisnice. Uviedol, že jeho výsluchy boli veľmi časté a namáhavé, pričom mu vyšetrojúce orgány vyhrážali násilím nielen proti jeho osobe, ale i represáliami proti jeho rodine. Zápisnice o výsluchu navrhovateľa boli koncipované orgánmi bezpečnosti a predložené mu k podpisu. Navrhovateľ podľa svojho tvrdenia musel sa so zápisnicami oboznámiť a vypovedať v duchu ich obsahu aj pred súdom. V skutočnosti bolo podľa navrhovateľa pravdou len to, že na jeseň 1953 ho navštívil mladý muž, ktorý sa predstavil pod menom Laco a tvrdil, že prichádza z Viedne od príbuzných obv. [REDAKOVANÉ]. Navrhovateľ, ktorý mal spoločný dvor s [REDAKOVANÉ], zoznámil agenta s [REDAKOVANÉ]. Neskôršie uvedený cudzí muž, keď zostal s obv. [REDAKOVANÉ] osamote, hovoril mu, že prišiel zo západu a že má organizovať vyzvedačskú činnosť. V tejto súvislosti sa obrátil o pomoc aj na navrhovateľa, navrhovateľ však odmietol akúkoľvek spoluprácu s ním. Podľa svojho tvrdenia navrhovateľ nevedel o čom hovoril agent s [REDAKOVANÉ], ani sa nesnažil získať pre agenta do jeho špionážnej siete ďalších ľudí. Pri vyšetrovaní sa orgány bezpečnosti pýtali navrhovateľa podľa jeho tvrdenia len na to, s ktorými osobami sa stýkal, resp. ktoré osoby poznal a keď navrhovateľ uviedol, že sa len poznal s [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ], [REDAKOVANÉ] a inými, vyšetrojúce orgány bez ďalšieho predpokladali, že navrhovateľ uvedené osoby získaval pre špionážnu činnosť. Takúto činnosť však navrhovateľ dôrazne poprel. Prípustil, že agent nepriateľskej rozviedky opakoval svoju návštevu asi o týždeň, nechal u [REDAKOVANÉ] balíček, ktorý na žiadosť [REDAKOVANÉ] navrhovateľ uschoval. Vedel, že ide o vrecúško od agenta Laco, že je tam dôležitý materiál, s ktorým sa však bližšie neoboznámil. S agentom neudržiaval žiadne spojenie a nebol mu známy žiadny výhrážny list, ktorý koncipovala avšak nedoslala [REDAKOVANÉ] a ktorý mal byť

zaslaný miestnemu funkcionárovi KSČ. [redacted] odhovárať od spolupráce s agentom a sám sa nechcel do žiadnej činnosti protištátneho obsahu zapojiť, ani sa do nej nezapojil. Agentu neoznámil bezpečnostným orgánom, pretože nechcel uškodiť svojej švagrinej Galvánkovej. Ohľadom majetkového deliktu prehlásil, že kúpne zmluvy, ktoré uzavrel, obsahovali vo svojom písomnom vyhotovení iba tie ceny, ktoré v skutočnosti boli medzi stranami dojednané a vyplatené.

Navrhovateľka [redacted] uviedla, že pri výsluchu pred orgánmi bezpečnosti podľahla strachu a pod jeho vplyvom podpísala administratívne zápisnice podľa želania bezpečnostných orgánov a neobránila sa s obsahom zápisníc. Uviedla, že jej bolo vyhrázané, že ak nepodpíše zápisnice, bude odvezená do Bratislavy a výsluchy budú trvať dlhšie. Mala doma 3 maloleté deti vo veku 6, 8 a 10 rokov, o ktoré sa nemal kto starať. Navrhovateľka pripustila, iba to, že v skutočnosti k jej sestre [redacted] prišiel začiatkom jesene - na príslušný rok sa už nepamätá mladý muž, ktorý u nej aj býval a spal. Bol aj v byte navrhovateľky, ktorá mu dala obed. Nezhovárala sa s ním však, nevedela odkiaľ prišiel a aké je jeho poslanie. Navrhovateľka sa nepamätá na bližšie podrobnosti a tvrdí, že vrecúško, ktoré bolo neskôršie pri prehliadke ich domu bezpečnostnými orgánmi nájdené, uschoval na povale jej manžel a sama nemala vôbec vedomosť o obsahu tohoto vrecúška. Až po prehliadke vykonanej orgánmi bezpečnosti sa dozvedela, že vo vrecúšku boli mikrofilmy slúžiace k špionážnej činnosti.

Navrhovateľ [redacted] uviedol, že vo vyšetrovacej väzbe podľahol psychickému násiliu a v depresii, keď mu bolo vyhrázané aj fyzickým násilím, podpísal zápisnice, ktorých obsah nezodpovedal skutočnosti. Pred hlavným pojednávaním mu zápisnice boli predložené k nahliadnutiu a orgány bezpečnosti mu dôrazne prikázali, aby na hlavnom pojednávaní vypovedal v zmysle obsahu týchto zápisníc. Až na odvolacom pojednávaní sa navrhovateľ pokúsil aspoň do istej miery objasniť skutočný stav vecí. Podľa tvrdenia navrhovateľa, [redacted] ho v r. 1952 prišla vyvolať z bytu a hovorila mu, že prišiel jeden človek z Viedne, ktorý by ho mohol previesť do zahraničia. Navrhovateľ zostal prekvapený, nakoľko do zahraničia, kde bola jeho rozvedená manželka, odísť nechcel a žil v usporiadanom manželstve s druhou ženou. S agentom Lacom sa stretol na byte Galvánkovej. išlo o mladého človeka, kt

rý hovoril, že prichádza zo zahraničia, pracuje v špiónážnych službách pre cudziu mocnosť a snažil sa navrhovateľa pre takú činnosť získať. Navrhovateľ uvedenému mužovi nič nesľúbil, žiadnu spoluprácu s ním nerozvinul a nezískaval pre neho žiadne špiónážne údaje. Navrhovateľ zdôraznil, že uvedený muž zdal sa mu podozrivý a prehovoril na neho v anglickom jazyku. Zistil, že cudzí muž nevedel anglicky a že neovládal ani nemecký jazyk. Správanie sa uvedeného muža javilo sa navrhovateľovi naivné a domnieval sa, že ide o provokatéra, ktorý sa mal pokúsiť vyzvedieť, či navrhovateľ bude ochotný vykonávať nejakú aktívnu protištatnú činnosť. Navrhovateľ poukázal na okolnosť, že so [redacted] a [redacted] sa o cudzom mužovi, ktorý sa predstavil ako agent cudzej mocnosti, nikdy nevyprával a nevedel, že neznámy muž ponechal u [redacted] aj nejaký špiónážny materiál na uschovanie. Navrhovateľ zdôraznil, že so [redacted] sa prvýkrát stretol až na hlavnom pojednávaní; [redacted] je svojou povahou veľmi uzavretá, nikdy s ňou bližšie nerozprával a pokiaľ ide o Galvánkovú, sprostredkovala jeho styk s "Lacom" len s odôvodnením, že predpokladala záujem navrhovateľa odísť do zahraničia a že "Laco" by to mohol sprostredkovať. Navrhovateľ zdôraznil, že ani [redacted] nehovorila, že Laco je agent západných mocností a dopúšťa sa v republike protištatnej činnosti.

Navrhovateľ [redacted] uviedol, že spolupvineného [redacted] sice poznal, avšak nestretával sa s ním často a [redacted] mu nikdy nehovoril o agentovi zo zahraničia, resp. jeho činnosti. Navrhovateľ zdôraznil, že obsah zápisníc o jeho výsluchu pred orgánmi bezpečnosti nezodpovedá skutočnosti a že tieto zápisnice podpísal pod vplyvom psychického nátlaku. Bolo na neho odkázaných 5 maloletých detí, o ktoré sa sám staral, keď mu manželka zomrela. Aby sa jeho výsluchy pred orgánmi bezpečnosti nepretiahli, podpísal zápisnice koncipované orgánmi bezpečnosti, ktoré mu boli predložené k podpisu. Navrhovateľ uviedol, že orgány bezpečnosti na neho kričali a vyhrožovali mu.

Navrhovateľ [redacted] tiež uviedol, že zápisnice o jeho výsluchu pred orgánmi bezpečnosti neboli pravdivé a že tieto podpísal iba zo strachu. Dokonca aj jeho advokát mu hovoril, aby vypovedal tak, ako je uvedené v administratívnych zápisniciach. Podľa tvrdenia navrhovateľa, tento v septembri 1953 sa zastavil u spolupvineného [redacted] pre víno, ale nikoho iného u neho nestretol, ani nevidel, až pred orgán-

mi bezpečnosti prvýkrát počul o agentovi Lacovi. Zdôraznil, že na odvolacom pojednávaní správnosť obsahu administratívnych zápisníc o jeho výsluchu poprel. Ohľadom kňaza [redacted] uviedol, že nikdy nevedel o žiadnej jeho trestnej činnosti. V kritickom čase bol navrhovateľ do-ručovateľom v Trenčianskych Tepliciach, poznal sa so širokým okruhom ľudí a bol požiadaný o poskytnutie nocľahu pre [redacted]. [redacted] nebol ani oblečený ako kňaz, pri jednaní s navrhovateľom mal obyčajný oblek a až vtedy, keď mu už navrhovateľ poskytol ubytovanie, povedal navrhovateľovi, že je duchovným. Nesprával sa však nijako podozrivo a jeho jednanie nevzbudzovalo dojem, že sa ukryva. Navrhovateľ nemal žiadny dôvod predpokladať, že ubytovaný duchovný spáchal nejaký trestný čin. Keď kňaz odišiel, navrhovateľ nevedel kam odchádza a čo mieni ďalej robiť. Vôbec nepredpokladal, že [redacted] je stíhaný pre nejakú trestnú činnosť.

Navrhovateľka [redacted] uviedla, že jej nebohá dcéra [redacted] mala známosť s istým [redacted], ktorý sa zdržiaval v zahraničí a s ktorým udržiavala písomné styky. Jej korešpondenciu s ním orgány bezpečnosti využili za pomoci provokátorov k vykonštruovaniu obvinenia proti [redacted], ktorá v skutočnosti sa žiadnej protišátnej trestnej činnosti nedopustila.

Krajský prokurátor navrhol pôvodné súdne rozhodnutia ako nezákonné zrušiť, pretože obvinenie proti navrhovateľom bolo úplne alebo z časti vykonštruované a získané na základe neprípustných vyšetrovacích metód. Pokiaľ ide o navrhovateľov [redacted] a [redacted], krajský prokurátor vyslovil názor, že ich trestná činnosť nebola nijako preukázaná vecnými dôkazmi alebo hodnovernými svedeckými výpoveďami. Ich pôvodné doznanie bolo ovplyvnené neprípustným postupom pri vyšetrovaní. Navrhovateľov [redacted] a [redacted] navrhol oslobodiť spod obžaloby pre čin velezrady, nakoľko ich činnosť tohoto druhu nebola preukázaná a navrhol oslobodiť obv. [redacted] tiež spod obžaloby pre tr. činnosť skrátene nazvanú [redacted], nakoľko ani táto činnosť nebola preukázaná. Podľa názoru krajského prokurátora sa však obv. [redacted] i navrhovateľ [redacted] dopustili tr. činu pomoci k trestnému činu vyzvedačstva, keď prijali od osoby, ktorá sa im predstavila ako agent cudzej mocnosti poverený špionážnou činnosťou na území republiky, do úschovy materiál, ktorý preukázateľne slúžil špionážnym cieľom. Ohľadom navrhovateľa [redacted]

mu ich k podpisu, ktorý sa bál odmietnuť, hoci s obsahom uvedených zápisníc nesúhlasil. Prvostupňový a najmä odvolací súd v pôvodnom konaní napriek tomu hodnotnosť výpovedí jednotlivých obvinených v administratívnom konaní bližšie neskúmali, vychádzal v podstate z ich obsahu a svoj postup odôvodnili všeobecne poukazom na okolnosť, že pôvodné výpovede obvinených v administratívnom konaní sú v logickej súvislosti s ostatnými dôkazmi. V skutočnosti však okrem pôvodných dozrávajúcich výpovedí jednotlivých obvinených mal súd k dispozícii len vecné dôkazy získané pri miestnej ohliadke v dome obvinených [redacted] a [redacted]. Za tejto situácie súdy v pôvodnom konaní sa dopustili závažných pochybení a sú preto dané dôvody podľa § 15 ods.1 písm.a/,b/ zák.č. 32/68 Zb. na zrušenie pôvodných súdnych rozhodnutí v ich napadnutej odsudzujúcej časti.

Po vykonaní doplňujúceho dokazovania krajský súd dospel k záveru, že pôvodné obvinenie vznesené proti jednotlivým navrhovateľom bolo do značnej miery vykonštruované a vychádzalo z okolností, ktoré neboli bezpečne preukázané. V prieskumovom konaní obvinený [redacted] pripustil iba to, že na jeseň 1953 ho navštívil neznámy muž, ktorý sa mu predstavil pod menom "Laco". Uvedený muž uviedol, že prichádza z Viedne od príbuzných [redacted], ktorú preto obv. [redacted] zavolať. Keď potom zostal s "Lacom" osamote, tento sa mu zdôveril, že prišiel zo Západu za účelom organizovania vyzvedačskej činnosti. Žiadal obvineného [redacted], aby sa do špionážnej siete zapojil, čo však obvinený odmietol. Obv. [redacted] ďalej pripustil, že "Laco" zanechal u [redacted] dôležitý balíček, ktorý mu [redacted] priniesla so žiadosťou, aby ho uschoval. Obvinený jej vyhovel, pričom vedel, že balíček pochádza od "Laca". Obvinený ďalej prehlásil, že [redacted] sa s Lacom viackrát a dlhšie stretávala a že to nepoznámil bezpečnostným orgánom iba preto, lebo svojej švagrínej [redacted] nechcel uškodiť.

Na základe miestnej ohliadky vykonanej v prípravnom konaní bol predmetný balíček nájdený uschovaný na povale domu obv. [redacted]. Predmetom úschovy boli aj mikrofilmy, ktorých obsah nedáva pochybnosť o tom, že ide o dôležité pokyny pre vykonávanie špionážnej činnosti. Z uvedených okolností je zrejmé, že obv. [redacted], prijal od [redacted] do úschovy materiál pochádzajúci od osoby, o ktorej predpokladal, že je agentom zahraničnej tajnej služby, povereným špionážnou činnosťou na území republiky. Uschovaný materiál mal povahu špionážneho materiálu. Z okol-

ností prípadu, jednoznačne plynie, že obv. [redacted] prinajmenšom vedel, že uschovaný materiál môže mať povahu dôležitého špionážneho materiálu a pre prípad, že tomu tak je s jeho úschovou a utajením súhlasil. Poskytol tak pomoc "Lacovi" k vykonávaniu špionážnej činnosti. Nebolo preukázané, že by sa s osobou menom Laco priamo spolčil k vykonávaniu vyzvedačskej činnosti, nakoľko vykonané dôkazy nedovoľujú uzatvárať na tak obsiahlu činnosť obv. [redacted], ktorú by bolo možno kvalifikovať ako spoliečenie. Činnosť obv. [redacted] preto vyčerpáva skutkovú podstatu trestného činu pomoci k trestnému činu vyzvedačstva podľa § 7 ods.2 § 86 ods.1 tr. zák. č. 86/50 Zb.

Pokiaľ obžaloba pôvodne kládla obv. [redacted] za vinu, že sa spolčil s ďalšími obvinenými v organizácii, ktorej cieľom bolo zničenie ľudovodemokratického zriadenia republiky, ide o činnosť, ktorá nebola dostatočne preukázaná. Za situácie, keď pôvodné výpovede obvinených v prípravnom konaní i v priebehu pôvodného súdneho konania nemožno považovať za vieryhodné, treba vychádzať z ich výpovedí v prieskumnom konaní. V priebehu tohoto konania však nevyšlo najavo nič, čo by usvedčovalo obv. [redacted] z velezradnej činnosti. Vecné dôkazy, nájdené pri miestnej ohliadke v jeho dome, majú povahu usvedčujúceho materiálu pokiaľ ide o pomoc k trestnému činu vyzvedačstva, nepreukazujú však žiadnu príslušnosť obv. [redacted] k protištátnej organizácii.

Napokon pokiaľ ide o činnosť obvineného, ktorá mala naplniť skutkovú podstatu tr. činu skrátania dane, treba zdôrazniť, že i v tomto smere súdy v pôvodnom konaní vychádzali výlučne len z doznania obvineného. V prieskumnom konaní obvinený [redacted] akúkoľvek svoju vinu v danom smere poprel a tvrdil, že údaje v kúpnych zmluvách vo všetkých smeroch zodpovedali skutočnosti. Treba dodať, že na hlavnom pojednávaní ani v odvolacom konaní nebol vypočutý ani svedok [redacted], ktorý vypovedal iba v prípravnom konaní. Krajský súd preto v prieskumnom konaní tohoto svedka vypočul. [redacted] v tomto konaní uviedol, že asi v r. 1951 odpredal obv. [redacted] vinohrad za kúpnu cenu 30.000,- Kčs, ktorá bola riadne vyplatená a v tejto výške aj uvedená v kúpnej zmluve. Pokiaľ v zápisnici o jeho výsluchu pred orgánmi bezpečnosti bolo uvedené, že skutočne vyplatená kúpna cena činila 85.000,- Kčs, svedok uviedol, že na vyššiu vyplatenú kúpnu cenu orgány bezpečnosti iba neodôvodnene usudzovali z toho, že svedok pred nimi prehlásil, že zaplatil

ešte viac než 30.000,- Kčs, čím myslel úhradu prevodných poplatkov okrem kúpnej ceny. Čiastku 85.000,- Kčs uviedli orgány bezpečnosti do zápisnice podľa tvrdenia svedka z vlastnej iniciatívy a nebola ničím podložená. Proti svedkovi nebolo zavedené žiadne šetrenie cestou národného výboru smerujúce k prevereniu údajov o kúpnej cene a k dodatočnému vyrúbeniu príslušných poplatkov. Pokiaľ ide o ďalšie kúpne zmluvy s nesprávne uvedenou kúpnu cenou, ktoré mala na mysli obžaloba, nebol podaný žiadny hodnoverný dôkaz o tom, že vyplatená kúpna cena bola v skutočnosti vyššia. O tom, aká kúpna cena bola v skutočnosti vyplatená, sa nevyjadrila žiadna nezainterosovaná osoba, ktorá nie je účastníkom právneho vzťahu vznikajúceho príslušnou kúpnu zmluvou. V tomto smere neboli ani žiadne dôkazy obžalobou ponúknuté. Z toho dôvodu i v tomto smere nepovažoval krajský súd činnosť [redacted], ktorá podľa obžaloby mala naplniť skutkovú podstatu trestného činu skrátenia dane, za dostatočne preukázanú.

Pokiaľ ide o obv. [redacted], krajský súd nepovažoval za vieryhodné výpovede obvinených v pôvodnom konaní o jej činnosti. Obv. [redacted] však i v prieskumnom konaní usvedčil [redacted], že mu odovzdala dôležitý balíček, o ktorom výslovne uviedla, že pochádza od "Lacu". Uviedol, že [redacted] podľa jeho názoru, v danej súvislosti dopúšťala sa trestnej činnosti, že ju od spolupráce s agentom "Lacom" v provokátornej činnosti odhováral a že ju neoznámil orgánom bezpečnosti len s ohľadom na svoj príbuzenský vzťah k nej. S ohľadom na výpoveď obvineného [redacted] v prieskumnom konaní a s ohľadom na skutočný obsah uschovaného balíčku, identifikovaného pri miestnej ohliadke v pôvodnom konaní, treba uzatvárať, že obv. [redacted] prinajmenšom vedela, že balíček môže obsahovať špiónážny materiál a pre prípad, že to tak je, súhlasila s jeho uschovaním, prevzala ho od "Lacu" a odovzdala obv. [redacted] so žiadosťou, aby balíček uschoval. Jej činnosť preto vyčerpáva skutkovú podstatu trestného činu pomoci k tr. činu vyzvedačstva podľa § 7 ods.2, § 86 ods.1 tr.zák. č. 86/50 Zb.

Šetrením u orgánov Ministerstva vnútra, ani z obsahu spisov štátnobezpečnostného vyšetrovania, ktoré mal súd k dispozícii, nebolo zistené, že v prípade agenta "Lacu" išlo o provokatéra, ktorý by pracoval podľa pokynov bezpečnostných orgánov.

Naproti tomu z dôvodov obdobných ako v prípade obv. [redacted], ne-

považuje krajský súd za preukázané, že by sa obv. [redacted] spojila s inými pri vytvorení protištátnej organizácie majúcej za cieľ zničiť ľudovodemokratické zriadenie republiky.

Pokiaľ ide o obv. [redacted] možno na obsah jeho rozhovorov s osobou menom "Laco" usudzovať výlučne z jeho vlastných výpovedí. Nikto z vypočutých spoluobvinených v prieskumovom konaní nepotvrdil, že bol prítomný pri rozhovore obv. [redacted] s "Lacom", resp. pri tom, keď "Laco" oboznamoval obv. [redacted] so svojou činnosťou a so svojím poslaním v Československej republike. Je nepochybné, že obv. [redacted] neprevzal od "Lacu" žiadny špionážny materiál a že ani nevedel, že taký materiál od neho prevzala [redacted], resp. [redacted]. Možno preto vychádzať iba z výpovede obv. [redacted] v prieskumovom konaní. V tejto svojej výpovedi obv. [redacted] síce pripúšťa, že neznámy muž sa mu predstavil ako agent západnej mocnosti poverený špionážnymi úlohami v Československej republike, na druhej strane však obv. [redacted] tvrdí, že spôsob, akým sa dozvedel o uvedenej činnosti neznámeho muža, nepovažoval za hodnoverný a spoľahlivý. Obv. [redacted] ako účastník zahraničného odboja v dobe druhej svetovej vojny pôsobil ako letec anglickej armády a osvojil si anglický jazyk. Keď v tomto jazyku prehovoril na cudzieho muža menom Laco prichádzajúceho zo západu, zistil, že tento vôbec nevie anglicky a napokon sa presvedčil, že neovláda ani nemecký jazyk. Nebola preto vyvrátená obhajoba obv. [redacted], že tvrdenia samotného Laco nepovažoval za vieryhodné, že nezískal hodnoverné údaje o jeho trestnej činnosti a že ho považoval za provokatéra. Z toho dôvodu krajský súd neuznal obv. [redacted] vinným ani z trestného činu neoznámovania trestného činu vyzvedačstva. Či sa niekto dozvedel hodnoverným spôsobom o chystanom alebo spáchanom trestnom čine, treba totiž posúdiť podľa okolností konkrétneho prípadu s prihliadnutím na životné skúsenosti osoby, ktorá sa o trestnom čine dozvedela. O rozhovore a vzťahoch medzi obv. [redacted] a "Lacom" niet iných dôkazov, než výpoveď samotného obvineného [redacted]. Túto výpoveď treba prijímať ako celok. Vychádzajúc z jej obsahu krajský súd s ohľadom na rozhlad a životné skúsenosti obv. [redacted], nepovažuje za vyvrátenú jeho obhajobu, že vzhľadom k okolnostiam daného prípadu a konkrétnej situácii obvineného v čase jeho rozhovoru s "Lacom", nepovažoval za hodnoverný spôsob, akým sa dozvedel o špionážnej činnosti neznámeho muža. Jeho situácia bola

podstatne odlišná od situácie obvinených [redacted] a [redacted], ktorí sa mohli bližšie presvedčiť o činnosti osoby menom "Laco" a prijali od nej i preukázateľne špiónážny materiál na uschovanie. Súd preto dospel k záveru, že nebola preukázaná žiadna protištatná činnosť obv. Pukančička a že jeho jednanie nenaplnilo ani skutkovú podstatu tr. činu neozhánenia tr. činu.

Taktiež trestná činnosť obv. [redacted] nebola v žiadnom smere preukázaná. S ohľadom na nevieryhodnosť výpovedí obvineného v prípravnom konaní i v pôvodnom konaní pred súdom, nemožno z týchto výpovedí vychádzať. V prieskumovom konaní všetky osoby, ktoré v pôvodnom konaní vystupovali ako obvinení, popreli akúkoľvek protištatnú činnosť [redacted] a nepotvrdili ani to, že by [redacted] o akejkoľvek forme protištatnej činnosti, páchanej inými osobami, bol vedel. Pokiaľ ide o ubytovanie [redacted], nebolo preukázané, že by obv. [redacted] vedel o jeho protištatnej činnosti a chcel ju podporovať. Pokiaľ Najvyšší súd v pôvodnom konaní poukázal na obsah výpovede samotného [redacted], sám konštatoval, že [redacted] vo svojej výpovedi pripustil iba toľko, že obv. [redacted] vedel, že [redacted] sa ukrýva pred bezpečnosťou. Pre spáchanie trestného činu nadržovania však je nevyhnutné, aby obv. vedel, že určitá osoba sa dopustila konkrétneho skutku, ktorý je trestným činom. V danom prípade však obv. [redacted] podľa svojho tvrdenia nevedel, akého trestného činu sa [redacted] dopustil a či sa ho vôbec dopustil. Pokiaľ obv. [redacted] v pôvodnom konaní prehlásil, že [redacted] ako kňaz mal asi ostrejšiu kázeň, nemožno z toho usudzovať, že vedel o konkrétnom trestnom čine kňaza [redacted]. Z toho dôvodu nepovažoval súd ani v prípade obv. [redacted] žiadnu jeho trestnú činnosť za preukázanú.

Pokiaľ ide o obv. [redacted] a [redacted], všetky osoby vypočuté v prieskumnom konaní vypovedali tak, že z ich výpovedí nemožno na trestnú činnosť obvinených usudzovať. Obv. [redacted] ani obv. [redacted] neboli nikým usvedčení, že vedeli o činnosti a poslaní cudzieho muža menom "Laco". Nebola vyvrátená obhajoba obv. [redacted], že Lacovi nevenovala žiadnu pozornosť, o jeho činnosť a poslanie sa nezaujímal a nikto ju o tom neinformoval. Nemožno vylúčiť, že prítomnosti mladého muža v byte u pomerne mladej vdovy [redacted] prikladala iný význam, než jej manžel, ktorý aj podľa svojej výpovede svoju manželku o činnosti a

úkoloch ako aj príčine pobytu "Laca" u [redacted], neinformoval.

Z uvedených dôvodov krajský súd uznal iba obvinených [redacted] a [redacted] vinnými z trestného činu pomoci k tr. činu vyzvedačstva. V ostatnej časti obžaloby týchto obvinených; ako aj ostatných obvinených v plnom rozsahu spod obžaloby pre nedostatok dôkazov oslobodil. Pri výmere trestu obv. [redacted] a [redacted] krajský súd išiel pod dolnú hranicu trestnej sadzby s použitím § 30 zák.č. 86/50 Zb. Vzal do úvahy, že obidvaja obvinení pochádzali z maloroľníckej rodiny, pred spáchaním trestného činu viedli pomerne usporiadaný život pracujúcich ľudí a najmä spoločenská nebezpečnosť ich činu bola s ohľadom na konkrétne okolnosti prípadu pomerne nízka. Uschovaný špionážny materiál nebol nikdy použitý na skutočné špionážne ciele, po dlhý čas zostal na povale u obv. [redacted] a nikto neprejavil záujem o jeho použitie. Preto krajský súd považoval za primeraný trest odňatia slobody na dobu 4 rokov u každého z páchatel'ov.

P o u č e n i e : Proti tomuto rozsudku možno podať odvolanie do 8 dní od jeho doručenia k Najvyššiemu súdu, prostredníctvom podpísaného súdu.

Krajský súd v Bratislave, odd. [redacted]
dňa [redacted] 1969.



JUDr. Jozef Macur
predseda senátu
Za [redacted] [redacted]

Rozsudok
v mene republiky.

Tr. 1/74

Krajský súd v Bratislave v senáte zloženom z predsedu JUDr. Júliusa Matečného a členov dr. Alžbety Trätnerovej dr. Jána Jurčika v trestnej veci proti [redacted] a spol. pre trestný čin velezraždy podľa § 78 ods. 1 písm. c/, ods. 2 písm. a/ Tr. zák. a iné na verejnom zasadnutí konanom dňa 8.10. 1974 rozhodol

t a k t o :

Podľa § 15 ods. 1 písm. b/, c/ zák. č. 82/68 Zb. v znení zákona č. 70/70 Zb. z r u š u j e s a rozsudok Krajského súdu v Nitre č. T 1/53 v spojení s rozsudkom Najvyššieho súdu v Prahe č. To 1/53 zo dňa [redacted] 1953 ohľadne [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] - [redacted] a [redacted] ako aj ohľadne [redacted] rod. [redacted] a [redacted] v celom rozsahu i rozhodnutia obsahové na tieto rozsudky naväzujúce.

O d ô v o d n e n i e :

Odsúdení [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], matka zomrelého [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted] podali návrhy na preskúmanie odsudzujúcich rozsudkov Krajského súdu v Nitre č. T 1/53 v spojení s rozsudkom Najvyššieho súdu v Prahe č. To 1/53.

Na základe návrhov menovaných Krajský súd v Bratislave v rámci rehabilitačného konania pod č. Tr. 1/68 zo dňa [redacted] 1969 vyniesol rozsudok ktorým podľa § 15 ods. 1 písm. a/, b/, d/ resp. podľa § 15 ods. 1 písm. e/ zák. č. 82/68 Zb. u odsúdených [redacted], [redacted], [redacted], a [redacted] zrušil odsudzujúcej časti rozsudku bývalého Krajského súdu v Nitre č. T 1/53 v spojení s rozsudkom Najvyššieho súdu

v Prahe č. [redacted]-53 ako rozhodnutia obsahové na tieto rozsudky naväzujúce.

Podľa § 17 ods. 2 písm. d/ zák. č. 82/68 Zb. z dôvodov § 226 písm. b/ Tr. por. ohľadne odsúdených [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted] s použitím § 16 ods. 2 zák. č. 82/68 Zb. a oslobodil ich spod obžaloby pre trestný čin velezrady podľa § 78 ods. 1 lit. c/, ods. 2 lit. a/ Tr. zák., [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] - [redacted], [redacted] [redacted], [redacted] pre trestný čin pomoci k velezrade podľa § 7 ods. 2 § 78 ods. 1 lit. c/, ods. 2 lit. a/ Tr. zák. [redacted] a [redacted], pre trestný čin nadržovania podľa § 153 ods. 1, 2 Tr. zák. [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] okrem toho [redacted] pre trestný čin nedovoleného ozbrojovania podľa § 120 ods. 1 lit. a/, b/ Tr. zák.

Najvyšší súd SSR pod č. Tzr [redacted]/70 zo dňa [redacted] 1970 na základe sťažnosti pre porušenie zákona podanej generálnym prokurátorom vyslovil rozsudkom, že právoplatným rozsudkom osobitného senátu Krajského súdu v Bratislave z [redacted] 1969 sp. zn. Tr [redacted]/68, ktorým bol podľa § 15 ods. 1 písm. a/, b/, d/ zák. č. 82/1968 Zb. a dotyčne odsúdených [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted] podľa § 15 ods. 1 písm. e/ citovaného zákona zrušený v odsudzujúcej časti rozsudku býv. Krajského súdu v Nitre z [redacted] 1953 sp. zn. T [redacted]/53 v spojení s rozsudkom Najvyššieho súdu v Prahe z [redacted] 1953 sp. zn. To [redacted]/53 ďalej, ktorým boli zrušené všetky rozhodnutia na tieto rozsudky naväzujúce a podľa § 17 ods. 2 písm. d/ citovaného zákona z dôvodov § 226 písm. b/ Tr. por. ohľadne odsúdených [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted] aj s použitím § 16 ods. 2 zák. č. 82/68 Zb., boli oslobodení obv. [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted] spod obžaloby na nich podanej pre trestný čin velezrady podľa § 78 ods. 1 písm. c/ ods. 2 písm. a/ Tr. zák. z r. 1950, obvinená [redacted] a [redacted] spod obžaloby na nu podanej pre pomoc na trestný čin velezrady podľa § 7 ods. 2, § 78 ods.

l písm. c/, ods. 2 písm. a/ Tr. zák. z r. 1950, obvinení [redacted], [redacted] a [redacted] spod obžaloby na nich podanej pre trestný čin nadržovania podľa § 163 ods. 1, 2 zúčastnili na organizovaní rozvratnej vaticanskej siete na Slovensku,

[redacted] od jesene 1950 do októbra 1951 dala k dispozícii svoj byt ilegálnej skupine [redacted], o ktorých vedela, že na jej byte organizovali tajné bohoslovecké učilište a tak umožnila vykonávanie rozvratnej činnosti,

[redacted] a [redacted] v januári 1951 zaobstarali úkryt pre [redacted], provinciála rehole lazaristov, o ktorom vedeli, že je hľadaný bezpečnostnými orgánmi,

[redacted] v čase od novembra 1950 do mája 1951 na svojom byte v Chrenovej ukrýval a stravoval [redacted] a [redacted], o ktorých vedel, že ušli zo sústreďovacieho kláštora a sú pre protištátnu činnosť hľadani bezpečnostnými orgánmi,

okrem toho bez povolenia prechovával zbraň hromadne účinnú, potažne hromadil strelivo,

b o l p o r u š e n ý z á k o n
v ustanoveniach § 2 ods. 5,6 § 125 Tr. por., § 2 písm o/, § 16 ods. 2 zák. č. 82/1968 Zb.

Tento nezákonný rozsudok sa z r u š u j e .

Zrušujú sa aj všetky rozhodnutia na zrušený rozsudok obsahovo naväzujúce, pokiaľ so zreteľom na zmenu, ku ktorej došlo zrušením, stratili podklad, najmä uznesenie osobitného senátu Krajského súdu v Bratislave z [redacted] 1969 sp. zn. [redacted] Tr [redacted]/68, ktorým bolo podľa čl. VI b.1 rozhodnutia prezidenta republiky o amnestii z 9. mája 1955 trestné stíhanie proti obvineným [redacted], [redacted], [redacted] a [redacted], rod. [redacted] pre trestný čin falšovania a pozmeňovania verejnej listiny podľa § 159 ods. 1 Tr. zák. z r. 1950 zastavené.

Osobitnému senátu Krajského súdu v Bratislave sa prikazuje, aby vec v potrebnom rozsahu znovu prejednal a rozhodol.

Krajský súd na verejnom zasadnutí [redacted] 1974 previedol dokazovanie prečítaním rozsudku Najvyššieho súdu SSR č. [redacted] Tzr [redacted]/70 rozsudku krajského súdu č. [redacted] Tr [redacted]/68 rozsudku býv. Krajského súdu v Nitre č. [redacted] T [redacted]/53 rozsudku Najvyššieho súdu v Brahe č. [redacted] To [redacted]/53 obžaloby štátnej prokuratúry č. [redacted] Spt [redacted]/52 zápisnice o hlavnom pojednávaní z [redacted] 1953 zápisnic o verejnom zasadnutí z prieskumového konania vypočul navrhovateľov a oboznámil s dokumentačným materiálom.

Krajský prokurátor navrhol zrušiť pôvodne rozhodnutia podľa § 15 ods. 1 písm. b/,c/ zák. č. 82/68 Zb. v znení zák. č. 70/70 Zb. kvalifikovať trestnú činnosť ako marenie dozoru nad cirkvami a náboženskými spoločnosťami podľa § 178 Tr. zák. s hľadom na § 16 ods. 1 Tr. zák. a trestné stíhanie zastaviť.

Krajský súd na základe dôkazov ktoré boli prevedené v rámci prieskumového konania dospel k záveru, že trestná činnosť navrhovateľov nebola preukázaná v takom rozsahu ako to ustálil býv. Krajský súd v Bratislave vo veci [redacted] Tr [redacted]/68 kde sa síce konštatuje, že bolo dokázané i v prieskumovom konaní, že odsúdení sa schádzali na byte [redacted] [redacted], že tu sa vzájomne utvrdzovali a vzdelávali v teologických otázkach, že ich úsilie smerovalo k prehĺbovaniu náboženského vzdelávania i náboženského spôsobu života. Taktiež mal za preukázané, že došlo k odcudzeniu a falšovaniam najmenej 5 občianskych preukazov. Zdôvodnil to tým, že protiprávny stav odstraňovali s protiprávnym stavom. Takéto tvrdenie je v rozpore so zákonom. Už v pôvodnom konaní bolo preukázané, navrhovatelia to sami nepopierajú, že sa schádzali, že spolu študovali niektorí z nich ako napr. [redacted] [redacted] slúžil súkromné omše pri čom mali záujem na prehĺbení štúdia prípadne vyštudovaní za ktorým účelom mali bohoslovecké učilište. Aby sa mohli pohybovať po úteku zo sústredovacích táboroch zadovážili si nezákonnou cestou občianske preukazy, ktoré používali pod rôznymi menami aby nebolo možné zistiť ich totožnosť. Krajský súd nemal preukázané, že by pôvodne obžalovaní i odsúdení sledovali podvrhaté ciele a že by sa pokúsili rozvracať ľudovodemokratické štátne zradenie. Výsledky dokazovania v pôvodnom konaní i v prieskumovom

konaní jednoznačne svedčia tomu, že zo strany navrhovateľov neide o trestný čin velezrady. Bolo potrebné však skúmať či v konaní navrhovateľov nemožno zhladať po zrušení pôvodných odsudzujúcich rozsudkov naplnenie znakov iných trestných činov. Po zvážení všetkých okolností dospel krajský súd k záveru, že v danom prípade môže ísť o trestný čin marenia dozoru nad cirkvami a náboženskými spoločnosťami podľa § 178 Tr. zák. Podľa § 2 zák. č. 217/49 Zb., § 4 zák. č. 219/49 Zb. bolo potrebné pre takú činnosť akú vykonával [redacted] prípadne spoluobžalovaní súhlasu príslušného úradu štátnej správy. Keďže takéto súhlas nemali, schádzali sa, študovali, poriadali náboženské obrady, prednášali konali v rozpore s verejným poriadkom i v rozpore so záujmami spoločnosti. Je síce pravdou, že Ústava z 9. mája 1949 mala ustanovenia § 17 podľa ktorého mal každý voľnosť vykonávať úkony spojené s akýmkoľvek náboženským vyznaním alebo bezvyznaním, výkon tohoto práva nesmel byť v nezhode s verejným poriadkom ani s dobrými mravmi ani nebolo dovolené zneužívať náboženského vyznania k nenáboženským účelom. Keby išlo o čisto náboženskú vec v súlade s verejným poriadkom nebolo by potrebné konať tak, ako konali obvinení keďže i v tom čase bolo možné konať bohoslužby, študovať teológiu ale len v rámci súhlasu príslušných štátnych orgánov ktorému sa v danom prípade obvinení vymkli. Krajský súd pri úvahe aké ustanovenie vzhľadom na § 16 ods. 1 Tr. zák. by bolo pre obvinených najpriaznivejšie dospel k záveru, že najpriaznivejší je teraz platný zákon v ustanovení § 178 Tr. zák.

P o u č e n i e : Proti tomuto rozsudku možno podať odvolanie do 8 dní od jeho doručenia cestou Krajského súdu na Najvyšší súd SSR.

Krajský súd v Bratislave, odd. [redacted] Tr. [redacted]
dňa [redacted] 1974



JUDr. Július Matečný
predseda senátu;
za správnosť vyhotovenia: [signature]

Tomu rozhodnutiu nadobudlo právoplatnosť dňa 8.10.1991
Okresný súd v Trnave dňa 12. nov. 1991

Rt /91 - 5 -

U Z N E S E N I E

Okresný súd v Trnave na verejnom zasadnutí konanom dňa [redacted].1991 podľa Zák.č. 119/90 Zb. o súdnej rehabilitácii rozhodol

t a k t o :

[redacted], nar. [redacted] v [redacted], naposledy by-

Podľa § 2 ods. 1 písm. c/ Zák.č. 119/90 Zb. o súdnej rehabilitácii

je účastný súdnej rehabilitácii podľa Zák. č. 119/90 Zb.

Podľa § 2 ods. 1 písm. c/ Zák.č. 119/90 Zb. o súdnej rehabilitácii bol zrušený rozsudok Okresného súdu v Trnave zo dňa [redacted]

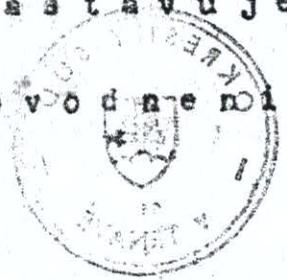
[redacted].1991 sp. zn. [redacted], ktorým bol odsúdený pre trestný čin ohrozenia jednotného hospodárskeho plánu podľa § 135 ods. 2 Tr.zák. na trest odňatia slobody v trvaní 1 /jedného/ roka nepodmienečne a na peňažný trest vo výmere 20.000,-Kčs, ev. 3 /tri/ mesiace odňatia slobody.

Súčasne boli zrušené aj všetky ďalšie rozhodnutia v tej istej trestnej veci, ktoré na zrušené rozhodnutie obsahovo navrhzovali a to k dátumu, ku ktorému boli vydané.

Podľa § 2 ods. 2 Zák.č. 119/90 Zb. o súdnej rehabilitácii sa trestné stíhanie obvineného [redacted] pre skutok kvalifikovaný ako trestný čin ohrozenia jednotného hospodárskeho plánu podľa § 135 ods. 2 Tr.zák. v znení Zák.č. 86/1950 Zb.

z a s t a v u j e .

Od ô v o d n e n i e :





- 1 - číslo 1

- 2 -

Z I N Ě Š T Ě N Í

Podľa § 2 ods. 1 písm. c/ Zák.č.119/90 Zb. o súdnej rehabilitácii boli k dátumu vydania zrušené všetky právoplatné odsudzujúce súdne rozhodnutia vo vzťahu k trestnému činu ochrzenia jednotného hospodárskeho plánu podľa § 135 ods. 1,2 tr.zák. v znení Zák.č. 86-1992 Zb., ako aj všetky ďalšie rozhodnutia v tej istej trestnej veci, ktoré na zrušené rozhodnutie obsahovo naväzovali.

Podľa § 2 ods. 2 Zák.č.119/90 Zb. o účasti odsúdeného na súdnej rehabilitácii rozhodne súd aj bez návrhu. Z uvedeného dôvodu súd týmto rozhodnutím deklaroval, že odsúdený je účastný súdnej rehabilitácie a jeho trestné stíhanie podľa § 2 ods. 2 citovaného Zákona zastavil.

Po právoplatnosti tohoto uznesenia možno požiadať Ministerstvo spravodlivosti SR v Bratislave o náhradu za stratu na zárobku počas prípadne vykonaného trestu odňatia slobody, alebo väzby, náhradu zaplatených trov trestného konania, nákladov väzby a výkonu trestu, ako aj náhradu obhajoby v pôvodnom trestnom konaní.

P o u č e n i e : Proti tomuto uzneseniu možno podať sťažnosť do 3 /troch/ dní odo dňa jeho doručenia cestou podpísaného súdu ku Krajskému súdu v Bratislave.

V Trnave, dňa [redacted].1991



JUDr. Jana Klíčová
predsedkyňa senátu

Váž. pani

[REDAKOVANÉ]

[REDAKOVANÉ] š. [REDAKOVANÉ]

[REDAKOVANÉ]

Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky v zmysle ustanovenia § 24 ods. 1 zák. č. 119/1990 Zb. a ustanovenia § 9 ods. 1 zák. č. 58/1969 Zb. posúdilo Vašu žiadosť zo dňa 11.12. 1991 o odškodnenie podľa § 23 zák. č. 119/1990 Zb. za tresty uložené Vášmu nebohému otcovi [REDAKOVANÉ] [REDAKOVANÉ] rozsudkom Okresného súdu v Trnave sp. zn. [REDAKOVANÉ] [REDAKOVANÉ]/51, ktorým bol uznaný za vinného zo spáchania trestného činu ohrozenia jednotného hospodárskeho plánu podľa § 135 ods. 2 Tr. zákona a odsúdený k trestu odňatia slobody v trvaní 1 roka a k peňažnému trestu 20.000 Kčs.

Na základe uznesenia Okresného súdu v Trnave sp. zn. [REDAKOVANÉ] Rt [REDAKOVANÉ]/91 právoplatného dňa [REDAKOVANÉ] 1991, ktorým bolo deklarované zrušenie uvedeného odsudzujúceho rozhodnutia v zmysle § 2 zák. č. 119/1990 Zb. a zastavené trestné stíhanie v plnom rozsahu, p r i z n á v a - m e Vám podľa § 23 ods. 1 písm. a/, c/, d/, e/ a § 26 zák. č. 119/1990 Zb. odškodné v sume 38.883,- Kčs, slovom: tridsaťosem tisíc osemstoosemdesiat tri korún čsl.

Celková suma odškodnenia predstavuje zákonom stanovený paušál 2.500,- Kčs náhrady za stratu na zárobku za každý mesiac väzby a výkonu trestu odňatia slobody (väzba od 5.9.1951 do 13.11.1951 a výkon trestu od 14.11.1951 do 5.9.1952, t.j. 12 mesiacov a 1 deň, čo predstavuje sumu 30.083,- Kčs).

Ďalej sme Vám priznali náhradu nákladov väzby vo výške 600,- Kčs za každý mesiac väzby (väzba trvala 2 mesiace a 9 dní, čo predstavuje sumu 1.300,- Kčs), ďalej náhradu nákladov výkonu trestu odňatia slobody vo výške 150,- Kčs za každý mesiac výkonu trestu odňatia slobody (výkon trestu trval 9 mesiacov a 22 dní, čo predstavuje sumu 1.460,- Kčs) a tiež náhradu nákladov trestného konania paušálnou sumou 200,- Kčs, nakoľko ste skutočne zapla-

tené uvedené náklady nepreukázali.

Súčasne sme Vám priznali aj náhradu nákladov obhajoby v pôvodnom trestnom konaní vo výške 1.760,- Kčs, čo predstavuje sumu zaplatenú Vaším nebohým otcom v starej mene. Túto sumu sme prepočítali v zmysle zák. č. 41/53 Zb. na novú menu.

Taktiež sme Vám priznali náhradu súdom uloženého a Vaším nebohým otcom zaplateného peňažného trestu vo výške 4.000,- Kčs, čo predstavuje sumu zaplatenú v starej mene a prepočítanú v zmysle zák. č. 41/53 Zb. na novú menu.

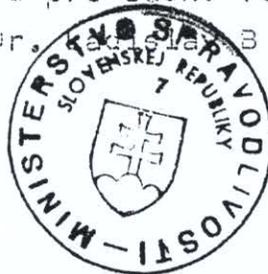
Iné nároky na odškodnenie podľa zák. č. 119/1990 Zb. ste neuplatnil resp. Vám nevznikli.

Priznanú náhradu Vám v zmysle § 23 ods. 5 zák. č. 119/1990 Zb. poukáže ekonomický odbor tunajšieho ministerstva v čiastke 30.883,- Kčs, v hotovosti, prostredníctvom Slovenskej štátnej sporiteľne, pobočky v Bratislava - mesto a zvyšok 8.000,- Kčs v záručiteľných štátnych dlhopisoch, splatných najneskôr do 10 rokov, ktorých pridelovanie a preplácanie zabezpečí Investičná banka v sieti svojich pobočiek na základe nášho príkazu. Tento peňažný ústav Vás vyrozumie o pridelení dlhopisov, ako aj podmienkach o ich prevzatí, správy a úschovy.

Tým považujeme predbežné prerokovanie Vášho nároku za ukončené. Ak s naším stanoviskom nie ste spokojný, máte právo domáhať sa náhrady škody žalobou na súde proti Slovenskej republike - Ministerstvu spravodlivosti Slovenskej republiky.

Riaditeľ
odboru pre súdnu rehabilitáciu
JUDr. *Stará Borová*

Príloha: uznesenie
_____ /91-5



Vybavuje: JUDr. Urbancová

Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit widmet sich der Frage der Rehabilitierung von den Personen welche während des totalitären Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei persekuiert wurden. Dabei fokussiert sich die Autorin nur auf dem Gebiet der Slowakei.

Es wird auf die Frage eingegangen in was für eine Form, Art und Weise wurden die verfolgten Personen seits des Staates, wie auch der Gesellschaft rehabilitiert. Durch die Analyse der durchgeführten Gespräche ist die Autorin zu dem Schluss gekommen, dass es zu gesellschaftlicher Rehabilitierung nicht gekommen konnte, weil es nicht zu einer Auseinandersetzung mit eigener Geschichte gekommen ist.

Abstract

The present thesis addresses the question of the rehabilitation of the people who were persecuted during the totalitarian regime in the former Czechoslovakia.

Here, the author focusses only on the territory of Slovakia.

It deals with the question in what a form and manner were the persecuted persons rehabilitated by the state and the society. Through the analysis of the carried out interviews came the author to the conclusion, that could not come to a social rehabilitation since it has not come to confrontation with history.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name: Monika Korbášová
Adresse: Kollárova 51, 900 27 Bernolákovo, Slowakei
E-Mail: moni.korbasova@gmail.com

Geburtsdatum und -ort: 04.02.1982 in Bratislava, Slowakei

Staatsangehörigkeit: Slowakisch

Schulische Ausbildung

1996 – 2000 Gymnasium Ján Papánka in Bratislava, Slowakei,
Abschluss:Abitur

1998 – 1999 bildungsbezogener Aufenthalt in den USA (10 Monate)

Studium

2001 – 2004 Comenius Universität in Bratislava, Rechtswissenschaftliche
Fakultät, Abschluss: Bak.

2004 – 2007 Comenius Universität in Bratislava, Rechtswissenschaftliche
Fakultät, Abschluss: Mgr. (Mag.)

2004 – Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften, Institut für
Kultur- und Sozialanthropologie

2009 - Universität Wien, Rechtswissenschaftliche Fakultät,
Doktoratsstudium

Beruflicher Werdegang

2009 - Gegenwart Rechtsanwaltskanzlei – Studio Legale, s.r.o. in Bratislava,
Slowakei, in der Position: Konzipientin

Sprachkenntnisse

Slowakisch	Muttersprache
Deutsch	Fließend
Englisch	Fließend
Russisch	Grundkenntnisse
Spanisch	Grundkenntnisse

Interessen

Recht (vor allem internationales Recht), Ballett

Sonstiges

2009 Wettbewerb im humanitären Völkerrecht „Jean-Pictet“ in Frankreich, Mitglied der Gruppe, welche die UNI Wien repräsentiert hat